



Universität Konstanz

Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft

Diplomarbeit

**Das US-amerikanische Demokratisierungskonzept als
Teilprozess des Wiederaufbaus nach dem militärischen Sieg**
—
**Die demokratische Restrukturierungspolitik in Deutschland
nach 1945 und im Irak nach 2003**

Erstgutachter: Professor Dr. Wolfgang Seibel

Zweitgutachter: Professor Dr. Adrian Vatter

vorgelegt von:

Katrin Kornmann
Sommerhauweg 9
71111 Waldenbuch
Matrikelnummer: 01/512256

Waldenbuch, im August 2006

*„Freiheit ist das Geburtsrecht und tiefe Bedürfnis
jeder menschlichen Seele,
und die Verbreitung der Segnungen der Freiheit ist
die Mission unserer Zeit“¹*

¹ *Bush, G. (2005)*

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	iv
EINLEITUNG	- 1 -
TEIL I: THEORIETEIL UND FORSCHUNGSDESIGN	- 5 -
Kapitel 1: Einordnung	- 5 -
1.1. Literaturanalyse	- 5 -
1.2. Definitionen und Abgrenzungen	- 9 -
1.2.1. <i>Postconflict Reconstruction</i>	- 9 -
1.2.2. <i>Nationbuilding</i>	- 9 -
1.2.3. <i>Demokratie und Demokratisierung</i>	- 10 -
1.2.4. <i>Empowerment</i>	- 11 -
1.2.5. <i>Irak als noch nicht abgeschlossener Fall</i>	- 11 -
Kapitel 2: Theoretischer Rahmen	- 12 -
2.1. Allgemeines zur klassischen Postconflict Reconstruction	- 12 -
2.2. UN Peacekeeping und Peacebuilding	- 12 -
2.3. Erfahrungen der USA mit Nationbuilding	- 13 -
2.3.1. <i>Deutschland und der "Deep Footprint"</i>	- 14 -
2.3.2. <i>Afghanistan und der "Light Footprint"</i>	- 14 -
2.4. Abgrenzung des Falles Irak von der klassischen Postconflict Reconstruction	- 15 -
Kapitel 3: Forschungsdesign	- 16 -
3.1. Zu den Fällen	- 16 -
3.2. Annahmen und Hypothesen	- 17 -
3.3. Datenquellen	- 18 -
3.4. Analyserahmen und Vergleichskategorien	- 19 -
TEIL II: FALLSTUDIEN	- 21 -
Kapitel 4: Zur amerikanischen Außenpolitik	- 22 -
4.1. Das amerikanische Demokratieverständnis	- 23 -
4.2. Demokratie und die Außenpolitik der USA	- 24 -
4.3. Demokratisierungsoffensive nach 9/11	- 27 -
4.4. Das amerikanische Demokratisierungskonzept	- 28 -
Kapitel 5: Deutschland nach 1945	- 30 -
5.1. Hintergrundinformationen	- 30 -
5.2. Die amerikanische Besatzung	- 31 -
5.2.1. <i>Organisation der Besatzung</i>	- 32 -
5.2.2. <i>Ziele der Besatzung</i>	- 33 -
5.2.3. <i>Deutsche und Amerikaner</i>	- 36 -

5.2.4. <i>General Lucius D. Clay</i>	- 38 -
5.3. Demokratisierung in Deutschland.....	- 39 -
5.3.1. „ <i>Reeducation</i> “	- 39 -
5.3.2. <i>Entnazifizierung</i>	- 42 -
5.3.3. <i>Rechtsstaat</i>	- 45 -
5.3.4. <i>Verwaltung und Institutionen</i>	- 46 -
5.3.5. <i>Wahlen und Partizipation</i>	- 47 -
5.3.6. <i>Wirtschaftlicher Aufbau</i>	- 50 -
5.3.7. <i>Übergabe der Regierung</i>	- 51 -
5.4. Das amerikanische Demokratisierungskonzept für Deutschland.....	- 52 -
Kapitel 6: Irak nach 2003	- 55 -
6.1. Hintergrundinformationen	- 55 -
6.2. Die amerikanische Besatzung	- 57 -
6.2.1. <i>Organisation der Besatzung</i>	- 57 -
6.2.2. <i>Ziele der Besatzung</i>	- 59 -
6.2.3. <i>Iraker und Amerikaner</i>	- 61 -
6.2.4. <i>L. Paul Bremer III</i>	- 62 -
6.3. Demokratisierung im Irak	- 62 -
6.3.1. „ <i>Reeducation</i> “	- 64 -
6.3.2. <i>Entbaathifizierung</i>	- 66 -
6.3.3. <i>Rechtsstaat</i>	- 68 -
6.3.4. <i>Verwaltung und Institutionen</i>	- 72 -
6.3.5. <i>Wahlen und Partizipation</i>	- 74 -
6.3.6. <i>Übergabe der Regierung</i>	- 77 -
6.3.7. <i>Ausblick und Empfehlungen</i>	- 80 -
6.4. Das amerikanische Demokratisierungskonzept für den Irak	- 85 -
Kapitel 7: Zusammenführung und Vergleich der Fälle	- 92 -
7.1. One Size fits all?	- 92 -
7.2. Gemeinsamkeiten der Fälle.....	- 93 -
7.3. Gemeinsamkeiten der Konzepte	- 95 -
7.4. Unterschiede der Fälle.....	- 97 -
7.5. Unterschiede der Konzepte	- 101 -
7.6. Probleme im Irak und deren Ursachen.....	- 102 -
SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ERGEBNISSE.....	- 105 -
ANHANG	- 107 -
Anhang I – Bericht für das U.S. Army College vom Februar 2003	- 108 -
Anhang II – Appendix der National Strategy for Victory in Iraq.....	- 109 -
Anhang III – Executive Summary	- 117 -
LITERATURVERZEICHNIS.....	- 118 -

Abkürzungsverzeichnis

ABZ	Amerikanische Besatzungszone
ACPF	Advisory Committee on Postwar Foreign Policy
CAD	Civil Affairs Division
CENTCOM	United States Central Command
CPA	Coalition Provisional Authority
JCS 1067	Directive to Commander-in-Chief of United States Forces of Occupation Regarding the Military Government of Germany
MG	Military Government
NGO	Nongovernmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NS	Nationalsozialismus
OMGUS	Office of Military Government, United States
ORHA	Office for Reconstruction and Humanitarian Assistance
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (von Ende 1943 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa)
SRSG	Special Representative of the Secretary General
TAL	Transitional Administrative Law (Übergangsverfassung des Irak)
UN	United Nations
USA	United States of America
USAID	U.S. Agency for International Development
WMD	Weapons of Mass Destruction

Einleitung

„Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.“²

Dieser zentrale Satz der „Rede der Hoffnung“, die der amerikanische Außenminister Byrnes im zerstörten Nachkriegsdeutschland hielt, markierte den deutlichen Umschwung in der amerikanischen Deutschlandpolitik, der letztlich zu dem stabilen, freien und demokratischen Deutschland von heute führte. Im kollektiven Gedächtnis Deutschlands lebt bis heute der amerikanische Soldat als Befreier fort, der Schokolade an Kinder verteilt und West-Berlin über die Luftbrücke versorgt. Amerika als eine Nation, die maßgeblich daran beteiligt war, Deutschland auf einen demokratischen Weg zu führen, die kulturell ein Vorbild war und ist: mit Hollywood und Popkultur, Grand Canyon, New York und der Route 66. Die Vereinigten Staaten suchten Westdeutschland nicht zuletzt durch Starthilfe bei der Westintegration und der Wiederbewaffnung vor einer expandierenden Sowjetunion zu bewahren sowie ihr Einflussgebiet zu sichern. Durch den Marshall-Plan gelang der deutschen Industrie der legendäre Durchbruch und führte schließlich zu einem florierenden, wirtschaftlich starken, wohlhabenden und stabilen Deutschland. Rückblickend, nach der erfolgreichen Wiedervereinigung und Jahrzehnten freundschaftlicher und erfolgreicher transatlantischer Beziehungen, muss selbst der vehementeste Amerika-Kritiker eingestehen, dass Deutschland ohne die USA nicht da wäre, wo es jetzt ist.

Vor diesem Hintergrund betrachten vor allem wir Deutschen die aktuellen Entwicklungen im Irak mit großem Interesse. Nach dem klaren militärischen Sieg der amerikanischen Truppen über die irakische Armee unter dem Diktator Saddam Hussein folgt nun der Wiederaufbau. Erklärtes Ziel Amerikas ist der Aufbau eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates als Anker der unruhigen Region, als Vorbild einer islamisch-demokratischen Nation und als stabiler Partner der USA im Nahen Osten. Seit Beginn des Konfliktes mit dem Irak erinnerten Vorgehen und Rhetorik stark an die Ereignisse in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Nicht nur die Vorstellungen der Amerikaner, sie würden in Bagdad jubelnd von den Irakern als Befreier empfangen, gezeichnet von jahrelangem staatlichen Terror und Verfolgung durch Saddam Husseins

² Rede der Hoffnung von James F. Byrnes, dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart am 6. September 1946 (Byrnes, J. (1944))

Regime, erwiesen sich als folgenschwerer Irrtum. Mit Hochdruck arbeitete die amerikanische Militärverwaltung und arbeitet noch die neue irakische Regierung an der Wiederherstellung der Infrastruktur, der Ausbildung einer zuverlässigen irakischen Polizei und Armee, der Verfolgung der Kriegsverbrecher sowie deren Verurteilung und vor allem an einer Verbesserung der Sicherheitslage. Aber die Amerikaner sehen sich im Gegenteil zunehmend mit einem Quasi-Bürgerkrieg konfrontiert, in dem religiöse und ethnische Gruppen zuvor diktatorisch unterdrückte Konflikte austragen. Erlittene Ungerechtigkeiten werden nun gerächt und stürzen den Irak zunehmend ins Chaos. Hinzu kommen islamistische Terrororganisationen, die das Durcheinander im Irak nutzen und durch verlustreiche Anschläge gegen die amerikanischen Truppen und gegen Zivilisten die Situation zunehmend verschärfen. Wo eine junge Demokratie nach ihrer nationalen Identität und nach Wegen zu einer zukunftssträchtigen Zusammenarbeit suchen sollte, finden die Iraker nur neues Leid und Angst um die Zukunft.

Die vorliegende Diplomarbeit soll einen Vergleich des amerikanischen Nationbuildings ziehen und die Diskrepanzen im Ergebnis der beiden Fälle amerikanischer Besatzungspolitik in Deutschland sowie im Irak erklären. Nicht nur im kollektiven deutschen, auch im kollektiven amerikanischen Gedächtnis lebte offenbar die Erinnerung an den unglaublichen Erfolg in Deutschland fort. Allein die Rhetorik amerikanischer Politiker verweist deutlich auf eine Verbindung und beschwört die positive „deutsche“ Entwicklung der Besatzungspolitik im Irak herauf. Doch existiert diese Verbindung tatsächlich? Nach der Erfahrung in Deutschland wirkte Amerika schließlich noch bei einigen Nationbuilding-Projekten mit, unter anderem in Japan, Somalia, Haiti, Bosnien, Kosovo und Afghanistan. Obwohl also einige Fälle zwischen Deutschland und dem Irak liegen, scheint trotzdem eine deutliche Verbindung spürbar zu sein. Es sieht fast so aus, als würden die Erfahrungen aus anderen Operationen ignoriert und im Irak direkt das ehemals so erfolgreiche „deutsche“ Konzept wieder hervorgeholt. Daraus folgere ich die Haupthypothese meiner Arbeit:

„Das erfolgreiche Demokratisierungskonzept der Amerikaner im besetzten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wird exakt übertragen und angewandt im aktuellen irakischen Wiederaufbauprozess“.

Es bleibt die Frage warum das Ergebnis beider Länderfälle so unglaublich unterschiedlich ausfällt – wie das direkte Gegenteil. Selbstverständlich muss berücksichtigt werden, dass das Projekt Irak noch lange nicht abgeschlossen ist. Es wird sich also schwierig gestalten, direkte Vergleiche zu ziehen. Dennoch erlaube ich mir,

abgeleitet aus Hypothese 1 noch folgende Hypothese aufzustellen, um den Unterschied im (vorläufigen) Ergebnis zu erklären:

„Die Misserfolge und Rückschläge im irakischen Wiederaufbau- und Demokratisierungsprozess sind das Ergebnis von fehlender Anpassung des „deutschen“ Erfolgskonzeptes an die irakischen Gegebenheiten“.

Mit Hilfe dieser beiden Hypothesen werde ich die Fälle Deutschland und Irak und das amerikanische Konzept für die beiden Länder qualitativ analysieren und abschließend den Vergleich zwischen den Fällen ziehen.

Um den amerikanischen Einfluss auf die politische Transformation analysieren zu können, ist es nötig, als Wissensgrundlage das amerikanische Demokratieverständnis und die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik zu verstehen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Verhältnis der amerikanischen Außenpolitik zum Demokratiebegriff der USA. Seit die USA den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zur neuen außenpolitischen Herausforderung erklärt haben, wächst die Bedeutung der weltweiten Verbreitung von Demokratie als Mittel, diesen Terrorismus zu bekämpfen. Hinzu kommt ein gesteigertes Engagement der UN seit den 90er Jahren im Bereich des Nationbuilding. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die katastrophale humanitäre Lage in vielen afrikanischen Ländern südlich der Sahara zeigten der Weltöffentlichkeit einen Bedarf an Peacekeeping-Operationen, der so zuvor nie da gewesen war. Immer mehr schienen diese Projekte in den Mittelpunkt der Aufgabenbereiche der UN und der USA zu rücken. Entsprechend gestaltet sich die Suche nach der optimalen, effektiven und kostengünstigen Nationbuilding-Strategie als die Suche nach dem Stein der Weisen. Zahlreiche Studien in diesem relativ jungen Forschungsgebiet widmen sich der genauen Analyse und Diskussion der Peacekeeping-Operationen. Doch das perfekte Konzept hat sich bisher noch nicht herauskristallisiert, viele Missionen hatten und haben mit Rückschlägen zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund scheint der Rückgriff auf das Konzept Deutschlands als eines der erfolgreichsten Nationbuilding-Projekte aller Zeiten nahe liegend zu sein. Und vielleicht war es den amerikanischen Strategen einen Versuch wert, mit alten Strategien neue Probleme zu lösen. Diese Arbeit soll genau diese Brücke schlagen und die Zusammenhänge der beiden Fälle analysieren. Denn anscheinend gestaltet sich die Entwicklung im Irak ganz anders als dies in Deutschland der Fall war. Doch sollten die Ergebnisse dann nicht auch ähnlich ausfallen? Und wenn sie das nicht tun, warum ist dies der Fall? Diese Fragen gilt es in dieser Arbeit zu klären. Der Zweck

dieser Arbeit schließlich ist es, einen Beitrag zu den erwähnten Analysen von Nationbuilding-Projekten zu leisten. Durch die aufgezeigten Probleme können Empfehlungen für zukünftige Missionen entstehen und Fehler vermieden werden.

Diese Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil wird der theoretische Rahmen dargestellt und die für den Vergleich nötigen Hintergrundinformationen bereitgestellt. Der zweite Teil enthält einige Hinweise über die amerikanische Außenpolitik und das amerikanische Demokratieverständnis. Dann führe ich die Demokratisierung Deutschlands genau aus, anschließend analog dazu die Demokratisierung im Irak. Die inhaltlichen Punkte der Kapitel über Deutschland und den Irak sind fast identisch, so dass der anschließende vergleichende Teil erleichtert wird. Der vergleichende Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden sowohl der Fälle der beiden Länder als auch deren Demokratisierungskonzepte. Im Anhang habe ich einige Originaldokumente angeführt, die das Gesamtbild abrunden sollen.

TEIL I: Theorieteil und Forschungsdesign

Kapitel 1: Einordnung

1.1. Literaturanalyse

Die zur Verwirklichung dieser Arbeit herangezogene Literatur ist, je nach Themengebiet, sehr unterschiedlich. Aus diesem Grund unterscheide ich Themenblöcke, die sich selbstverständlich hier und da überschneiden, aber dennoch deutlich von einander zu trennen sind.

Der erste Themenblock ist der Bereich der Postconflict Reconstruction und des Nationbuildings allgemein. Und da dieses Thema vor allem die UN beschäftigt, schließt dieser Themenblock die Literatur über die UN mit ein. Da die Praxis des Nationbuildings recht jung ist und erst wieder seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion richtig praktiziert wird, ist die Forschung zu diesem Thema auch überschaubar und aktuell. Dennoch gilt beispielsweise das Werk Simon Chestermans „You, the People. The United Nations, Transitional Administration and State-Building“³ bereits als Standardwerk. Wichtige Grundlagen für die Herausforderungen des komplexen Wiederaufbaus nach einem Konflikt konnte ich anhand zahlreicher Länderbeispiele den Werken „Postconflict Development. Meeting new Challenges“ von Gerd Junne und Willemijn Verkoren⁴ und „At War’s End. Building Peace after Civil Conflict“ von Roland Paris⁵ entnehmen. Besonders hilfreich im erstgenannten Werk von Junne und Verkoren waren die Beiträge von Jose Luis Herrero (“Building State Institutions”)⁶ und Tanja Hohe („Developing Local Governance“).⁷ Wie die Titel der beiden Aufsätze bereits andeuten, ging es vor allem um die Möglichkeiten des effektiven Statebuilding und der Partizipation der betroffenen Menschen.

Der zweite Themenblock beschäftigt sich mit den USA, vor allem mit dem amerikanischen Demokratieverständnis und der Außenpolitik. Über den Zusammenhang zwischen Demokratieverständnis und Außenpolitik gibt es außerordentlich viel Material. Namentlich nennen möchte ich „Unilateralism and U.S.

³ Chesterman, S. (2004)

⁴ Junne, G. / Verkoren, W. (2005)

⁵ Paris, R. (2004)

⁶ Herrero, J. (2005)

⁷ Hohe, T. (2005)

Foreign Policy“ von Malone und Khong⁸ und „Exporting Democracy: Fulfilling America’s Destiny“ von Muravchik⁹, ferner die Werke von Joseph Nye „Soft Power“¹⁰ und „The Paradox of American Power“.¹¹ Besonders berücksichtigt habe ich für diese Arbeit die Werke von Francis Fukuyama, da er einen interessanten Blickwinkel auf die politische Strömung der Neokonservativen in den USA, zu der auch die meisten Mitglieder der Regierung Bush gehören, zulässt. Besonders aussagekräftig war in diesem Zusammenhang sein Buch „America at the Crossroads. Democracy, Power, and the Neoconservative Legacy“.¹² Außerdem haben die im Internet veröffentlichten Reden des Präsidenten Bush und einiger seiner Minister, zusammen mit Strategiepapieren auf den Internetseiten des Weißen Hauses, das Bild vervollständigt.

Im Themenblock Nummer drei geht es um den Fall Deutschland. Zahlreiche Werke beschäftigen sich mit der Besatzungspolitik (beispielsweise das umfangreiche und sehr anschauliche Werk „Die amerikanische Besetzung Deutschlands“ von Klaus-Dietmar Henke¹³). Es gibt aber vergleichsweise wenig Literatur über die Demokratisierungspolitik der Amerikaner in Deutschland. Felicitas Hentschke, deren Veröffentlichung „Demokratisierung als Ziel der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland und Japan, 1943-1947“¹⁴ auch gleichzeitig einen der wichtigsten Beiträge zu diesem Themenbereich geleistet hat, begründet dies mit einem latenten Antiamerikanismus, der immer noch großen Abhängigkeit Deutschlands von den deutsch-amerikanischen Beziehungen und der eher negativen Assoziationen mit der Entnazifizierung. Außerdem, so Hentschke, wurden viele Errungenschaften der Nachkriegszeit schnell den deutschen Bemühungen zugeschrieben (Zitat: „Eine quantitative Abwägung zeigt auch in der deutschen Forschung ein vergleichsweise geringes Interesse an der Demokratisierungspolitik der Amerikaner in Deutschland. Das ist kaum verwunderlich, denn ein latent (sic!) bis offener Antiamerikanismus in der Wissenschaft und Politik einerseits und die Abhängigkeit der deutschen Politik von der deutsch-amerikanischen Freundschaft andererseits machten den Umgang mit der Geschichte der amerikanischen Okkupation in Deutschland schwierig. Außerdem wurde die Demokratisierungspolitik lange Zeit in enger Verbindung mit der Entnazifizierung

⁸ Malone, D. / Khong, Y. (2003)

⁹ Muravchik, J. (1991)

¹⁰ Nye, J. (2004)

¹¹ Nye, J. (2002)

¹² Fukuyama, F. (2006)

¹³ Henke, K. (1995)

¹⁴ Hentschke, F. (2001)

wahrgenommen, die für ein negatives Resultat amerikanischer Versuche steht, Deutschland vom NS zu befreien. Gleichzeitig wurden die positiv belegten Ergebnisse, wie zum Beispiel die Wiederbelebung des politischen Prozesses, die Partei- und Gewerkschaftsbildung, die Entstehung von Länderordnungen und -parlamenten sowie Schul- und Medienreformen, schnell zu einem Bestandteil der deutschen Erfolgsgeschichte. Die ursprünglichen Intentionen der Amerikaner waren jedoch grundsätzlicher und umfassender und werden erst seit dem Ende des Kalten Krieges als ein interessanter, historisch zu untersuchender Gegenstand erkannt.“¹⁵⁾ Außerdem waren zahlreiche Originaldokumente für die Darstellung des Falles Deutschlands von großer Wichtigkeit, vor allem das Handbook for Military Government in Germany,¹⁶ das einen hervorragenden Einblick in die Haltung, mit der die amerikanischen Soldaten den Deutschen gegenüber standen, gewährt.

Der vierte Themenbereich schließlich befasst sich mit dem Irak. Hier war die Beschaffung adäquater Information am schwierigsten, einfach aufgrund der großen Aktualität. Die wenigen Bücher zu diesem Thema erschienen oft erst während meiner Arbeit. Sehr hilfreich waren in diesem Fall die zahlreichen Internetquellen, einerseits von wissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen in aller Welt, andererseits direkt von der amerikanischen Regierung. Die wichtigsten Dokumente (so beispielsweise auch die „National Strategy for Victory in Iraq“,¹⁷ die sich auch in Auszügen im Anhang befindet, und die neue irakische Verfassung¹⁸⁾ waren online verfügbar, man möge mir deshalb die zahlreichen Internetquellen im Literaturverzeichnis verzeihen. Besonders erwähnen möchte ich an dieser Stelle die düstere Vorhersage „Iraq: The Day After“ des Council on Foreign Relations,¹⁹ das eine sehr schlechte Prognose zeichnet. Sehr nützlich für die Einordnung der Mission im Irak in einen Gesamtzusammenhang und für einen Vergleich mit anderen Operationen dieser Art war Francis Fukuyamas „Nationbuilding beyond Afghanistan and Iraq“.²⁰ Das Werk, das diese Arbeit am meisten geprägt hat, ist zweifellos „America’s Role in Nationbuilding. From Germany to Iraq“ von James Dobbins im Auftrag der RAND Cooperation.²¹ Da sich Dobbins auf das amerikanische Nationbuilding konzentriert und dessen wichtigste Kategorien

¹⁵ Hentschke, F. (2001): 17

¹⁶ O.V. (1944)

¹⁷ O.V. (2005c)

¹⁸ O.V. (2005a)

¹⁹ Schwartz, E. (2003)

²⁰ Fukuyama, F. (2006a)

²¹ Dobbins, J. et al. (2003)

anhand der Operationen in Deutschland, Japan, Somalia, Haiti, Bosnien, Kosovo, Afghanistan und Irak untersucht, erhielt ich wichtige Informationen gerade zum Vergleich zwischen den unterschiedlichen Ländern. Besonders interessant war, dass in vielen Büchern, Aufsätzen und Erlebnisberichten die Dobbins-Studien der RAND Cooperation auftauchten, die wohl allen für den Irak verantwortlichen amerikanischen Politikern bekannt gewesen sein mussten. So wird dies auch in Bremers Veröffentlichung „My Year in Iraq“,²² das im Übrigen einen sehr anschaulichen Eindruck von den Schwierigkeiten und den Alltagsproblemen im Irak vermittelt, erwähnt. Entsprechend eindrucksvoll, dennoch durch die differenziertere Berichterstattung und durch einen packenden Stil viel anschaulicher war George Packers Werk „The Assassins’ Gate. America in Iraq“.²³ Dieses Buch konnte den wohl konkretesten Eindruck der irakischen Entwicklung und der Situation vor Ort vermitteln. Über die Distanz zu Mitteleuropa kann man wohl kaum einen anschaulicheren Eindruck bekommen.

Allgemein ist der Stand der Wissenschaft zum Thema Postconflict Reconstruction und Nationbuilding nicht sehr weit fortgeschritten. Zwar wird jede Mission genau analysiert, die Ergebnisse fließen sichtbar in neue Engagements mit ein, aber dennoch sind die Ergebnisse bisheriger UN-Friedensmissionen nicht immer zufrieden stellend. Erst kürzlich wurde das Paradebeispiel der UN - Osttimor - bei erneut aufflammenden gewalttätigen Auseinandersetzungen in Frage gestellt. Es scheint extrem schwierig zu sein, ein funktionierendes Konzept für ein effektives Nationbuilding zu entwickeln und trotz einiger Erfahrungen scheint kein optimales Modell in Sicht zu sein. Die USA sehen sich offenbar zunehmend in der Verantwortung, Nationbuilding auch zum Zweck der eigenen Sicherheit durchzuführen, etwa aufgrund des Kampfes gegen den Terrorismus und angesichts des Desasters in Somalia. Und da die Fälle des Nationbuilding nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Japan die erfolgreichsten (und wohl inzwischen auch konsolidiertesten) sind, schien es nur natürlich zu sein, die Konzepte von damals wieder auf den Tisch zu legen und in die aktuellen Überlegungen mit einzubeziehen. Der Vergleich des amerikanischen Engagements im Irak mit dem im Deutschland der 40er und 50er Jahre war augenscheinlich, nicht zuletzt in der Rhetorik der Regierung Bush. Die Kompetenzverlagerung innerhalb der amerikanischen Administration vom Außenministerium (das alle Nationbuilding-Projekte der 90er Jahre geleitet hatte) ins

²² Bremer, P. (2006)

²³ Packer, G. (2005)

Verteidigungsministerium (das seit dem Nationbuilding in Deutschland und Japan kein Projekt dieser Art betreute) deutete schon einen Kurswechsel zu den älteren Konzepten an. Ich möchte die Frage beantworten, ob die Vergleichbarkeit der Fälle Deutschlands und des Irak wirklich so gegeben ist. Möglicherweise besteht ja auch die Hoffnung, in den früheren Nationbuilding-Operationen den Schlüssel für ein allgemein in Zukunft verwertbares Modell des Nationbuilding zu finden.

1.2. Definitionen und Abgrenzungen

1.2.1. Postconflict Reconstruction

Der Begriff Postconflict Reconstruction bezeichnet den Wiederaufbau eines Staates oder eines Gebietes nach einem bewaffneten Konflikt. Ob dieser Konflikt ein Bürgerkrieg oder ein klassischer Krieg war, ist nicht von Bedeutung. Dieser Begriff wurde vor allem durch die Wiederaufbaupmissionen der UN seit den 90er Jahren geprägt. Postconflict Reconstruction bezieht auch einen Wiederaufbau staatlicher Strukturen mit ein. Der wieder aufgebaute Staat soll demokratisch sein. Die Komponenten der Postconflict Reconstruction sind mehrdimensional und umfassen die Dimensionen der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Sicherheit.²⁴ Ziel ist die Schaffung eines lebensfähigen, demokratischen, partizipativen und stabilen Staates (siehe auch das Kapitel 2.1. "Allgemeines zur klassischen Postconflict Reconstruction").

Der Begriff Postconflict Reconstruction wird in dieser Arbeit auf englisch verwendet. Die deutsche Übersetzung (Wiederaufbau nach einem Konflikt) trifft zwar inhaltlich auch zu, dennoch ist Postconflict Reconstruction in den letzten Jahren immer mehr zu einem stehenden Begriff geworden. Außerdem verwende ich den Begriff nicht ausschließlich im Sinne des Wiederaufbaus nach einem Konflikt, sondern ich beziehe die moderne, multidimensionale Interpretation der Postconflict Reconstruction, wie bereits oben erläutert, mit ein.

1.2.2. Nationbuilding

Im engen Zusammenhang mit der Postconflict Reconstruction steht das Nationbuilding, wobei sich das Nationbuilding eher auf den Wiederaufbau (oder auch den erstmaligen Aufbau) eines demokratischen Staates bezieht. James Dobbins definiert Nationbuilding

²⁴ Vergleiche Diamond (2006): 176

so: „Nationbuilding can be defined as the use of armed force in the aftermath of a conflict to underpin a transition to democracy”.²⁵ Johanna Mendelson Forman sieht im Nationbuilding zwei Schritte, nämlich der Stabilisierung durch humanitäre Hilfe und Wiederherstellung der Sicherheit und im zweiten Schritt der Aufbau einer selbsttragenden Wirtschaft und den Aufbau demokratischer politischer Institutionen.²⁶ Als absolutes Paradebeispiel für ein gelungenes Nationbuilding gilt die Mission in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.²⁷ In dieser Arbeit verwende ich die Begriffe Nationbuilding und Demokratisierung fast analog, da sie in der Praxis kaum zu trennen sind.

Auch im Falle des Nationbuilding werde ich in dieser Arbeit den englischen Begriff verwenden. Noch mehr als im Falle der Postconflict Reconstruction ist inzwischen der Begriff des Nationbuilding auch in der deutschsprachigen Fachliteratur zu finden.

1.2.3. Demokratie und Demokratisierung

Der Grundkonsens aller Demokratiedefinitionen besteht aus den folgenden Punkten: Alle Macht geht vom Volk aus, durch freie, gleiche und geheime Wahlen, einem unabhängigen Parteiensystem, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten (wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit) und eine Zivilgesellschaft, die sich aktiv in die Regierung einbringt.²⁸ Im Zusammenhang mit dieser Arbeit ist es noch wichtig, zu erwähnen, dass ein demokratisches System in verschiedenen Kulturen unterschiedlich geprägt sein kann und doch eine Demokratie bleibt: „Democracy takes different forms in different cultures, but successful free societies are built on common foundations of rule of law, freedom of speech, freedom of assembly, a free economy, and freedom of worship.”²⁹

Demokratisierung ist die Bemühung, ein demokratisches System zu schaffen. In diesem Zusammenhang bezeichnet „Demokratisierung“ die aktive externe Unterstützung innerhalb einer Postconflict Reconstruction Operation entweder durch die UN oder durch eine uni- oder multilaterale Staatenkoalition. Demokratisierung kann aber auch durch das Handeln der eigenen Bürger stattfinden.

²⁵ Dobbins, J. (2006): 218

²⁶ Vergleiche Mendelson Forman, J. (2006): 197f

²⁷ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003)

²⁸ Vergleiche auch Hentschke, F. (2001): 219f

²⁹ O.V. (2005)

1.2.4. Empowerment

Empowerment bezeichnet Strategien, die dazu führen, die Selbstbestimmung der Menschen zu erhöhen und die Identifikation mit den geschaffenen Strukturen zu verbessern. Partizipative Maßnahmen im Zuge von Nationbuilding-Projekten, um die betroffene Bevölkerung in den Wiederaufbauprozess mit einzubeziehen, werden als Empowerment bezeichnet. Diese Miteinbeziehung soll sicherstellen, dass die Menschen die neuen Strukturen annehmen, sie weiterentwickeln können und sich mit ihnen identifizieren, um die Strukturen langfristig und nachhaltig zu gestalten. Außerdem wird das Konzept des Empowerment der moralischen Forderung gerecht, dass die betroffenen Menschen selber über ihr Land und ihr Schicksal entscheiden sollten und autonom über sich und ihre Ressourcen bestimmen können.

Auch in diesem Fall verwende ich den englischen Begriff, da das Empowerment ein Begriff ist, der in der deutschsprachigen Fachliteratur auftaucht. Die deutsche Übersetzung erklärt den Begriff zudem unzureichend mit „Bemächtigung“, „Befähigung“ oder „Selbstkompetenz“.

1.2.5. Irak als noch nicht abgeschlossener Fall

Problematisch an dieser Untersuchung ist der Vergleich von zwei Fällen, in dem der eine abgeschlossen und der andere noch weit entfernt vom Abschluss ist. Dennoch sind die wichtigsten Punkte der Demokratisierungsstrategie der Amerikaner ersichtlich und damit auch vergleichbar. Schließlich findet die Planung der Konzepte vor dem militärischen Einmarsch statt oder wie im Falle des Irak in der ersten Zeit der Besatzung. Das wichtigste Strategiepapier für den Irak, die „National Strategy for Victory in Iraq“, wurde zwar erst im November 2005 veröffentlicht, aber die Veröffentlichung liegt innerhalb des Untersuchungszeitraumes. Der in dieser Arbeit berücksichtigte zeitliche Rahmen endet am 30. Juni 2006. Dieses Datum war das spätest mögliche, um aufgrund meines Bearbeitungszeitraumes miteinbezogen zu werden.

Kapitel 2: Theoretischer Rahmen

In diesem Kapitel soll der Rahmen dieser Arbeit umrissen werden. Maßstäbe für den Vergleich des Falles Deutschlands mit dem Fall des Irak sollen vorgestellt und in den allgemeinen Rahmen des Wiederaufbaus eingegliedert werden.

2.1. Allgemeines zur klassischen Postconflict Reconstruction

Der Begriff Postconflict Reconstruction bezeichnet, wie bereits definiert, den Wiederaufbau eines Staates nach einem Konflikt. In der modernen Verwendung des Wortes bezieht sich der Wiederaufbau nicht nur im technischen Sinne auf die Infrastruktur oder die Gebäude, sondern auf den Staat in seiner Gesamtheit: Die Verwaltung, die Institutionen, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft, die Außenbeziehungen etc. Ziel ist es, einen lebensfähigen, möglichst demokratischen Staat zu schaffen, der stabil ist und den Frieden sichern kann. Der erste richtige Fall von Postconflict Reconstruction fand mit dem umfassenden Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Der Bedarf an einer derartigen Leistung ist jedoch mit der Zeit immer mehr gestiegen. In den letzten Jahrzehnten war der Wiederaufbau nach einem Konflikt vor allem in die Kompetenzen der UN gefallen, die sich um die zahlreichen „failed states“ kümmerte. In der jüngeren Zeit jedoch hat sich die USA immer mehr seiner Rolle als Weltpolizei besonnen und sich auch im Rahmen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus einigen gescheiterten Staaten gewidmet. Die Fälle von Afghanistan und des Irak (im Irak mehr als in Afghanistan) zeigen einen neuen Trend der USA, „failed states“ mit einer weitgehend unilateralen Operation zu vernichten und den Wiederaufbau zur Reform des Staates zu nutzen.³⁰

2.2. UN Peacekeeping und Peacebuilding

In den 90er Jahren wuchs der Bedarf an Peacekeeping-Operationen, vor allem durch die von Bürgerkriegen und humanitären Katastrophen gebeutelten Länder der Subsahara in Afrika. Durch die Medienpräsenz („CNN-Effekt“) und auf der Suche nach einer neuen, globalen, gerechteren Weltordnung nach Ende des Kalten Krieges rückten die grausamen Zustände in manchen Ländern die UN immer mehr ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Zunehmend bauten die UN ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten zu friedenssichernden Einsätzen aus, hin zu multidimensionalen Peacekeeping-Operationen, die sowohl militärische als auch wirtschaftliche, humanitäre, politische

³⁰ Vergleiche Fukuyama, F. (2006a)

und soziale Aktivitäten beinhalteten. Zwar scheiterten die UN an einigen Einsätzen katastrophal (beispielsweise in Somalia und Ruanda), dennoch hatte sie auch zunächst einige Erfolge zu verzeichnen (beispielsweise in Osttimor). Umfang und Zielsetzung unterschieden sich von Fall zu Fall, während oft „nur“ Blauhelme zur Gewährleistung der Sicherheit entsandt und die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch gebeten werden (klassisches Peacekeeping), übernahmen die UN in anderen Fällen im Rahmen einer multidimensionalen Peacebuilding-Operation gleich den gesamten Staatsapparat nach dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung, um ein adäquates Nationbuilding zu gewährleisten (so geschehen beispielsweise in Osttimor). Doch auch die erfahrenen Vereinten Nationen mit ihren zahlreichen versierten, internationalen Experten und Mitarbeitern haben noch kein „Patentrezept“ für das Nationbuilding gefunden. Im Gegenteil scheint ein aktiver Lernprozess im Gange zu sein, der nach jeder abgeschlossenen Mission eine Bilanz zieht und die Fehler identifiziert, um es das nächste Mal besser zu machen.³¹ Dennoch scheint sich ein wesentlicher Schwerpunkt im Peacekeeping und Nationbuilding der UN erkennen zu lassen: Die ausführliche Anpassung an die lokalen Gegebenheiten, kulturellen Besonderheiten, an die Geschichte, die ethnischen und religiösen Gruppen des Landes und die daraus folgende geplante Unterschiedlichkeit der Missionen. Der Trend des UN-Peacekeeping geht spätestens seit der Mission in Osttimor 1999 immer mehr in Richtung komplexer Friedenssicherungsmissionen, in denen die UN die Regierungsgewalt übernimmt, den staatlichen Wiederaufbau sichert und die Kompetenzen dann wieder nach und nach an die lokalen Autoritäten übergibt.³² Dennoch steht die Einbindung und die Partizipation der indigenen Bevölkerung im Mittelpunkt.

2.3. Erfahrungen der USA mit Nationbuilding

Letztlich können vorangegangene Erfahrungen der Amerikaner auf dem Gebiet der Postconflict Reconstruction sowie des Nationbuildings in den letzten Jahrzehnten nicht mit den aktuellen Anstrengungen im Irak verglichen werden. Bei den UN-Missionen in den 90er Jahren unter amerikanischer Beteiligung blieb die UN die tonangebende Kraft. Vergleicht man das Nationbuilding der Amerikaner in den 40er Jahren (Deutschland und Japan) mit den modernen Nationbuilding-Missionen der UN in den 90er Jahren (Bosnien, Ost-Timor, Kosovo, Kambodscha etc.), werden die großen Unterschiede deutlich. Die modernen UN-Missionen sind viel partizipativer angelegt und auf

³¹ Brahimi-Report und Einrichtung einer Peace-Keeping best practices unit bei der UN

³² Vergleiche Chesterman, S. (2004)

Empowerment ausgerichtet (also auf Hilfe zur Selbsthilfe). Aktuellere Beteiligungen Amerikas beschränken sich auf UN-Missionen, was eine aktive, gestalterische und strategische Rolle im Nationbuilding nicht notwendig machte. Da sich die aktiv am deutschen Wiederaufbau beteiligten Amerikaner nicht mehr im Dienst befinden, beschränken sich die Informationen zu Handlungsmodellen auf historischen Daten, Fakten und Erfahrungen.

2.3.1. Deutschland und der “Deep Footprint”

Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen Nationbuilding-Projekten ist das unterschiedliche Niveau des Engagements der UN beziehungsweise der USA: „Many factors influence the ease or difficulty of Nationbuilding: prior democratic experience, level of economic development, and national homogeneity. However, among the controllable factors, the most important determinant seems to be the level of effort – measured in time, manpower, and money”.³³ Dieses unterschiedliche Engagement wird mit “deep” oder “light footprint” bezeichnet. In den Fällen Deutschland und Japan handelte es sich um einen “deep footprint“ der USA. Durch das Nationbuilding mittels einer jahrelangen Besatzung, die die absolute Kontrolle über die demokratische Entwicklung ausüben konnte, haben die USA entsprechend die junge Bundesrepublik geprägt und ihr einen „deep footprint“ wie einen Stempel aufgedrückt.³⁴ Entsprechend des weit reichenden Engagements der USA in Deutschland war die Entwicklung eines demokratischen Staates außerordentlich erfolgreich und setzte Maßstäbe im Nationbuilding.³⁵

2.3.2. Afghanistan und der “Light Footprint”

Der so genannte “light footprint” hingegen kommt mit moderateren Zielsetzungen bezüglich des Nationbuildings aus. Afghanistan ist ein Beispiel für ein Nationbuilding mittels eines „light footprint“: „There was, in other words, a deliberate decision to go into Afghanistan with a light footprint. The long-term political goal was modest, moreover: the United States never promised that it would turn Afghanistan into a model democracy. The objective, rather, was to end the country’s legacy as a haven for terrorists and to bring a modicum of stability to its population”.³⁶ Das amerikanische Engagement im Irak hingegen entspricht eher einem “deep footprint”, die

³³ Dobbins, J. et al. (2003): xxv

³⁴ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 203

³⁵ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): xiii

³⁶ Fukuyama, F. (2006a): S. 12

Anforderungen und Ziele waren viel ambitionierter: “The situation was much different in Iraq: The goals were more ambitious and the footprint much heavier. President Bush had started before the war that Iraq was to be made a democracy and that the war would be the opening phase of a much larger plan to transform the politics of the greater Middle East”.³⁷

2.4. Abgrenzung des Falles Irak von der klassischen Postconflict Reconstruction

Der Fall des Irak muss noch abgegrenzt werden von den klassischen Fällen der Postconflict Reconstruction. Die klassische Postconflict Reconstruction findet, wie man an den Fällen der 90er Jahre feststellen kann (an Haiti, Somalia, Kosovo, Bosnien und so weiter), nach der Zerstörung durch einen Krieg oder einen Bürgerkrieg statt. Im Irak bewerkstelligt die Nation das Postconflict Reconstruction, von der die militärische Auseinandersetzung ausging. Insofern sind Deutschland, Japan, Afghanistan und der Irak besondere Fälle.³⁸

³⁷ Fukuyama, F. (2006a): 12

³⁸ Vergleiche Paris, R. (2004): 5

Kapitel 3: Forschungsdesign

3.1. Zu den Fällen

Diese Arbeit ist eine vergleichende Fallstudie, die die Fälle des demokratischen Wiederaufbaus in Deutschland und im Irak analysiert mit dem Ziel, die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede herauszuarbeiten. Die Ergebnisse des Vergleichs sollen entsprechend zur Beurteilung herangezogen werden, inwieweit die gestellten Hypothesen zutreffen oder nicht. Die Auswahl der Fälle Deutschlands und des Iraks boten sich an, um das amerikanische Demokratisierungskonzept zu untersuchen. Nur diese beiden Fälle in der Geschichte des amerikanischen Nationbuildings sind auf derselben Ebene und damit vergleichbar. Die Projekte, an denen sich die USA etwa in den 90er Jahren beteiligt hatte oder auch der Fall Afghanistans, sind von ihrem Wesen her grundlegend verschiedene. Der einzige weitere vergleichbare Fall wäre noch Japan gewesen. Ich habe dennoch Deutschland ausgewählt, da ich so einen Vergleich zwischen der ersten und der jüngsten Nationbuilding-Mission der USA ziehen kann und da Deutschland für mich persönlich in jeder Beziehung näher liegt. Ferner war die Beschaffung von Informationen einfacher. Letztlich hätte man auch Japan mit dem Irak vergleichen können, die Ergebnisse wären ähnlich ausgefallen, da die amerikanischen Missionen in Deutschland und Japan in ihrem Aufbau und in ihrer Praxis fast identisch waren. Zwischen Deutschland (und Japan) und dem Irak gab es keinen vergleichbar ambitionierten Fall der militärischen Besetzung eines Landes zum Zweck seiner politischen Transformation.³⁹ Auch amerikanische Politiker, allen voran Präsident Bush, hatten den Vergleich zwischen den beiden Fällen immer wieder gezogen, sei es in Reden oder in den Konzepten. Die Frage bleibt dennoch, wie vergleichbar die beiden Fälle wirklich sind.

Obwohl in den Fällen Deutschlands und des Irak jeweils auch andere Nationen am Nationbuilding beteiligt waren (in Deutschland die Alliierten, im Irak die Koalition), untersuche ich hier nur den amerikanischen Einfluss. Im Fall Deutschlands ist dieser recht einfach herauszufiltern, denn es existierte eine amerikanische Besatzungszone, in der die Amerikaner weitgehend eigenverantwortlich handeln konnten. Auch der amerikanische Einfluss auf Konzepte, Planungen und Konferenzen ist genau dokumentiert und damit gut ersichtlich. Die Entwicklung in Westdeutschland ist

³⁹ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 168

außerdem ideologisch gesehen mit einem maßgeblichen Einfluss der Amerikaner versehen. Im Falle des Irak sind zwar auch noch andere Länder, vor allem Großbritannien, beteiligt, dennoch ist die Mission „in its leadership and design an American occupation.“⁴⁰ Denn auch hier geht der größte Einfluss von den USA aus.

An dieser Stelle soll noch auf den berücksichtigten zeitlichen Rahmen hingewiesen werden, denn zum Zeitpunkt der Beendigung dieser Arbeit ist das amerikanische Engagement im Irak noch nicht abgeschlossen. Es werden alle Ereignisse bis zum 30. Juni 2006 hier mit einbezogen. Es soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass ich bei dem Vergleich zwischen Deutschland und dem Irak einen Fokus auf die ersten Jahre der Besetzung lege, um die Vergleichbarkeit zu verbessern. Letztlich entscheidend für die Konzepte und Strategien, um die es hier geht, sind die frühe Phase der Besetzung oder sogar noch die Jahre vor der Invasion. Insofern lassen sich die beiden Länder auch gut vergleichen, ohne dass die Besetzung im letzten Fall abgeschlossen ist.

3.2. Annahmen und Hypothesen

In dieser Arbeit gehe ich von der Annahme aus, dass es zumindest ein implizites Konzept für die Demokratisierung – sowohl in Deutschland als auch im Irak – gegeben hat, beziehungsweise gibt. Im Fall Deutschlands ist diese Demokratisierungsstrategie relativ einfach zu identifizieren, da die Planungen für das Nachkriegsdeutschland bereits Jahre vor Kriegsende begannen. Die Konzepte erfuhren eine sukzessive Anpassung und entwickelten sich ständig weiter, vor allem angesichts des wachsenden Ost-West-Konfliktes. Im Irak hingegen wird das Vorhandensein einer klaren Strategie im Sinne eines „Besitzerhandbuches“ (wie es in Deutschland existierte) bestritten. Zwar fanden auch hier vor dem militärischen Eingreifen der Amerikaner Beratungen bezüglich der Demokratisierungsstrategie statt, eine Art „verabschiedetes Konzept“ existierte jedoch nicht von Anfang an. Mit dem Begriff „Konzept“ meine ich in dieser Arbeit nicht ausschließlich dieses formale, verabschiedete, schriftliche Modell, sondern ich beziehe auch die tatsächliche Entwicklung und Strategie mit ein. Ansonsten würden wichtige Entscheidungen und Anpassungen an die aktuellen Situationen gänzlich außer Acht gelassen werden. Das Konstrukt, das hier untersucht werden soll, ist sehr dynamisch und im Verlauf des Wiederaufbaus ständig beweglich gewesen.

Die Hypothesen dieser Arbeit lauten, wie bereits in der Einleitung erwähnt, wie folgt:

⁴⁰ Diamond, L. (2006): 174

„Das erfolgreiche Demokratisierungskonzept der Amerikaner im besetzten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wird exakt übertragen und angewandt im aktuellen irakischen Wiederaufbauprozess“.

Es soll also untersucht werden, inwieweit das Demokratisierungskonzept, das sich in Deutschland als so erfolgreich erwiesen hat, auch in der Entwicklung des irakischen Nationbuildings zu finden ist. Sollte sich diese Hypothese als richtig herausstellen, gilt es noch eine andere Hypothese zu überprüfen:

„Die Misserfolge und Rückschläge im irakischen Wiederaufbau- und Demokratisierungsprozess sind das Ergebnis von fehlender Anpassung des „deutschen“ Erfolgskonzeptes an die irakischen Gegebenheiten“.

Diese zweite Hypothese soll die unterschiedlichen Ergebnisse des (unter Umständen gleichen) Konzeptes erklären. Warum also die Situation im Irak als Ergebnis des amerikanischen Nationbuildings ganz und gar nicht mit der Situation in Deutschland zu vergleichen ist. Untersucht werden soll also, im Falle der Bestätigung der ersten Hypothese, wieso sich die Ergebnisse des Demokratisierungskonzeptes unterscheiden obwohl sich die Konzepte selbst gleichen.

3.3. Datenquellen

Die ausführliche Analyse der verwendeten Literatur findet sich in dem Kapitel 1.1. „Literaturanalyse“. Einige Punkte sollen aber noch einmal kurz erwähnt werden. Aufgrund der Aktualität der Ereignisse bilden nur wenige Bücher die Grundlage meiner Argumentation. Die wenigen, die bis zum Frühjahr 2006 veröffentlicht wurden, haben aber überdurchschnittlich große Teile der Gesamtinformationen geliefert. Zum Thema der amerikanischen Besatzung Deutschlands findet sich natürlich ein wahrer Bücherdschungel, den ich auch nach Möglichkeit ausgewertet habe. Zum Irak hingegen gibt es eine recht überschaubare Anzahl an Fachbüchern. Hier boten sich jedoch aktuellere Zeitschriftenartikel sowie das Internet als Informationsquelle an. Besonders verweisen möchte ich auf die zahlreichen Originaldokumente, die ich analysiert habe (Beispielsweise das Handbook for Military Government in Germany, die Frankfurter Dokumente, das Potsdamer Abkommen, die National Strategy for Victory in Iraq, zahlreiche Reden amerikanischer Politiker, Veröffentlichungen verschiedener Einrichtungen und die wöchentliche Berichterstattung der amerikanischen Truppen aus dem Irak).

3.4. Analyserahmen und Vergleichskategorien

Die Fälle Deutschland und Irak werden anhand bestimmter Kategorien analysiert, auf denen auch der anschließende Vergleich basiert. Der Auswahl dieser Untersuchungskategorien habe ich viel Aufmerksamkeit gewidmet. Neben den allgemeinen einführenden Hintergrundinformationen enthalten die Kapitel über die Fälle zwei Teile. Der erste Teil beschreibt die amerikanische Besetzung in dem jeweiligen Land anhand der Punkte der Organisation der Besetzung, deren Zielsetzung, das Verhältnis zwischen den Besatzern und den Besetzten und der jeweiligen Chefs der amerikanischen Militärverwaltung. Dieser Teil soll einen Eindruck über die Struktur der Okkupation vermitteln und bildet die Grundlage für das Projekt der Demokratisierung. Im zweiten Teil geht es dann um diese Demokratisierung. Die demokratische Entwicklung werde ich anhand der Kategorien „Reeducation“, „Entnazifizierung“ beziehungsweise „Entbaathifizierung“, Rechtsstaat“, „Verwaltung und Institutionen“, „Wahlen und Partizipation“ und „Übergabe der Regierung“ untersuchen. Diese Kategorien entsprechen weitgehend den strategischen Punkten zur politischen Transformation (vergleiche hierzu auch die Untersuchung in Dobbins: „America’s Role in Nationbuilding“ nach den Kategorien „Security“, „Humanitarian“, „Civil Administration“, „Democratization“, „Reconstruction“⁴¹) und die Punkte der National Strategy for Victory in Iraq: „Security“, „Democratic Government“, „Capacity-Building and Essential Services“, „Economy“, „Rule of Law and Civil Rights“, „International Support“ (sinngemäß)⁴²) und den allgemeinen Merkmalen für Demokratie.

Die Kapitel „Reeducation“ (5.3.1. und 6.3.1.) sollen die Beeinflussung der herrschenden politischen Ideologie durch die Amerikaner beschreiben. Es geht unter anderem um die politische Kultur des jeweiligen Landes sowie um den expliziten und auch den impliziten Einfluss der Amerikaner darauf. Die Bedeutung der „Reeducation“ bezieht sich vor allem darauf, dass ein demokratisches politisches System auf eine freiheitliche, tolerante, aktive und liberale Zivilgesellschaft angewiesen ist. Die Kapitel „Entnazifizierung“ (5.3.2.) und „Entbaathifizierung“ (6.3.2.) entsprechen eben dieser Intention, die intoleranten und undemokratischen Ideologien und Machtstrukturen des vormaligen Regimes zu beseitigen, Gerechtigkeit für die Opfer der Systeme zu schaffen und einen gesellschaftlichen Neuanfang zu initiieren. Da dieser Punkt in Deutschland wie im Irak zu einem großen gesellschaftlichen Streitthema geworden ist, wird in diesen Kapiteln die Durchführung der Maßnahmen auch eingehend kritisiert. Auch die

⁴¹ Dobbins, J. et al. (2005)

⁴² O.V. (2005c)

nächsten Kapitel „Rechtsstaat“ sollen einerseits verdeutlichen, wie in einer Postconflict-Situation mit den Verbrechen des vorigen Regimes umgegangen werden kann und andererseits die Bedeutung rechtsstaatlicher Strukturen für ein demokratisches System unterstreichen. Die darauf folgenden Kapitel „Verwaltung und Institutionen“ (5.3.4. und 6.3.4.) beschäftigen sich mit der Analyse der Herstellung staatlicher Strukturen, die eine politische Transformation stützen. Vor allem im Irak können beispielsweise die föderalen Strukturen entscheidend dazu beitragen, die ethnisch-religiösen Differenzen demokratisch zu lösen. Die jeweils nächsten Kapitel beschäftigen sich mit dem offensichtlichsten Merkmal von Demokratie überhaupt, der Möglichkeit der Bevölkerung, sich ins politische Geschehen aktiv einzubringen und somit der Rolle als politischer Souverän gerecht zu werden. Die Kapitel „Wahlen und Partizipation“ (5.3.5. und 6.3.5.) sind vor allem den Wahlen, den Parteien und der Ausarbeitung einer neuen Verfassung gewidmet, es wird aber auch kritisch untersucht, wie viel Einfluss und Partizipationsmöglichkeiten die Deutschen und die Iraker auf den Prozess des Nationbuildings selber hatten. Die Kapitel „Übergabe der Regierung“ (5.3.7. und 6.3.6.), die den Vergleich abschließen sollen, beschäftigen sich jeweils mit dem „Exit“ der Amerikaner. Dieses Thema dürfte für die weitere Entwicklung im Irak von besonderer Bedeutung sein. Des Weiteren findet sich für Deutschland und für den Irak noch ein entsprechend gesondertes Kapitel für die Besonderheiten des jeweiligen Falles. Abschließend wird in jedem Länderkapitel das amerikanische Demokratisierungskonzept identifiziert und in Bezug auf den Nationbuilding-Prozess analysiert.

Teil II: Fallstudien

In dem nun folgenden zweiten Teil der Diplomarbeit sollen die Fallstudien behandelt werden. Bevor ich mich jedoch genauer mit den Geschehnissen in Deutschland und im Irak beschäftige, möchte ich noch einen kurzen Einblick in die amerikanische Außenpolitik, besonders unter dem Aspekt der Demokratie, geben. Dieser Einblick ist unerlässlich für die Fallbehandlungen, da jede Demokratisierung seitens der US-Amerikaner an das amerikanische Demokratieverständnis geknüpft ist. Auch die Veränderungen, die die amerikanische Außenpolitik seit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 erfahren hat, sind essentielle Informationen für die folgenden Fallstudien.

Nach der eingehenden Untersuchung der Fälle Deutschland und Irak werde ich die Fälle vergleichen, und zwar sowohl was die Konzepte angeht als auch deren Praxis. Ein ebenso wichtiger Untersuchungspunkt stellt die Beantwortung meiner zweiten Hypothese dar: Ist die mangelnde Anpassung des „deutschen“ Modells auf den Irak die Ursache für deren offensichtliches Mislingen?⁴³

⁴³ Vergleiche US-Außenministerin Madeleine Albright im Hinblick auf die Verbesserung der Situation im Irak: „Wir sind politisch und militärisch im Irak überdehnt. Helfen würde das Eingeständnis schwerer Fehler und ein Ende des Krieges.“ (o.V. (2006c): 1)

Kapitel 4: Zur amerikanischen Außenpolitik

Die amerikanische Außenpolitik ist seit ihrem Bestehen ein beständiges hin-und-her zwischen Isolationismus und Internationalismus - also zwischen der Ignoranz und der Einmischung in internationale Probleme, die nicht direkt die USA betreffen.⁴⁴ Mit meiner Betrachtung möchte ich jedoch die Zeit vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg unbeachtet lassen. Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg riss Amerika erneut aus einer Phase des Isolationismus, als die Japaner mit dem Angriff auf Pearl Harbour die USA praktisch zum Kriegseintritt zwangen. Nun trat Amerika erneut in die Weltpolitik ein. Es folgten lange Kriegsjahre der USA als Teil der Alliierten gegen die Achsenmächte Deutschland - Italien - Japan im Zweiten Weltkrieg, der von den Alliierten schließlich gewonnen wurde. Die folgenden Nachkriegsjahre und der Wiederaufbau der Demokratien in Deutschland und Japan wurden bereits überschattet von dem sich anbahnenden Ost-West-Konflikt. Schnell zeigten sich während der Besatzungszeit in Deutschland die politischen und ökonomischen Diskrepanzen zwischen der Sowjetunion und Amerika. Der nahende Kalte Krieg gipfelte schließlich in der Teilung Deutschlands in die spätere DDR und die BRD. Erst in den Jahren 1989/90, nach Jahren des Wettrüstens, Konkurrenz und Stellvertreterkriegen, brach die Sowjetunion zusammen und Deutschland wurde wiedervereinigt. In den Jahren nach Ende des Kalten Krieges waren die USA - plötzlich ohne ein internationales Gegengewicht zu ihrer Supermachtsstellung - auf der Suche nach einer neuen Weltordnung. Die in den 90er Jahren zunehmend in „Mode“ gekommenen Peacekeeping Missionen der Vereinten Nationen wurden in den USA militärisch, personell und finanziell zwar unterstützt, erzeugten jedoch auch einen großen innenpolitischen Druck auf die jeweiligen Regierungen (besonders auf die Regierung Clinton), sich aus blutigen Konflikten herauszuhalten - sie gingen einen schließlich nicht direkt etwas an. Diese Wende wurde bereits als ein erneuter Rückzug in den Isolationismus interpretiert,⁴⁵ bis der 11. September 2001 alles veränderte. Der Krieg gegen den internationalen Terrorismus begann und ein Ende ist nicht abzusehen - ganz im Gegenteil wird dieser Konflikt oft als der neue Kalte Krieg oder der neue Weltkrieg beurteilt. Die Bush-Doktrin schließlich vereinte die im Folgenden näher erläuterten Konzepte des *Manifest Destiny* mit einer aktiven und durchsetzungsstarken Kriegspolitik.

⁴⁴ Vergleiche Bierling, S. (2003)

⁴⁵ Vergleiche Bierling, S. (2003)

4.1. Das amerikanische Demokratieverständnis

Eine wichtige Komponente des amerikanischen Demokratieverständnisses ist das „*Manifest Destiny*“ (die „gottgewollte“, „offenkundige“ oder „unabwendbare Bestimmung“⁴⁶). Dieser Begriff beinhaltet einen tiefen Glauben an eine „historische Mission“ Amerikas.⁴⁷ Diese Doktrin stammt aus dem 19. Jahrhundert und hebt das freiheitliche Amerika gegenüber dem Europa hervor, vor dem die europäischen Auswanderer einst geflohen waren: geprägt von Krieg, Hunger und Unterdrückung.⁴⁸ Das *Manifest Destiny*, das sich zunächst nur auf Nordamerika bezog, dehnte sich in vielen Jahren amerikanischer Außenpolitik zu einer Doktrin aus, in der Amerika der ganzen Welt Vorbild und behilflich sein will, in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung zu leben. Diese Ansicht gipfelt in dem bekannten Gedanken, den Roosevelt eine „internationale Polizeimacht“ nannte.⁴⁹ Besonders den Europäern ist die gewisse emotionale Verbundenheit vieler Amerikaner mit den amerikanischen politischen Idealen, der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung fremd. Die politischen Werte der USA werden von vielen Amerikanern als universelle Ideale gesehen, die allen Menschen zuteil werden sollten.⁵⁰ Dazu passend habe ich auch das Motto dieser Arbeit in Form eines Zitates des amerikanischen Präsidenten Bush gewählt. Im Jahr 2005 sagte er in einer Rede den Satz: „Freiheit ist das Geburtsrecht und tiefe Bedürfnis jeder menschlichen Seele, und die Verbreitung der Segnungen der Freiheit ist die Mission unserer Zeit.“⁵¹ Dieser Satz verbindet die Bedeutung der amerikanischen politischen Ideale für die gesamte Menschheit mit einem selbstverständlichen außenpolitischen Expansionismus, um diese Werte jedermann zugänglich zu machen. Im folgenden Satz des Zitates wird sogar der erste Schritt zur Werteexpansion genannt: „Wenn daher Freiheit und Demokratie im Nahen Osten Wurzeln schlagen, werden die Vereinigten Staaten und der Rest der Welt sicherer und friedlicher sein.“⁵² Dieser Zusatz wiederum verbindet eindrucksvoll die zuweilen harte Realität amerikanischer Außenpolitik mit der Hoffnung, stabile Demokratien anstelle der „failed states“ zu schaffen. Diese Entwicklung würde zu friedlichen und freundschaftlichen Verhältnissen der Nationen führen, denn die Länder des Nahen Ostens böten dann auch keine Zuflucht für diverse terroristische Organisationen.

⁴⁶ Vergleiche Webb, S. (2004) und Bierling, S. (2003): 13

⁴⁷ Bierling, S. (2003): 13

⁴⁸ Vergleiche Bierling, S. (2003): 13

⁴⁹ Bierling, S. (2003): 13

⁵⁰ Vergleiche Fukuyama, F. (2004): 160

⁵¹ Bush, G. (2005)

⁵² Bush, G. (2005)

Eine besondere Komponente des amerikanischen Demokratieverständnisses ist das Verständnis von Freiheit als eine bloße Abwesenheit von Zwängen, auch von staatlichen Zwängen. Ganz im Gegensatz dazu definiert sich das europäische Demokratieverständnis eher aus einer politisierten Zivilgesellschaft mit funktionierenden demokratischen Institutionen. Problematisch ist eine Situation nur, wenn ein Demokratieverständnis wie das der Amerikaner in eine Postconflict-Situation exportiert wird und das dortige Demokratisierungskonzept so nachhaltig beeinflusst wie es im Irak der Fall war und ist. Der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beurteilte die chaotischen Zustände in Bagdad direkt nach dem militärischen Sieg der Koalitionstruppen mit den Worten: „Stuff happens [...] and it’s untidy, and freedom’s untidy, and free people are free to make mistakes and commit crimes and do bad things.“⁵³ George Packer beurteilt diese Worte sehr kritisch: “Rumsfeld’s words, which soon became notorious, implied a whole political philosophy. The defense secretary looked upon anarchy and saw the early stages of democracy. In his view and that of others in the administration, but above all the president, freedom was the absence of constraint. Freedom existed in divinely endowed human nature, not in man-made institutions and laws”.⁵⁴ Diese Sicht von Demokratie hat den irakischen Wiederaufbau gerade in der Anfangsphase stark zurückgeworfen und viel Sympathie der Iraker verspielt.

4.2. Demokratie und die Außenpolitik der USA

Auch an dieser Stelle möchte ich noch einmal auf die enorme Bedeutung des *Manifest Destiny* in der amerikanischen Außenpolitik hinweisen. Bereits im vorangegangenen Kapitel wurde seine Rolle beschrieben. Der amerikanische Exzeptionalismus, die Vorstellung eine Nation mit einer historischen Mission zu sein, begründet das kollektive Bedürfnis Amerikas, einen expansiven, fast imperialen Umgang mit der Verbreitung der Demokratie in der Welt zu pflegen.⁵⁵ An dieser Stelle möchte ich einige Zitate des amerikanischen Präsidenten Bush anführen, die die Konsequenzen dieses universellen Anspruches verdeutlichen: “America is a nation with a mission – and that mission comes from our most basic beliefs.”⁵⁶ An die siegreichen amerikanischen Soldaten im

⁵³ Packer, G. (2005): 136

⁵⁴ Packer, G. (2005): 136

⁵⁵ Vergleiche auch Webb, S. (2004): 2

⁵⁶ Webb, S. (2004): 12

Irak richtete er die Worte: "Wherever you go, you carry a message of hope."⁵⁷ und gegenüber irakischen Einwanderern stellte er klar: "The desire for freedom is not the property of one culture. It is the universal hope of human beings in every culture."⁵⁸ Und obwohl diese Ansicht der Außenpolitik recht emotional klingt, untermauern auch einige handfeste politikwissenschaftliche und sicherheitspolitische Argumente die weltweite Verbreitung von Demokratie. Nicht nur eine gewisse moralisch-humanitär-christliche Pflicht, dass alle Menschen gleich und in Freiheit leben können, gehört zu den Faktoren, die für einen demokratischen Expansionismus sprechen. Es wird auch davon ausgegangen, dass der Umgang unter den Nationen umso freundlicher und damit sicherer ist, je demokratischer diese Nationen regiert werden und je freier deren Bevölkerungen leben können. Der „demokratische Frieden“ mit Hilfe freiheitlicher Nationen ist seit Immanuel Kant ein Dauerthema unter Politikwissenschaftlern und in der Tendenz nahezu unwidersprochen.⁵⁹ Diese Vision einer neuen Weltordnung demokratischer Staaten unter amerikanischer Führung wird vor allem von den Neokonservativen unter den amerikanischen Politikern vertreten. Amerika tritt in dieser Vision als Weltpolizist und als eine Art wohlwollender Hegemon auf, der die Nationen auf den richtigen Weg bringt. Als Vertreter dieser neokonservativen Bewegung stellen sich die Richtlinien der amerikanischen Außenpolitik unter der Regierung Bush entsprechend dar: „regime change, benevolent hegemony, unipolarity, preemption, and American exceptionalism that came to be hallmarks of the Bush administration's foreign policy.“⁶⁰ ⁶¹ Diese neokonservativen Ideen haben unter anderem ihre historische Begründung in dem traumatischen Angriff japanischer Flieger auf Pearl Harbour, das Ereignis, das die USA zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg zwang. Es wurde die Unmöglichkeit deutlich, als freiheitlicher Staat friedlich neben einem diktatorisch regierten Staat leben zu können:

„Mit Pearl Harbor änderte sich die amerikanische Außenpolitik. Anstatt eine internationale Zurückhaltung zu üben, rechtfertigte die Idee, dass eine freie Gesellschaft nicht neben einem versklavten Staat existieren, geschweige denn in ihrer Freiheit beschnitten werden könne, eine offensive Kriegspolitik. Von nun an hieß es in der offiziellen amerikanischen Regierungspolitik, dass die USA sich

⁵⁷ Webb, S. (2004): 12.

⁵⁸ Webb, S. (2004): 78, vergleiche auch Hentschke, F. (2001): 141.

⁵⁹ Vergleiche Muravchik, J. (1991): 8.

⁶⁰ Fukuyama, F. (2006): 3.

⁶¹ Hierzu sollte kurz die realistische Sicht der Außenbeziehungen erläutert werden, die im Gegensatz zu der neokonservativen Sicht von dem betreffenden Staat als einer Black Box ausgeht. Die völkerrechtliche Souveränität des Staates wird respektiert und die internen Belange interessieren in dieser Sicht der Außenbeziehungen nicht (vergleiche Fukuyama, F. (2006): 114).

dafür einsetze, die unfreien Staaten in der Welt von Repressionen zu befreien, um eine friedliche Koexistenz aller Staaten zu erreichen.“⁶²

Doch nicht erst unter der neokonservativen, republikanischen Regierung Bushs war die Demokratisierung anderer Nationen wieder in den Mittelpunkt gerückt. Bereits Bushs Vorgänger im Amt, der demokratische Präsident Bill Clinton hatte sich an den UN-Missionen der 90er Jahre mit großem Engagement beteiligt. Auch ihn möchte ich hier zitieren: „Ultimately the best strategy to ensure our security and to build a durable peace is to support the advance of democracy elsewhere.“⁶³ In diese amerikanische Tradition der Argumentation wird auch der Irakkrieg gestellt. Denn innerhalb dieser Logik sah die Regierung Bush nicht bloßes Eigeninteresse als eine Rechtfertigung zur Invasion, sondern keinen geringeren Grund als die Verbreitung eines globalen Allgemeingutes.⁶⁴ Auch aufgrund dieser Konstellation wird ein weltweites Engagement der USA in Nationbuilding-Projekten als eine zentrale Zukunftsaufgabe gesehen, als „the inescapable responsibility of the world’s only superpower“.⁶⁵ Das Management des irakischen Wiederaufbaus und dessen Transformation zu einem demokratischen Staat jedoch wird zu Recht als das größte und schwierigste amerikanische Nationbuilding-Projekt seit Deutschland und Japan betrachtet.⁶⁶

Um auf das folgende Kapitel, die Demokratisierungsoffensive der USA nach dem 11. September 2001 einzustimmen, möchte ich an dieser Stelle General Eisenhower zitieren. Interessant ist die absolute Austauschbarkeit der Rhetorik Eisenhowers, verglichen mit der Rhetorik amerikanischer Politiker in Bezug auf den internationalen Terrorismus und dessen Bekämpfung. Man könnte ohne weiteres Präsident Bush diese Worte in den Mund legen. Als eine kleine Parallele möchte ich hier andeuten, wie zur Zeit des Zweiten Weltkrieges der Nationalsozialismus und der Totalitarismus das freiheitliche Weltbild der Amerikaner ins Wanken gebracht haben, wie das heutzutage global agierende terroristische Organisationen tun. Eisenhower schrieb kurz vor seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte an einen Kameraden:

„Berufssoldaten werden nicht gerne allzu sentimental bei Dingen wie Fahne und Vaterlandsliebe [...] Aber es ist wesentlich, dass jeder Soldat klar erkennt, dass das privilegierte Leben, das er in unserer Demokratie geführt hat, unmittelbar bedroht ist. Sein Recht, seine Meinung zu sagen, einen Beruf seiner Wahl zu ergreifen, jeder Konfession anzugehören, an jedem Ort zu leben, wo er für sich und seine Familie

⁶² Hentschke, F. (2001): 144f.

⁶³ Nye, J. (2002): 153.

⁶⁴ Vergleiche Fukuyama, F. (2006): 95.

⁶⁵ Dobbins, J. et al. (2003): xv.

⁶⁶ Vergleiche Dobbins, J. (2006): 222.

den Lebensunterhalt verdienen kann, fairer Behandlung sicher zu sein, wenn er eines Verbrechens angeklagt werden sollte – all das würde dahin sein, wenn die Kräfte, die uns gegenüberstehen, durch unsere Nachlässigkeit oder Überheblichkeit diesen Krieg gewinnen sollten.“⁶⁷

4.3. Demokratisierungsoffensive nach 9/11

Nach den Anschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 trat eine bedeutende Änderung in der amerikanischen Außenpolitik ein. Der Terrorismus erschien plötzlich als eine sehr reale Bedrohung auf amerikanischem Gebiet und es wurde deutlich, dass die bisherige Außenpolitik der USA keine Sicherheit bieten konnte. Schnell wurden die Strukturen des internationalen Terrors ausgewertet und eine der Ursachen für das Bestehen gut organisierter Terrorverbände wurde in dem Demokratiedefizit muslimisch-arabischer Länder im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika gefunden.⁶⁸ Schwache und gescheiterte Staaten bieten einen sicheren Hafen für Terroristen oder finanzieren sie gar.⁶⁹ Folglich wurde die Demokratisierung dieser Region zu einem wichtigen Thema amerikanischer Außenpolitik weil es schließlich um die Sicherheitslage des Landes ging.

Die politischen Reaktionen der Regierung Bush auf die Anschläge vom 11. September 2001 waren überraschend, radikal und umfassend. Das *Department of Homeland Security* wurde gegründet und der *Patriot Act* verabschiedet. Afghanistan wurde angegriffen und das radikal-islamische Regime der Taliban entmachtet. Sie hatten die Terrororganisation Al Qaida unterstützt und ihrem Führer, Osama bin Laden, Unterschlupf gewährt. Die so genannte Bush-Doktrin wurde verabschiedet (die National Security Strategy vom September 2002), auf die ich gleich noch ausführlicher zu sprechen komme. Zu guter Letzt wurde der irakische Diktator Saddam Hussein gestürzt und die größte Wiederaufbaumission seit den 50er Jahren ins Leben gerufen.⁷⁰

Die so genannte Bush-Doktrin von September 2002 gibt als oberstes Ziel die Bekämpfung des internationalen Terrorismus an. In der Doktrin wird davon ausgegangen, dass die terroristischen Organisationen mit bestimmten Staaten in Zusammenhang gebracht werden können, dass aber auch eine Frontlinie innerhalb Amerikas verläuft („homeland defense“).⁷¹ Besonders bemerkenswert ist die

⁶⁷ Henke, K. (1995): 43.

⁶⁸ Vergleiche Fürtig, H. (2003): 17.

⁶⁹ Vergleiche Fukuyama, F. (2006a): 2.

⁷⁰ Vergleiche Fukuyama, F. (2006): 1f.

⁷¹ Vergleiche Kreft, H. (2002): 17.

Ankündigung, auch präventiv gegen so genannte Schurkenstaaten und deren Waffen vorgehen zu wollen. Die weltweite militärische Vorherrschaft der USA soll unangefochten bestehen bleiben und letztlich die Struktur der Pax Americana geschaffen werden. Die als universell gesehenen amerikanischen Normen und Ideale werden expansionistisch verbreitet und die amerikanischen Interessen sollen uneingeschränkt durchgesetzt werden können, sogar ohne Berücksichtigung des Völkerrechtes und ohne Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat.⁷²

Offenbar wirkte sich das neue außenpolitische Paradigma auch auf den Bereich des Nationbuildings aus. Schließlich entspricht das Konzept des Nationbuildings genau der Intention, eine demokratische Transformation herbeizuführen, einen Staat politisch zu stabilisieren und langfristig zum Funktionieren zu bringen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Clinton hatte Bush zunächst einige Vorbehalte gegen das Nationbuilding-Konzept. Mit der Zeit jedoch schien sich die Meinung der Bush-Administration geändert zu haben, wie Francis Fukuyama eindrucksvoll an einigen gesammelten Zitaten Bushs zeigt:

„I don't think our troops ought to be used for what's called Nationbuilding. I think our troops ought to be used to fight and win war. (October 11, 2000)

We meet here during a crucial period in the history of our nation, and of the civilized world. Part of that history was written by others; the rest will be written by us. (February 26, 2003)

I sent American troops to Iraq to make its people free, not to make them American. Iraqis will write their own history, and find their own way. (May 24, 2004)

George W. Bush”.⁷³

Insofern wird der Fall des Irak direkt in diesen Zusammenhang gestellt und die Beseitigung des Regimes Saddam Husseins war eine Maßnahme, um einen “Schurkenstaat” zu eliminieren und langfristig eine amerikanische Einflusszone im Mittleren Osten zu sichern.

4.4. Das amerikanische Demokratisierungskonzept

Das amerikanische Demokratisierungskonzept gilt es in dieser Arbeit zu finden. Und da es kein öffentlich anerkanntes amerikanisches Patentrezept für Demokratisierungen gibt, versuche ich durch den Vergleich der Fälle Deutschland und Irak das für diese Art des Nationbuildings zugrunde liegende Konzept zu identifizieren. Ich möchte es an dieser Stelle nicht vorwegnehmen und verweise auf die Kapitel „Das amerikanische

⁷² Vergleiche Bierling, S. (2003): 245.

⁷³ Fukuyama, F. (2006a): S. 1.

Demokratisierungskonzept für Deutschland“ (5.4.) und „Das amerikanische Demokratisierungskonzept für den Irak“ (6.4.) sowie das gesamte Kapitel 7 in dem ich den Vergleich der Fälle ziehe.

Kapitel 5: Deutschland nach 1945

5.1. Hintergrundinformationen

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen. In den folgenden Kriegsjahren, in denen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan ideologisch motivierte Eroberungsfeldzüge in ihre Nachbarländer unternahmen, sind Schätzungen zufolge bis zu 60 Millionen Menschen ums Leben gekommen. Neben hohen zivilen Opferzahlen durch den Krieg selbst wurden Millionen Menschen aus rassistischen und ideologischen Gründen ermordet. Der Zweite Weltkrieg gilt als der blutigste Konflikt der Menschheitsgeschichte. Der Krieg endete in Europa am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands gegenüber ihren alliierten Kriegsgegnern Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und den USA. Zurück blieb ein traumatisiertes und zerbombtes Europa, hunderttausende Vertriebene und Heimatlose, Millionen Tote und Vermisste, Kriegsverbrecher, Kriegsoffer, Hunger und Armut. Deutschland wurde von den Alliierten besetzt. Es entstanden vier Besatzungszonen, eine für jedes Siegerland, in denen die Militärverwaltungen die Regierungstätigkeit übernahmen. Schon bald nach dem Krieg aber begann der Zusammenhalt der Siegermächte zu bröckeln. Nicht nur in Sachfragen der Besatzung sondern auch weltanschaulich wurden die Gegensätze zwischen den Westmächten USA, Großbritannien und Frankreich gegenüber der Sowjetunion immer deutlicher. Die Differenzen zeigten sich deutlich bei der Blockade von Berlin seitens der Sowjetunion, der mit einer Luftbrücke begegnet wurde. Schließlich war eine Teilung Deutschlands nicht mehr zu vermeiden und der beginnende Kalte Krieg zeichnete sich immer deutlicher ab.

Die Situation in Westdeutschland nach Kriegsende war verheerend. Viele Städte waren bombardiert worden und lagen in Schutt und Asche, viele Kriegstote – zivile und nicht zivile Opfer – waren zu beklagen und nicht zuletzt musste die deutsche Bevölkerung der Wahrheit der Naziherrschaft ins Gesicht schauen: Die direkten Ländernachbarn wurden angegriffen, Gebiete annektiert, Menschen wurden aus ethnisch-rassistischen Gründen aufs grausamste ermordet und die deutsche Bevölkerung hatte offenbar hinter diesem Regime gestanden. Erniedrigt, militärisch geschlagen, mit immenser Schuld beladen, fand sich die deutsche Bevölkerung im Frühsommer 1945 wieder.

Umso erstaunlicher angesichts einer solchen Ausgangssituation, wie wir sie in Nachkriegsdeutschland finden, ist die Entwicklung, die Deutschland unter (westlicher)

Besatzung gemacht hat. Erste Konzepte, die für die Nachkriegssituation erstellt wurden, tragen deutlich die Gedanken der Rache am Kriegsgegner einerseits und der Angst vor einem erneuten Erstarken Deutschlands andererseits in sich. Zu nennen wäre hier explizit der Morgenthau-Plan, der eine völlige Agrarisierung und Enttechnisierung Deutschlands vorsah. Die Entwicklung ging dennoch in eine andere Richtung und diese andere Richtung wurde initiiert und geprägt von den Amerikanern. Die Einstellung der Demontage und der Reparationszahlungen, statt dessen CARE-Pakete, die Luftbrücke, ein klassisches Nationbuilding mit allem, was dazu gehört bis hin zur Wiederbewaffnung und dem Marshall-Plan. In dieser Arbeit soll auch beleuchtet werden, was hinter dieser neuen Strategie der Besatzung steht: Die Überzeugung, dass man ein friedliches Volk nicht durch Unterdrückung, sondern durch Freiheit und Demokratie, durch ein internationales „Wieder-Aufhelfen“ schaffen kann.

5.2. Die amerikanische Besatzung

Praktisch ist es recht einfach, die amerikanische Besatzung, deren Leitlinien und Ziele, von der Besatzung der anderen Alliierten abzugrenzen. Erstens verwalteten Amerikaner die amerikanische Besatzungszone weitestgehend autonom von ihren Mitbesetzern, zweitens ist der Beitrag der Amerikaner zu Konferenzen und Abkommen unter den Alliierten recht gut dokumentiert.

Eine Besonderheit der amerikanischen Besatzung Deutschlands war die allumfassende Präsenz der amerikanischen Autorität in allen Bereichen. Schon vor der Invasion wurde das Nachrücken spezialisierter „government units“ geplant.⁷⁴ Diese Einheiten wurden gleich nach der Kapitulation in alle Städte in der amerikanisch besetzten Zone entsandt. Die Aufgaben dieser Einheiten waren umfassend: Die Entwaffnung der Bevölkerung, Informationen für die spätere Entnazifizierung einholen, unkooperative Bürgermeister ihres Amtes entheben, etc. Kommunale Wahlen wurden gestattet und die lokale Autorität so früh wie möglich zurück an die Deutschen übergeben. Auf diese Weise wurde eine Änderung der deutschen Gesellschaft und Politik von unten her („bottom up“) erreicht.⁷⁵

⁷⁴ Crane, C. / Terril, A. (2003): 13.

⁷⁵ Vergleiche Crane, C. / Terril, A. (2003): 14.

5.2.1. Organisation der Besatzung

Für die Organisation der Besatzung hatte die amerikanische Regierung zum Kriegsende keinerlei Vorlage, denn einen ähnlichen Fall hatte es in der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik noch nie gegeben.⁷⁶ Interessant in diesem Zusammenhang ist besonders die Zusammenarbeit zwischen Militär und ziviler Verwaltung. Schließlich sollte Deutschland nicht nur militärisch besetzt, sondern eine Demokratie aufgebaut werden. Außerdem standen zahlreiche Verwaltungsaufgaben bevor. In Washington war die *Civil Affairs Division* (CAD), angesiedelt im Kriegsministerium, die zentrale Stelle, an der die Fäden aus Politik und Militär zusammenliefen. Zusätzlich arbeiteten *Working Committees* interdisziplinär zusammen. Diese waren wiederum dem im Außenministerium angesiedelten *Advisory Committee on Postwar Foreign Policy* (ACPF) unterstellt.⁷⁷

Die wichtigsten Dokumente, die die Organisation der amerikanischen Besatzung in Deutschland repräsentieren, sind die JCS 1067, das Handbook of Military Government in Germany und das Potsdamer Abkommen. Diese Dokumente sollen im Folgenden vorgestellt werden.

JCS 1067. Was als JCS 1067 bekannt wurde, heißt eigentlich „Directive to Commander-in-Chief of United States Forces of Occupation Regarding the Military Government of Germany“ und stammt aus dem April 1945. Die Direktive trat am 14. Juli 1945 mit der Auflösung des Alliierten Oberkommandos in Kraft und war gültig bis zum Abkommen von Potsdam am 2. August 1945. Inhaltlich wird das Novum der Militärverwaltung, seine Befugnisse und Reichweite erläutert. Das recht restriktive Dokument stellt die Schwere der Schuld der Deutschen in den Vordergrund und postuliert „Germany will not be occupied for the purpose of liberation but as a defeated enemy nation.“⁷⁸ Bereits zu Beginn wurde das Ziel der Besatzung in den Vordergrund gestellt, das sich als zentral herausstellen sollte und das auch zu einer späteren Liberalisierung der Postconflict-Reconstruction-Leitlinien führen sollte: „The principal Allied objective is to prevent Germany from ever again becoming a threat to the peace of the world.“⁷⁹ Des Weiteren wurden die Punkte Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Kontrolle der deutschen Wirtschaft, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Kontrolle der

⁷⁶ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 139.

⁷⁷ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 22.

⁷⁸ O.V. (1945): 2.

⁷⁹ O.V. (1945):2.

politischen Aktivitäten und der Medien, Begrenzung des Lebensstandards der Deutschen auf ein Minimum und ähnliche Anweisungen getroffen.⁸⁰

Aufgrund der kurzen Wirkungsweise der JCS 1067 (kaum einen Monat im Sommer 1945), ihrer faktischen Revision durch die liberalere Praxis und die zeitlich folgenden Dokumente wird „von ihr als einer politischen Eintagsfliege gesprochen“.⁸¹

Handbook for Military Government in Germany. Das Handbook for Military Government in Germany wurde bereits im August 1944 vom SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force), dem alliierten Hauptquartier in Nordeuropa erarbeitet. Das Ergebnis ist ein umfangreiches Regelwerk und ein Leitfaden für die amerikanischen Soldaten, vor allem im Umgang mit der deutschen Bevölkerung.⁸² Im Gegensatz zu der Direktive JCS 1067 erfuhr das Handbook auch eine viel weitere Verbreitung unter den niedrigeren Rängen der amerikanischen Soldaten und so erreichte das Handbook for Military Government in Germany den Status des „primary instruction manual“⁸³ der Militärregierung.

Potsdamer Abkommen. Das Potsdamer Abkommen wurde am 2. August 1945 von Vertretern der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens verabschiedet. Zentrale inhaltliche Punkte waren die berühmten „Fünf Ds“: Entnazifizierung („Denazification“), Demokratisierung, Demontage, Dezentralisierung und Demilitarisierung von Deutschland. Die strikte Direktive 1067 wurde durch Potsdam offiziell liberalisiert. In der Praxis jedoch war das Abkommen lediglich eine „Bestätigung des schon immer gehaltenen, auf die pragmatische Stabilisierung der Verhältnisse in Deutschland zielenden Kurses der Army gewesen ist.“⁸⁴

5.2.2. Ziele der Besatzung

Als ein erstes Ziel der Besatzung und des Krieges gegen Hitlerdeutschland möchte ich die Befreiung Unschuldiger vorne anstellen. Zwar mag es kein zentraler dokumentierter, diskutierter Punkt und schon gar kein Kriegsgrund gewesen sein, dennoch denke ich, dass die Rolle der amerikanischen Soldaten als Befreier eine zentrale Stellung im weiteren Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern und auch im Selbstbild der amerikanischen Soldaten einnimmt. Nach der Befreiung des Konzentrationslagers

⁸⁰ Vergleiche o.V. (1945).

⁸¹ Henke, K. (1995): 990.

⁸² Vergleiche Hentschke, F. (2001): 37.

⁸³ Boehling, R. (1996): 49.

⁸⁴ Henke, K. (1995): 991.

Dachau durch amerikanische Soldaten etwa erschien deren Divisionszeitung am 13. Mai 1945 mit der Schlagzeile: „Dachau gibt Antwort auf die Frage, warum wir gekämpft haben“.⁸⁵ Dieser Punkt wird vor allem im späteren Vergleich mit dem Irak von großer Bedeutung sein, denn ein vergleichbar positives Selbstbild als Befreier kommt im Irak nicht zustande.

Das Ziel nach dem gewonnenen Krieg gegen Deutschland war zunächst, eine Militärregierung mit umfassenden Befugnissen einzusetzen, die Regierungsgewalt in den Händen eines Military Government praktisch zu zentralisieren. Des Weiteren sollte der gesamte militärische Sektor, sowohl die Kriegsindustrie als auch die Armee, beseitigt werden, um eine militärische Bedrohung und ein eventuelles Widererstarken der Deutschen möglichst auf alle Zeit zu verhindern. Entsprechend sollte auch die Ideologie, die in den Krieg geführt hatte, bekämpft werden: in der Politik, der Erziehung, der Kunst und im gesamten öffentlichen Leben. Kriegsverbrecher sollten verurteilt und Deutsche mit einer Nazi-Vergangenheit aus Schlüsselpositionen entfernt werden.⁸⁶ Das übergeordnete Ziel der amerikanischen Besatzer jedoch war langfristig die Schaffung eines liberalen demokratischen Staates, eingebettet in eine internationale Staatengemeinschaft.⁸⁷ Folglich zählten auch grundlegende demokratische Anforderungen zu den Zielen der Amerikaner, beispielsweise eine Zusicherung bürgerlicher Grundrechte wie die Presse-, die Meinungs- und die Religionsfreiheit. Ferner wurde die Bildung politischer Parteien und Gewerkschaften immer mehr unterstützt.⁸⁸

Morgenthau. Obwohl der Morgenthau-Plan politisch nicht von allzu großer Bedeutung für Nachkriegsdeutschland war, möchte ich ihn dennoch nicht unerwähnt lassen, zeigt er doch deutlich die anfängliche Einstellung amerikanischer und internationaler Politiker zur Gestaltung Deutschlands nach der Kapitulation. Der Morgenthau-Plan selbst wurde vom damaligen US-Finanzminister Henry Morgenthau vorgeschlagen. Letztlich sah er eine komplette Deindustrialisierung und Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat vor.⁸⁹ Die rohstoffreichen Gebiete an Rhein und Ruhr sollten internationalisiert werden. Zwar wurde der Plan nach heftigen Protesten in den USA und im Ausland sofort verworfen und sogar die Nazipropaganda in den letzten Monaten

⁸⁵ Henke, K. (1995): 931.

⁸⁶ Vergleiche auch Hentschke, F. (2001): 122.

⁸⁷ Vergleiche auch Hentschke, F. (2001): 122.

⁸⁸ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 122.

⁸⁹ Vergleiche auch Peterson, E. (1978): 37.

des Krieges instrumentalisierte ihn,⁹⁰ dennoch wird im Zusammenhang mit den anfänglichen Nachkriegsplanungen und der ersten Besatzungszeit oft vom „Geist Morgenthau“ gesprochen, der gelegentlich latent vorhanden schien.⁹¹

Demokratischer Anspruch und Wirklichkeit. Da die Herstellung eines liberalen demokratischen Systems von den Amerikanern für ein „grundlegendes Kriegsziel und einen wichtigen Besatzungszweck gegenüber Deutschland“⁹² gehalten wurde, stellte sich zunächst die Frage nach einem entsprechenden Konzept. Wie bereits in den Kapiteln über das amerikanische Demokratieverständnis und über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Außenpolitik der USA erwähnt wurde, entspricht das Modell für Nachkriegsdeutschland dem der historischen Mission der Vereinigten Staaten von Amerika. Leitbild der Planungen für Nachkriegsdeutschland war übereinstimmend das einer „postkolonialen Hegemonie der Demokratie“.⁹³ Dazu gehörte selbstverständlich die Hilfe zur Errichtung eines parlamentarischen Systems, einer Verfassung, einer zensurfreien Presse, einer ideologiefreien Erziehung und demokratische Institutionen,⁹⁴ aber auch eine gewisse Verbreitung des demokratischen Grundverständnisses, des „American Spirit of Democracy“.⁹⁵ Damit reichte der Anspruch der amerikanischen Besatzer „über die Grenzen einer militärischen Okkupation hinaus“.⁹⁶

Das Problem hierbei war jedoch, dass sich die Grundgedanken einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft zu einem Zeitpunkt entwickeln sollten, in denen die Deutschen nicht eben das demokratischste Gesicht der Amerikaner zu sehen bekamen, sondern sich im Gegenteil in einer Situation vollständiger Kontrolle und fast sogar Bevormundung befanden. Es war nur folgerichtig dass sich die Besetzten gegen die Maßnahmen zu wehren begannen, die den „demokratischen Idealen der amerikanischen Besatzer selbst widersprachen“.⁹⁷ Entsprechend ironisch urteilte der Berlinkorrespondent der Newsweek vom Februar 1946 über die zensierte deutsche Presse: „Berlin has the freest controlled press in the world“.⁹⁸ Es stellte sich zunehmend

⁹⁰ Vergleiche Henke, K. (1995).

⁹¹ Vergleiche Henke, K. (1995): 184.

⁹² Benz, W. (2005): 29.

⁹³ Hentschke, F. (2001): 139.

⁹⁴ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 219.

⁹⁵ Hentschke, F. (2001): 12.

⁹⁶ Hentschke, F. (2001): 12.

⁹⁷ Hentschke, F. (2001): 222.

⁹⁸ Hentschke, F. (2001): 224.

die Frage, ob es für die Deutschen überhaupt möglich sein würde, unter im Grunde undemokratischen Bedingungen und Vorbildern Demokratie zu erlernen.⁹⁹

5.2.3. Deutsche und Amerikaner

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern entwickelte sich teilweise bereits lange vor dem Einmarsch der alliierten Truppen. Trotz intensiver Propaganda des Naziregimes gegen die Kriegsgegner führte die zunehmende Kriegsmüdigkeit der Deutschen dazu, dass sich Zuversicht in Hinblick auf die bevorstehende Besetzung verbreitete.¹⁰⁰ Schätzungen zufolge hatten sich in den linksrheinischen Gebieten circa drei Millionen Menschen einer Evakuierung widersetzt und erwarteten den Einmarsch der US-Truppen.¹⁰¹ Gottlob Berger, Chef des SS-Hauptamtes, schrieb im November 1944 an Himmler über die in der deutschen Bevölkerung verbreiteten „ausgesprochen optimistischen Erwartungen gegenüber Engländern und Amerikanern“.¹⁰² Offenbar erschien Teilen der deutschen Bevölkerung die Aussicht auf eine Besetzung durch die Kriegsgegner als das kleinere Übel gegenüber dem Naziregime. Wie später in dieser Arbeit im Kapitel über die Entnazifizierung noch angesprochen wird, gilt das Verhalten des Hitlerregimes in den letzten Monaten und Jahren vor dessen Sturz als eines der wirksamsten Mittel der Entnazifizierung.

Als der Krieg schließlich verloren und die deutsche Gebiete besetzt waren, veröffentlichte der Oberste Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte die Proklamation Nr. 1 an die Deutschen mit dem Wortlaut: „Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker – We come as conquerers, but not as oppressors.“¹⁰³ Diese Erleichterung der Deutschen, auch in den ersten Begegnungen mit amerikanischen Soldaten, sollte anhalten und das Verhältnis zwischen amerikanischen Besatzern und deutschen Besetzten nachhaltig beeinflussen. Da seitens amerikanischer Nachkriegsplaner mit einem großen Widerstandspotential gerechnet wurde (siehe auch folgender Absatz), fielen die Konzepte für Nachkriegsdeutschland entsprechend restriktiv aus (vergleiche auch vorangegangenes Kapitel). Vorgesehen waren eine umfassende Demontage der Industrieanlagen und eine Reduzierung des

⁹⁹ Dazu auch: “How can we foster adoption of [a] constit[ution] which is based on [the] principle that ‘alle Gewalt geht vom Volke aus’ [all power issues from the people] when it is actually ours?”, Kommentar eines amerikanischen Offiziellen (Diefendorf, J. et al. (1993): 21.

¹⁰⁰ Vergleiche Henke, K. (1995): 142.

¹⁰¹ Vergleiche Henke, K. (1995): 142.

¹⁰² Henke, K. (1995): 92.

¹⁰³ Henke, K. (1995): 174.

Lebensstandards für die Deutschen auf ein Minimum. Doch nach Kriegsende sahen sich die Besatzer zunehmend mit Hunger und Elend in der deutschen Zivilbevölkerung konfrontiert, weshalb sich sukzessive eine pragmatischere Politik der Besatzung durchsetzte, bis sie mit den Konzepten aus Washington nicht mehr viel gemein hatte. Im Ergebnis „dehnten [sie] ihre restriktiven Vorschriften eigenmächtig so weit, bis der Geist Morgenthau daraus entwich.“¹⁰⁴ Unter den amerikanischen Verantwortlichen, allen voran Lucius D. Clay, setzte sich die Überzeugung durch, dass eine wichtige Grundlage von Demokratie das Vertrauen in die Menschen sein musste und die Annahme, dass die Deutschen nur die Sprache der Gewalt sprachen, falsch war.¹⁰⁵

Erwarteter Widerstand. Der Punkt des erwarteten Widerstandes ist vor allem in Hinblick mit dem Vergleich mit Irak von erheblicher Relevanz. Die Amerikaner gingen in ihren Nachkriegsplanungen von einem Widerstand der Zivilbevölkerung gegen die Besatzung aus. Der Widerstand in Deutschland war jedoch nicht nennenswert vorhanden. Unter Umständen liegt die Ursache hierfür bei dem weitgehenden Fehlen der erwachsenen Männer: Viele Soldaten waren im Krieg ums Leben gekommen, viele befanden sich in den ersten Nachkriegsjahren in Gefangenschaft. Die Männer, die lebten und sich auf freiem Fuß befanden (also das Potential für einen Widerstand bildeten), waren zu alt, zu jung, verwundet oder einfach kriegsmüde und möglicherweise bereit, sich ihrem Schicksal zu beugen. Eine entsprechende Resonanz des fehlenden Widerstandes löste wiederum bei den amerikanischen Soldaten Erleichterung aus und trug entsprechend zu einer Annäherung zwischen Besetzten und Besatzern bei.

Das „Problem“ der Fraternization. Das Verbot für die amerikanischen Soldaten, sich mit Deutschen zu „verbrüdern“ (Fraternization)¹⁰⁶ war letztlich eine Sicherheitsmaßnahme, die auf der Annahme eines langen Widerstandes beruhte.¹⁰⁷ Es war beispielsweise verboten, Deutschen die Hand zu schütteln, zusammen zu essen oder mit deutschen Frauen auszugehen.¹⁰⁸ Das Fraternisierungsverbot erwies sich aber schnell wegen des fehlenden Widerstandes als überflüssig und wurde mit voranschreitendem Wiederaufbau weitgehend ignoriert.¹⁰⁹

¹⁰⁴ Henke, K. (1995): 184.

¹⁰⁵ Vergleiche Peterson, E. (1978): 343.

¹⁰⁶ Vergleiche o.V. (1944).

¹⁰⁷ Vergleiche Peterson, E. (1978): 154.

¹⁰⁸ Vergleiche Peterson, E. (1978): 155.

¹⁰⁹ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 222.

5.2.4. *General Lucius D. Clay*

General Lucius D. Clay wird in dieser Arbeit mit einem eigenen Unterkapitel bedacht, weil er persönlich eine große Rolle in der Entwicklung Deutschlands spielte. Als der oberste Vertreter der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland agierte Clay in seinen Dienstjahren 1945-49 praktisch autonom. Formell war er zwar gebunden an die offiziellen Direktiven (beispielsweise an die JCS 1067) und an Weisungen aus Washington, praktisch jedoch handelte er unabhängig und war „very nearly an independent sovereign“.¹¹⁰ Die Stimmen in der Fachliteratur sind sich weitestgehend einig darin, dass Clay ein Mensch mit tief verwurzelten Werten der Demokratie und der Freiheit war und dass er den Deutschen in zahlreichen Bereichen mehr Freiheiten und Selbstbestimmung zugestand als eigentlich vorgesehen war, zum Beispiel indem er sehr früh regional beschränkte Wahlen und lokale Autonomie zuließ.¹¹¹ Clay verstand sehr früh, dass einer Demokratisierung eine Sicherung existenzieller Grundbedürfnisse vorangehen muss. Der schwierigen Versorgungslage versuchte er unter anderem beizukommen durch die Initiierung der CARE-Pakete-Aktion, die amerikanische Privathaushalte für die deutsche Zivilbevölkerung schickten und die auf die Deutschen einen großen Eindruck machten. Des Weiteren veranlasste er zugunsten einer wirtschaftlichen Stabilisierung die Einstellung der Reparationslieferungen an die Sowjetunion und einen Stopp der Demontage deutscher Industrieanlagen. Clay förderte eine kontrollierte Demokratisierung der amerikanischen Besatzungszone, indem er Landesverfassungen ausarbeiten ließ und Parteien sowie Wahlen ermöglichte.¹¹² Mit dieser Politik „ebnete er den Deutschen den Weg zur Übernahme größerer Verantwortung und leitete die demokratische Erneuerung Deutschlands ein.“¹¹³ Mit seinem Engagement wurde er immer mehr zum Vertreter (west)deutscher Interessen.¹¹⁴ Die (west)deutsche Bevölkerung dankte ihm dies mit einem tiefen Vertrauen: „Most Germans were willing to risk a split with the Soviet zone in exchange for the freedom he promised them, if that choice had to be made.“¹¹⁵

¹¹⁰ Peterson, E. (1978): 59.

¹¹¹ Vergleiche Peterson, E. (1978): 349.

¹¹² Vergleiche Bierling, S. (2003): 99ff.

¹¹³ Bierling, S. (2003): 100.

¹¹⁴ Von ihm wurde als ein „spokesman“ der Deutschen gesprochen (vergleiche Peterson, E. (1978): 193).

¹¹⁵ Peterson, E. (1978): 193, mit “he” ist Clay gemeint.

5.3. Demokratisierung in Deutschland

Da die Demokratisierung Deutschlands von den Siegermächten für den entscheidenden Schritt in Richtung eines friedlichen und ungefährlichen Deutschlands gehalten wurde,¹¹⁶ wurde diesem Gebiet entsprechend viel Aufmerksamkeit gewidmet. Obwohl es zu Beginn unmöglich erschien, ein derart ideologisch fehlgeleitetes Volk auf den demokratischen Weg zu lenken, erwiesen sich die demokratischen Voraussetzungen Deutschlands als nicht so schlecht wie zunächst angenommen. Schließlich hatte Deutschland in der Weimarer Republik vor der Machtergreifung durch Adolf Hitler bereits ein parlamentarisch-demokratisches System mit politischen Parteien besessen. Aber es war einerseits mit einigen konzeptionellen Fehlern behaftet und andererseits war ein großes Problem der Weimarer Republik die fehlende Unterstützung der Demokratie in der Bevölkerung. Die Wirtschaftskrise tat ihr übriges, radikale Splitterparteien und undemokratische Kräfte am linken und vor allem am rechten Rand des politischen Spektrums instrumentalisierten die von Inflation und Arbeitslosigkeit gebeutelten Menschen.¹¹⁷ Dennoch war es zunächst fraglich wie die Deutschen die Demokratisierungsmaßnahmen aufnehmen würden. Ein zusätzlicher Faktor der Verunsicherung war für die Nachkriegsplaner die Abwesenheit einer Orientierungshilfe, da Deutschland auf dem Gebiet der Demokratisierung eines besetzten Gebietes einen Präzedenzfall darstellte.

Im Folgenden sollen also die konkreten Demokratisierungsmaßnahmen der amerikanischen Besatzer in Deutschland dargestellt werden. Entsprechend wurden Kategorien ausgewählt, die sich auch besonders für einen Vergleich mit dem Fall Irak eignen.

5.3.1. „Reeducation“

Die Reeducation war ein zentrales Element der aktiven Demokratisierung der deutschen Bevölkerung. Zuerst wurde der Begriff nicht von Amerikanern, sondern von Briten gebraucht, allerdings mit deutlich negativer Konnotation.¹¹⁸ Die Grundidee der amerikanischen Reeducation war letztlich eine Umerziehungsmaßnahme, um den Deutschen demokratische Verhaltensweisen nahe zu bringen (gelegentlich wird auch der Begriff „reorientation“ benutzt). Auf deutscher Seite jedoch löste der Begriff eher Widerstand aus, da es erstens existenziellere Probleme gab und zweitens wehrten sie

¹¹⁶ Vergleiche Benz, W. (2005): 29.

¹¹⁷ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 6.

¹¹⁸ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 131.

sich dagegen, „auf kulturellem Gebiet Lehren von Amerikanern, Sowjetoffizieren, Franzosen und Briten anzunehmen“.¹¹⁹ Reeducation wurde von den amerikanischen Besatzern jedoch als zentral erachtet, da der Charakter der Deutschen allgemein als antidemokratisch galt.¹²⁰ Folglich sollten alle politischen Maßnahmen seitens der amerikanischen Militärregierung auf eine zunehmende Akzeptanz demokratischer Werte abzielen.¹²¹ Eine unmittelbare Folge der Reeducation-Politik war das sofortige Verbot aller NS-Organisationen sowie die Beseitigung aller einschlägigen Gesetze.¹²² Letztlich, auch mit Unterstützung des starken wirtschaftlichen Aufschwungs, erhielten demokratische Werte immer mehr Unterstützung in der Bevölkerung und die Maßnahmen der Besatzer führten zu einem echten Sinneswandel. Heute gilt der Wiederaufbau Deutschlands als ein erfolgreiches Beispiel für eine „kulturelle“ Transformation zugunsten einer stabilen Demokratie.¹²³

Politische Kultur. Das Schaffen einer liberalen und demokratisch orientierten politischen Kultur in Deutschland war das Hauptziel der Reeducation. Gemäß dem Kapitel über das amerikanische Demokratieverständnis besteht ein zentraler Gedanke einer demokratischen Gesellschaft in der Förderung der Individualität und in der „Vielfalt ihrer Mitglieder“.¹²⁴ Die Zusicherung bürgerlicher Freiheiten war also, trotz der strukturellen Umsetzungsprobleme, die eine Militärregierung bedingt, neben der Bildung der Menschen, der Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft und vor allem der Bereitstellung von Informationen in den Medien essentiell. Am Beispiel der Massenmedien soll kurz das Vorgehen der amerikanischen Militärverwaltung in Bezug auf die Reeducation verdeutlicht werden: In drei Schritten wurden die Massenmedien demokratisiert. Der erste Schritt bestand im Verbot aller bestehenden Organe und damit der Zerschlagung der nationalsozialistisch geprägten Propagandaquellen. Im zweiten Schritt wurden alliierte Sprachrohre an die Stelle früherer Massenmedien gesetzt und parallel dazu im dritten Schritt bereits durch neue deutsche Presse und deutschen Rundfunk langsam ersetzt. In der amerikanischen Besatzungszone behielt sich die Militärverwaltung bis zum Ende der Besatzung das Recht auf das Informationsmonopol

¹¹⁹ Benz, W. (2005): 35.

¹²⁰ Vergleiche Peterson, E. (1978): 161.

¹²¹ Vergleiche Peterson, E. (1978): 154.

¹²² Vergleiche Bönisch, G. (2006): 50.

¹²³ Vergleiche Barnes, S. (2001): 91.

¹²⁴ Hentschke, F. (2001): 151.

vor und versuchte, mit einer ausgleichenden Lizenzierungspolitik eine möglichst pluralistische und demokratische Medienlandschaft zu schaffen.¹²⁵

Sicherlich war die amerikanische Politik der Reeducation maßgebend für die Demokratisierung der Deutschen, dennoch erstaunte auch die Nachkriegsplaner, wie tief verwurzelt die demokratische politische Kultur noch war und wie es gelang, langfristig den Demokratisierungsprozess noch zu vertiefen.¹²⁶ Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Reeducation der Deutschen erst durch die Studentenproteste in den späten 60er Jahren vervollständigt wurde. Im Konflikt mit der Elterngeneration emanzipierte sich die deutsche Jugend von der Neigung zur Verdrängung der Verantwortung an den Verbrechen des NS-Regimes und forderte mehr Demokratie, Transparenz und Selbstbestimmung. Diese Proteste und die anschließenden politischen Implikationen sind ein hervorragendes Beispiel für die nachhaltige Verankerung freiheitlich demokratischer Werte in einer Gesellschaft.

Amerikas „Soft Power“. Joseph S. Nye sieht in der kulturelle Anziehungskraft, in der *“soft power”* amerikanischer Ideale einen zentralen Grund für die weltweite Vormachtstellung der USA. In seinen Werken *“The Paradox of American Power”* und *“Soft Power”* stellt er diese Zusammenhänge eindrucksvoll dar.¹²⁷ Dieser kulturellen Anziehungskraft wird auch in der Reeducation der Deutschen in den Nachkriegsjahren eine große Bedeutung zugesprochen. Was mit CARE-Paketen begann, setzte sich bei den Amerika-Häusern, frei für die Deutschen zugängliche Bibliotheken (Bücher waren praktisch nicht zu bekommen und Armut machte einen solchen Luxus fast unmöglich) fort und beeindruckte die deutsche Bevölkerung nachhaltig.¹²⁸ Auch der österreichische Historiker Reinhold Wagnleitner beschreibt den Zusammenhang zwischen Demokratisierung und der amerikanischen Kultur wie folgt: „the fast adaption of American popular culture by many Europeans after the Second World War certainly contributed positively to the democratization of these societies. It rejuvenated and revitalized European postwar cultures with its elementary connotations of freedom, casualness, vitality, liberality, modernity and youthfulness.”¹²⁹ Letztlich wird aber das Festhalten der amerikanischen Besatzer an ihren politischen und moralischen Idealen am nachhaltigsten dazu beigetragen haben, die Faszination der liberalen Demokratie in

¹²⁵ Vergleiche Benz, W. (2005): 37 und Peterson, E. (1978): 163.

¹²⁶ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 21 und Prowe, D. (1999): 5.

¹²⁷ Vergleiche Nye, J. (2002) und Nye, J. (2004).

¹²⁸ Vergleiche auch Peterson, E. (1978): 161f.

¹²⁹ Nye, J. (2004): 48f.

den deutschen Besetzten zu verankern: “By accepting Germans as members of the human race, by thus being true to its basic principles, the United States won the real victory and gained an ally.”¹³⁰

Anspruch und Wirklichkeit der „Umerziehung“. Das Problem an der demokratischen Reeducation der deutschen Bevölkerung war die relativ undemokratische Ausführung seitens der US Militärverwaltung: „Germans therefore saw firsthand the least democratic facet of U.S. society“¹³¹. Aufgrund dieses Widerspruches fürchteten die Amerikaner auch den Widerstand der Deutschen, schließlich wussten sie einerseits selbst am besten um die demokratische Bedeutung beispielsweise der Meinungsfreiheit im partizipativen politischen Prozess, während sie andererseits unerwünschte Meinungen zensierten.¹³² Informationstechnisch waren die Deutschen isoliert, da ihre Freizügigkeit sehr eingeschränkt war, Versammlungen untersagt waren und sie weder Post noch Bücher oder Zeitungen aus dem Ausland erhalten durften.¹³³ Andererseits wurde die Durchsetzungsfähigkeit der Besatzer an andere Stelle vermisst: Wie die Proteste in den später 60er Jahren beständig beklagten war die Aufarbeitung des NS-Regimes in den Schulen und Erziehungsanstalten mangelhaft, sowohl personell als auch inhaltlich. Viele Lehrende waren ehemalige Nazis und nach wie vor im Schuldienst beschäftigt (vergleiche hierzu auch das folgende Kapitel „Entnazifizierung“), darüber hinaus wehrten sich die Deutschen gegen die Einführung eines amerikanischen Bildungsmodells. Begründet wurde die fehlende Möglichkeit der Einmischung durch die Amerikaner mit dem *Long-Range Policy Statement for German Reeducation* von August 1946. Hier wird ausdrücklich gemahnt, kulturelle Veränderungen müssten von der deutschen Bevölkerung ausgehen.¹³⁴

5.3.2. Entnazifizierung

Eine entscheidende Voraussetzung für die demokratische Transformation Deutschlands war die Befreiung von nationalsozialistischer Ideologie und die Entfernung entsprechender Regimeanhänger aus Schlüsselpositionen. Einen Teil der Entnazifizierung stellt auch die Verfolgung der Kriegsverbrecher und die Bestrafung der Anhänger des NS-Regimes dar, was im nächsten Kapitel gesondert angesprochen wird. Edward N. Peterson postuliert in seinem Buch „The American Occupation of Germany“

¹³⁰ Peterson, E. (1978): 352.

¹³¹ Peterson, E. (1978): 343.

¹³² Vergleiche Hentschke, F. (2001): 224.

¹³³ Vergleiche Peterson, E. (1978): 157.

¹³⁴ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 230.

sogar, dass Deutschland größtenteils von Hitler selbst praktisch entnazifiziert wurde: „Because Nazism was based on success and Hitler failed. In loosing a war he committed crimes which put Germans into such a bad moral position that crimes committed against them, during and after the war, have yet to attract much sympathy.“¹³⁵

Die Grundzüge der Entnazifizierung wurden in der JCS 1067 und später auch in der Potsdamer Konferenz beschlossen. Sie bezogen sich vor allem auf die Beseitigung der politischen und rechtlichen Strukturen der NSDAP, auf die Bestrafung der Verantwortlichen von Krieg und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie auf der Entfernung aktiver Nazis aus dem öffentlichen Leben.¹³⁶ Entsprechend definierte die amerikanische Militärverwaltung 136 „removal categories“ und bestimmte so mit Hilfe von Fragebögen den Personenkreis, der von der Entnazifizierung betroffen war. Die ermittelte Kategorie entschied dann darüber ob die jeweilige Person entlassen wurde oder vor Gericht kam.¹³⁷

An dieser Stelle sei noch kurz das Law No. 8 vom 26.09.1945 erwähnt, das im Wortlaut so aussieht: “It shall be unlawful for any business enterprise to employ any member of the Nazi Party or its affiliate organizations in any supervisory or managerial capacity, or otherwise than ordinary labor.“¹³⁸ Das Problem an diesem missglückten Gesetz war, dass einerseits Organisationen wie das Rote Kreuz und andere Wohltätigkeitsorganisationen davon betroffen waren, andererseits jedoch Verbindungen wie die SS und die SA nicht. Außerdem waren vom Law No. 8 auch die so genannten Mitläufer betroffen, deren Arbeitskraft eigentlich beim Wiederaufbau dringend benötigt wurde, während sie nur handwerkliche Arbeiten verrichten durften.¹³⁹

Fragebogenpraxis. Die Fragebögen wurden an alle Erwachsenen in der amerikanischen Zone verteilt und sie enthielten einen umfassenden Fragenkatalog zu ihren politischen Aktivitäten während der Dritten Reiches, ihren persönlichen Verhältnissen, ihren Einkünften und Ähnlichem. Entsprechend der Antworten wurden die Befragten in eine Kategorie eingeordnet: „Class I, major offenders; Class II, offenders; Class III, lesser offenders; and Class IV, followers“.¹⁴⁰ Probleme bereitete die weit verbreitete Praxis

¹³⁵ Peterson, E. (1978): 341.

¹³⁶ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 13.

¹³⁷ Vergleiche Peterson, E. (1978): 141f.

¹³⁸ Peterson, E. (1978): 143.

¹³⁹ Vergleiche Peterson, E. (1978): 143f.

¹⁴⁰ Peterson, E. (1978): 148f.

der Deutschen, sich gegenseitig eine weiße Weste zu bescheinigen, um so einen so genannten „Persilschein“ zu erhalten.

Anspruch und Wirklichkeit der Entnazifizierung. Es gab eine gewisse Diskrepanz zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit der Entnazifizierung. Recht schnell wurde aus personellen Gründen die Aufgabe, belastete Personen zu identifizieren und entsprechend zu bestrafen an deutsche Stellen delegiert. Anfang 1946 wurde außerdem das Befreiungsgesetz verabschiedet, das neben der Feststellung der formalen Schuld auch die individuelle Schuld berücksichtigen sollte. Das Befreiungsgesetz wird im Rückblick auch einer faktischen Amnestie gleichgesetzt. Folglich wirkten sich diese Maßnahmen im Ergebnis mildernd auf die Identifizierung und Verurteilung potentieller Kandidaten aus. Von den 13 Millionen Menschen, die in der amerikanischen Besatzungszone den Fragebogen ausfüllten, wurden nur ca. 10 % verurteilt und nur ca. 1 % wurde tatsächlich bestraft.¹⁴¹ Ab Mitte des Jahres 1947 begannen die Amerikaner, die wirtschaftliche und politische Entwicklung Westdeutschlands im Vergleich zur sowjetisch besetzten Zone gegenüber der Entnazifizierung in den Hintergrund zu stellen. Der Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion bahnte sich an und sollte in den Kalten Krieg münden. Clay bekräftigte auch, dass eine weitere Entnazifizierung der Errichtung einer Demokratie selbst Schaden zufügen könnte: „Hätten die nominellen Parteimitglieder nicht ihre vollen bürgerlichen Rechte und die Möglichkeit zurückerhalten, wieder ein normales Leben zu führen [...], dann hätte sich bestimmt früher oder später ein ernsthafter politischer Unruheherd entwickelt.“¹⁴² Damit rechtfertigte er begrenzte Amnestien, beispielsweise die der nach dem 01.01.1919 geborenen (sofern sie sich nicht in den ersten beiden Klassen befanden), die die immense Anzahl an Fällen reduzieren sollten, mit denen sich zahlreiche Gerichte nur noch schleppend beschäftigen konnten.¹⁴³ Eine zunehmend kritische Einstellung der Deutschen gegenüber der Entnazifizierung - die Zustimmung dazu sank laut Umfragen beständig bis sie im Jahr 1953 sogar von 40 % der Befragten für schädlich gehalten wurde¹⁴⁴ - bekräftigte den neuen gelockerten Kurs. Diese zunehmende Tendenz zur Verdrängung, die der Nachkriegsgeneration oft vorgeworfen wurde, und die spätere

¹⁴¹ Vergleiche Benz, W. (2005): 33.

¹⁴² Bönisch, G. (2006): 51.

¹⁴³ Vergleiche Peterson, E. (1978): 150.

¹⁴⁴ Vergleiche Peterson, E. (1978): 153.

Rückkehr ehemaliger Nazis in ihre Positionen führte schließlich zu der „zweiten Welle der Aufarbeitung“ des NS-Regimes in den späten 60er Jahren.¹⁴⁵

Kritik. Meine Kritik an der Praxis der Entnazifizierung bezieht sich auf beide Extreme. Die Umsetzung der Entnazifizierung in der Praxis schoss gelegentlich über das Ziel hinaus, indem etwa Menschen ohne Anhörung inhaftiert wurden, nur weil sie eine bestimmte Position bekleideten oder einen Titel wie „Studienrat“ trugen.¹⁴⁶ Law No. 8 sorgte dafür, dass unbedeutende Mitläufer aus ihren Positionen entfernt und zu handwerklicher Arbeit abberufen wurden, obwohl ihre Arbeitskraft konstruktiver zum Wiederaufbau hätte eingesetzt werden können.¹⁴⁷ Auf der anderen Seite geriet die Entnazifizierung zu schnell in den Hintergrund angesichts des zunehmenden Ost-West-Konfliktes. In der Folge traf auch die erste deutsche Bundesregierung Entscheidungen, die teilweise einer Revision der Entnazifizierung gleich kam. Artikel 131 des Grundgesetzes beispielsweise rehabilitierte letztlich die etwa 160.000 Beamten, die von den Siegermächten aus dem Staatsdienst entlassen wurden.¹⁴⁸ Solche Entscheidungen trugen sicherlich zu dem Schluss der 68er bei, die Kriegsgeneration hätte ihre Verantwortung verdrängt und ihre Schuld nie wirklich anerkannt. Dass auch die kritischen Anmerkungen zur Entnazifizierung in Deutschland ihre Entsprechung in der Entbaathifizierung des Irak finden, ist ein besonderer Umstand des Vergleiches der beiden Fälle.

5.3.3. Rechtsstaat

Eminent wichtig für die Demokratisierung Deutschlands war die Wiederherstellung des Rechtsstaates nach der Instrumentalisierung der Justiz durch die NS-Diktatur. Zum Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen gehörte einerseits die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, um die Bestrafung der NS-Täter zu gewährleisten. Andererseits musste Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“) etabliert werden, um Rechtssicherheit zu gewähren.

Verfolgung der Kriegsverbrecher. Der Gedanke der Kollektivschuld aller Deutschen bezüglich der NS-Verbrechen wurde bereits vor 1945 als schlechte Grundlage für die Demokratisierung verdrängt.¹⁴⁹ Die Täter jedoch, die aktiv an solchen Verbrechen

¹⁴⁵ Vergleiche Boehling, R. (1996): 266f.

¹⁴⁶ Vergleiche Peterson, E. (1978): 145.

¹⁴⁷ Vergleiche Peterson, E. (1978): 144.

¹⁴⁸ Vergleiche Bönisch, G. (2006): 53ff.

¹⁴⁹ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 222.

mitgewirkt hatten, sollten umso härter bestraft werden. Im Sommer 1945 beschlossen die Alliierten die Einrichtung eines internationalen Militärgerichtes, dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal.¹⁵⁰ Zahlreiche bekannte Kriegsverbrecher wurden zum Tode verurteilt. Die Prozesse unterstützten die Demokratisierung, indem sie eine potentielle politische Bedrohung von der jungen Demokratie fernhielten. Die Verurteilungen trugen entscheidend dazu bei, dass die Deutschen sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen konnten.¹⁵¹

5.3.4. Verwaltung und Institutionen

Während der Besatzungszeit in Deutschland hatten die Alliierten alle Hoheitsrechte übernommen: „einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, der Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“.¹⁵² Der sukzessive Wiederaufbau der Verwaltung und der politischen Institutionen war also maßgeblich durch dieselben bedingt. Von Anfang an war eine föderale Staatsstruktur für Deutschland vorgesehen, was den Vorkriegstraditionen entsprach und gerne angenommen und umgesetzt wurde.

Wiederaufbau der Verwaltung. Der Wiederaufbau der deutschen Verwaltungen war vor allem eine Frage des Personals. Viele Beamte und Verwaltungsangestellte wurden im Zuge der Entnazifizierung entlassen. Die vakanten Stellen wurden gemäß „Weißer Listen“ besetzt, die von den Alliierten geführt worden waren und Gegner des NS-Regimes enthielten.¹⁵³ Allerdings wurde oft kritisiert, dass das Besetzen undemokratischer Strukturen und Hierarchien mit Demokraten eine Verwaltung an sich noch nicht demokratisiert.¹⁵⁴ Der letztliche Erfolg des Wiederaufbaus des demokratischen Verwaltungsapparates ist auch wesentlich auf engagierte deutsche Politiker zurückzuführen, die sich im Laufe der Besatzungszeit immer weiter vorwagten und sich der amerikanischen Militärverwaltung widersetzten.¹⁵⁵ Beispielsweise fand in der Struktur des Bildungssystems so früh (1946) eine Konsolidierung statt, dass einige Forderungen der Amerikaner nicht mehr berücksichtigt werden konnten.¹⁵⁶

¹⁵⁰ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 13.

¹⁵¹ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 22.

¹⁵² Benz, W. (2005a): 10.

¹⁵³ Vergleiche Benz, W. (2005a): 12.

¹⁵⁴ Vergleiche Diefendorf, J. et al. (1993): 304.

¹⁵⁵ Vergleiche Peterson, E. (1978): 175.

¹⁵⁶ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 201.

Föderalismus. Eine wichtige Vorgabe amerikanischer Nachkriegsplaner war, wie für die anderen der Alliierten auch, die Einrichtung eines föderalen Systems. Das Potsdamer Abkommen lautet wörtlich: „The administration of affairs in Germany should be directed towards the decentralization of the political structure and the development of local responsibility. To this end, local self-government shall be restored throughout Germany on democratic principles through elective councils as rapidly as is consistent with military security and the purpose of the occupation.”¹⁵⁷ Diese Vorgaben schienen sich fast von selbst umzusetzen: „The antipathy of the Germans to the excessive centralism of the Third Reich was so large, that without any allied doing federalism installed itself immediately after the collapse”.¹⁵⁸ Die deutsche Tradition des Föderalismus stammte noch aus Zeiten vor dem Dritten Reich und fand große Unterstützung in der Bevölkerung. Auch die sukzessive Übergabe von Regierungsverantwortung an die Deutschen, also letztlich der „Exit“ der amerikanischen Besatzungsmacht, sollte sich praktisch von klein nach groß – von kommunaler auf Bundesebene vollziehen. Bereits im Herbst 1945 bildeten die Deutschen Länderräte und im Januar 1946 fanden die ersten Wahlen in den Landkreisen der amerikanischen Besatzungszone statt. Auch die Ausarbeitung der Landesverfassungen wurden – unter amerikanischer Aufsicht – den deutschen Verantwortlichen überlassen.¹⁵⁹ Im Gegensatz zu der Selbstverständlichkeit, mit der die amerikanischen Besatzer deutsche Eigenverantwortlichkeit und Selbstverwaltung zuließen, begegneten sie jedoch demokratischen „grassroot“ Initiativen misstrauisch.¹⁶⁰ Dieser Gegensatz wird in der Retrospektive oft kritisiert.

5.3.5. Wahlen und Partizipation

In diesem Kapitel sollen die eigentlichen Grundsätze von Demokratie und deren Umsetzung während der amerikanischen Besatzungszeit in Deutschland erörtert werden. Es stellt sich zunächst die Frage, wie demokratisch und partizipativ der Wiederaufbau an sich von statten ging. Das heißt, inwieweit die deutsche Bevölkerung selbst Teil des Wiederaufbauprozesses war. Wie im Kapitel der UN Postconflict Reconstruction heutiger Zeit bereits erwähnt wurde, ist die Beteiligung der betroffenen

¹⁵⁷ Boehling, R. (1996): 41.

¹⁵⁸ Zitiert wird Theodor Eschenburg in “Der neue Staat” in Hans Netzer, *Adenauer und die Folgen* (München, 1965), S. 193.

¹⁵⁹ Vergleiche Hentschke, F. (2001): 221.

¹⁶⁰ Vergleiche Rebecca Boehling: U.S: Military Occupation, Grass Roots Democracy, and Local German Government. In Diefendorf, J. et al. (1993): 281.

Bevölkerung heute ein eminent wichtiger Teil des politischen Wiederaufbaus. Da sich der Fall Deutschland 1945 zugetragen hat und der erste dieser Art war, können selbstverständlich nicht dieselben Maßstäbe wie bei heutigen Missionen angelegt werden. Des Weiteren wird in diesem Kapitel die Entwicklung demokratischer Einrichtungen erläutert, also zunächst der Parteien, der Wahlen selbst und schließlich die Ausarbeitung des Grundgesetzes.

Partizipativer Wiederaufbau? Eine gewisse Partizipation Deutscher an der Verwaltung war vom Beginn der Besatzungszeit an unvermeidlich. Das amerikanische Personal war naturgemäß begrenzt und musste sich auch auf deutsche Arbeitskräfte verlassen, was eine gewisse deutsche Autonomie und Handlungsspielraum mit sich brachte.¹⁶¹ Die Nachkriegsplanungen deutscher Demokratisierung folgten einem „*bottom-up*“ Ansatz, was bedeutet, dass demokratische politische Aktivitäten unterstützt werden sollten. Sowohl die Potsdamer Konferenz als auch die frühere JCS 1067 betonten dies. In der Direktive JCS 1067 heißt es, ein Besatzungsziel sollte „*the preparation for an eventual reconstruction of German political life on a democratic basis*“ sein.¹⁶² Auch aufgrund der bekannten deutschen Vorliebe zu einer föderalistisch geprägten Staatsform war - zumindest theoretisch - eine Förderung lokaler Selbstverwaltungsstrukturen vorgesehen.¹⁶³ Dennoch wird die Verhinderung und die Behinderung basisdemokratischer Organisationen seitens der amerikanischen Besatzungsmacht oft kritisiert, da die Restriktion zu einer Zeit stattgefunden hatte, zu der entsprechende Initiativen den größten Impuls zur Demokratisierung der Gesellschaft von der Basis her gehabt hätten.¹⁶⁴

Wahlen. Aufgrund der eben erwähnten föderalen Strukturierung, die die amerikanischen Besatzer für die amerikanische Besatzungszone umsetzen wollten, liefen auch die ersten Wahlen entsprechend zuerst in den kleineren, später in den größeren Gebieten ab. Die ersten Wahlen in Nachkriegsdeutschland fanden im Januar 1946 zunächst in kleinen Kommunen unter 20.000 Einwohner statt, die Wahlen in größeren Kommunen einige Monate später.¹⁶⁵ Im Ergebnis waren diese ersten Wahlen für die Amerikaner sehr zufrieden stellend verlaufen, denn die Wahlbeteiligung war relativ hoch und die Wahl

¹⁶¹ Vergleiche Boehling, R. (1996): 72.

¹⁶² Dobbins, J. et al. (2003): 15.

¹⁶³ Vergleiche Boehling, R. (1996): 156.

¹⁶⁴ Vergleiche Rebecca Boehling: U.S. Military Occupation, Grass Roots Democracy, and Local German Government. In Diefendorf, J. et al. (1993): 282.

¹⁶⁵ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 16.

extremistischer Parteien blieb aus. Diese Entwicklung bestätigte Clay in seinem politischen Kurs und führte zu weiteren Spielräumen für die Deutschen, ihren eigenen demokratischen Weg zu gehen.¹⁶⁶ Dennoch hatte auch die Kritik an der starken Kontrolle der Amerikaner an diesen ersten demokratischen Prozessen ihre Berechtigung. Beispielsweise griffen die Amerikaner während der Wahlen in Frankfurt und Stuttgart direkt in die politische Arbeit der Parteien ein und übten großen Druck aus, um beispielsweise die Wiederwahl des Stuttgarter Bürgermeisters Klett zu gewährleisten.¹⁶⁷ Die ersten landesweiten Wahlen in den westlichen Besatzungszonen fanden im Jahr 1949 statt. Ergebnis dieser Wahlen war die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Republik in der ehemaligen sowjetisch besetzten Zone) und die Regierung des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Die westlichen Alliierten behielten sich jedoch das Kontrollrecht und das oberste Souveränitätsrecht in der *Allied High Commission* vor.¹⁶⁸

Parteien. Nachdem politische Parteien seitens der Militärverwaltung wieder zugelassen waren, fand in der deutschen Parteienlandschaft faktisch eine Wiederbelebung der Parteien der Weimarer Republik statt. Es wurden so gut wie keine neuen Parteien zugelassen und da die lokalen Selbstverwaltungen (beispielsweise in den Städten) von Beginn an auf Politiker zurückgriffen, die in der Weimarer Republik bekannt waren, wurde das alte Parteiensystem reaktiviert. Allerdings wurde so auch eine demokratischere Aufarbeitung der alten Partei- und Hierarchiestrukturen verhindert.¹⁶⁹ Seit den landesweiten Wahlen 1948 benötigten neue Parteien keine Lizenz von der amerikanischen Militärverwaltung mehr, was dazu führte, dass zahlreiche neue Parteien gegründet wurden.¹⁷⁰

Die Ergebnisse der Wahlen waren, was auch auf die Restauration des alten Parteiensystems zurückzuführen war, entsprechend ähnlich den Wahlergebnissen aus dem Jahr 1928, dem letzten Jahr vor der wirtschaftlichen Depression, die auch zum Aufstieg Hitlers beigetragen hatte. Generell fanden die Linken großen Zulauf, allen voran die Sozialdemokraten.¹⁷¹ Die antifaschistischen Bewegungen manifestierten sich nicht in einer Partei, obwohl deren Integration wünschenswert gewesen wären und einen

¹⁶⁶ Vergleiche Peterson, E. (1978): 176.

¹⁶⁷ Vergleiche Rebecca Boehling: U.S: Military Occupation, Grass Roots Democracy, and Local German Government. In Diefendorf, J. et al. (1993): 294f.

¹⁶⁸ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 16.

¹⁶⁹ Vergleiche Boehling, R. (1996): 208.

¹⁷⁰ Vergleiche Boehling, R. (1996): 215.

¹⁷¹ Vergleiche Boehling, R. (1996): 214.

Beitrag zu einer demokratischen Revitalisierung des Systems geleistet hätten. Aufgrund der Koalitionsbildung der konservativen Zentrumsparteien um die CDU kamen die stabilen Regierungen um Konrad Adenauer zustande.

Das Grundgesetz. Im Jahr 1949 wurde schließlich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verfasst. Die amerikanische Militärverwaltung machte einige demokratische Vorgaben, die in der Verfassung eingehalten werden mussten: regelmäßige freie Wahlen, unabhängige Parteien, Pressefreiheit, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit.¹⁷² Anstelle eines nationalen Referendums setzten sich die deutschen Politiker mit dem Vorschlag durch, die Verfassung lediglich landesweit einer Abstimmung zu unterziehen.¹⁷³ Ein weiteres Anliegen der Deutschen war, auf den Begriff der Verfassung zu verzichten und, um den provisorischen Status des Bundesgebietes zu unterstreichen, stattdessen den Namen „Grundgesetz“ zu wählen.¹⁷⁴ Auch an dieser Stelle sei auf die besondere Rolle hingewiesen, die Clay in der Besatzungszeit gespielt hatte. Er beobachtete das Ausarbeiten des Grundgesetzes und schaffte es, es zu einem deutschen Projekt zu machen ohne die Einmischung der anderen Alliierten (vor allem der Franzosen) zuzulassen.¹⁷⁵

5.3.6. Wirtschaftlicher Aufbau

Der Wirtschaft, obwohl sie in dieser Arbeit nur kurz erwähnt wird, kommt eine enorm große Bedeutung zu. Letztlich waren die Demokratisierung Westdeutschlands und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands untrennbar miteinander verbunden und begünstigten sich gegenseitig. Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre und die damit verbundenen gestiegenen Haushaltseinkommen waren entscheidend an der Konsolidierung und Legitimierung der Demokratie in Deutschland beteiligt und förderten eine frühe Akzeptanz der Westintegration in der Bevölkerung.¹⁷⁶ Der Niedergang der Weimarer Republik war schließlich teilweise mit der Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Lage verbunden. Die amerikanische Wirtschaftshilfe, der Marshall-Plan, löste letztlich das westdeutsche

¹⁷² Vergleiche Erich J. Hahn: U.S. Policy on a West German Constitution, 1947 – 1949. In Diefendorf, J. et al. (1993): 23.

¹⁷³ Vergleiche Erich J. Hahn: U.S. Policy on a West German Constitution, 1947 – 1949. In Diefendorf, J. et al. (1993): 28.

¹⁷⁴ Vergleiche Erich J. Hahn: U.S. Policy on a West German Constitution, 1947 – 1949. In Diefendorf, J. et al. (1993): 32.

¹⁷⁵ Vergleiche Peterson, E. (1978): 192f.

¹⁷⁶ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 162.

Wirtschaftswunder aus und half der deutschen Bevölkerung, ein modernes Wirtschaftssystem zu errichten.¹⁷⁷

5.3.7. Übergabe der Regierung

Die Übergabe der Regierungs- und Verantwortungsverantwortung an die Deutschen ging schrittweise voran. Die amerikanische Militärverwaltung in Deutschland hatte von Beginn an, schon aus begrenzten personellen Kapazitäten, deutsche Mitarbeiter beschäftigen müssen. Nach und nach übernahmen die Deutschen mehr Verantwortung, von der Kommunal- über die Landes- bis zur Bundesebene.

Exit der Amerikaner. Den Anfang des Endes der amerikanischen Besatzung Deutschlands machte bereits die Frankfurter Konferenz, die mit der Verfassung der Frankfurter Dokumente im Sommer 1948 endete. Seit 1947 wurde immer deutlicher, dass sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges aufgrund ihrer zunehmenden ideologischen Differenzen nicht einigen können würden. Die Frankfurter Dokumente enthielten den Auftrag zur Staatsgründung an die deutschen Politiker der westlichen Besatzungszonen und bildeten somit den Wendepunkt der Besatzungspolitik.¹⁷⁸ Seit Beginn der Besatzungszeit, vor allem unter Clay, übergaben die westlichen Alliierten immer mehr Eigenverantwortung an die Deutschen.¹⁷⁹ Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 endete die Besatzung noch nicht vollständig und Deutschland erhielt seine Souveränität nur schrittweise zurück. Die Alliierte Hohe Kommission residierte auf dem Petersberg in Bonn und ersetzte zunächst die drei Militärgouverneure der westlichen Alliierten. Die Präsenz der Alliierten sollte sicherstellen, dass sich Deutschland in die richtige Richtung entwickelte und hatte mehr eine beobachtende als eine kontrollierende Funktion.¹⁸⁰ Tatsächlich wurde Deutschland erst im Zuge der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 und dem Niedergang der Sowjetunion wieder vollständig souverän.¹⁸¹

Die Rolle des beginnenden Kalten Krieges. Der nach dem Zweiten Weltkrieg beginnende Ost-West-Konflikt spaltete die Alliierten früh und führte vor allem in Fragen der Besatzung Deutschlands zu Differenzen. Die Teilung Deutschlands entlang der Grenzen der westlichen Besatzungszone und der sowjetischen Besatzungszone war

¹⁷⁷ Vergleiche Peterson, E. (1978): 340.

¹⁷⁸ Vergleiche Benz, W. (2005b): 56.

¹⁷⁹ Vergleich Dobbins, J. et al. (2003): 16.

¹⁸⁰ Vergleiche Benz, W. (2005b): 59f.

¹⁸¹ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 14 Fußnote.

ein Ergebnis dieser Differenzen. Die meisten Westdeutschen riskierten den Kurs, der auf eine Teilung Deutschlands zustrebte im Hinblick auf die Freiheit, die Clay im Falle einer Westbindung versprach.¹⁸² Antikommunismus wurde zunehmend ein Bestandteil amerikanischer Reeducation-Politik und die Bedeutung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus eines kapitalistischen Systems wuchs.¹⁸³ Eine mögliche Wiederbewaffnung Deutschlands, zu Zeiten der Nachkriegsplanung undenkbar, wurde immer wahrscheinlicher als der Druck des Kalten Krieges zunahm. Schließlich stimmte auch Frankreich einer deutschen Wiederbewaffnung zu, unter der Bedingung der Kontrolle deutscher Truppen durch die NATO.¹⁸⁴ Der Koreakrieg hatte 1950 die Weltöffentlichkeit erschüttert, als Südkorea Opfer einer Invasion des kommunistischen Nordkoreas wurde. Aufgrund einer ähnlichen Konstellation in Deutschland und aufgrund der Notwendigkeit, ein Bollwerk gegen die expansionistische Sowjetunion zu schaffen, wurde die Bewaffnung und die Eingliederung Deutschlands in Westeuropa vorangetrieben.¹⁸⁵ Der aufkeimende Kalte Krieg übte also einen massiven Einfluss auf die Entwicklung Deutschlands aus. Nicht zuletzt war eine Wiedervereinigung 1990 erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges möglich, Deutschland ist also gewissermaßen ein „Kind des Kalten Krieges“ und teilt seine Geschichte mit demselben.

5.4. Das amerikanische Demokratisierungskonzept für Deutschland

Mit der Demokratisierung sollten zusammenfassend folgende Ziele erreicht werden: Deutschland sollte endlich ein friedlicher Staat werden, von dessen Boden nie wieder Krieg ausgehen konnte. Zudem zeigte sich mit der Zeit eine weitere Funktion Westdeutschlands als Bollwerk gegen den Kommunismus.

Bereits zu Beginn des Zweiten Weltkrieges begannen in den USA die Planungen für Deutschland nach dem Krieg. Anfang 1942 wurde in der Universität von Virginia eine „School of Military Government“ eingerichtet, in der erste Überlegungen zu Deutschland entwickelt wurden.¹⁸⁶ Diese ersten Planungen betrafen vor allem eine Neugestaltung des internationalen Systems, denn im „Mittelpunkt standen eine globale Organisation kollektiver Sicherheit und Institutionen, die das Funktionieren der

¹⁸² Vergleiche Peterson, E. (1978): 193.

¹⁸³ Vergleiche Boehling, R. (1996): 2f.

¹⁸⁴ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 12.

¹⁸⁵ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 11.

¹⁸⁶ Vergleiche Crane, C. / Terril, A. (2003): 13.

Weltwirtschaft garantieren sollten“.¹⁸⁷ Aus diesen Überlegungen sollten später die UN-Charta (1945) und die Institutionen von Bretton Woods (1944) hervorgehen.¹⁸⁸ Zentraler Punkt der Nachkriegsplanungen war jedoch, dass diese Neustrukturierung und die politische Stabilisierung Europas nur durch eine nachhaltige Entwicklung zu einer Demokratie gewährleistet werden konnte. Folglich führte der Weg zu einem friedlichen, sicheren, wirtschaftlich stabilen internationalen System über die Demokratisierung Deutschlands.

Die Planungen bezüglich Deutschlands nach dem Krieg änderten sich während der Besatzung ständig und wurden den jeweiligen Umständen angepasst. Die erste Anpassung der Demokratisierungskonzepte an die Realität in Deutschland ließ nicht lange auf sich warten, da Clays Devise galt, „Demokratie könne nicht mit leerem Magen erlernt werden“.¹⁸⁹ Folglich traten verstärkt humanitäre Hilfe und schließlich der Wiederaufbau der Wirtschaft in den Vordergrund. Auch die anfänglich hohen Ziele der Entnazifizierungsmaßnahmen mussten im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit der Verwaltungen und der Gesellschaft stark zurückgeschraubt werden (vergleiche Kapitel 5.3.2. Entnazifizierung). Besonders deutlich traten Planänderungen des Demokratisierungskonzeptes für Deutschland auf, als der Kalte Krieg begann und die Konfrontation mit der Sowjetunion immer mehr in den Vordergrund amerikanischer Politik geriet. Die Teilung Deutschlands, die Westintegration und schließlich die Wiederbewaffnung waren Ergebnisse dieser Politik. Im Ergebnis existierte nie „der eine Masterplan“ für die Demokratisierung Deutschlands. Das Vorgehen der Amerikaner wurde ständig an sich ändernde Umstände angepasst.

Die amerikanischen Besatzer in Deutschland hatten letztlich fünf Grundprinzipien der Gerechtigkeit, die ihrem Handeln zugrunde gelegt wurden:

„Erstens ist die Verantwortung für Menschen und das Pflichtgefühl gegenüber Nationen allgemeingültig und nicht auf eine einzige Rasse oder Menschengruppe begrenzt, wie es im NS propagiert wurde. Zweitens ist die Würde und Integrität des Menschen zu achten. Drittens ist das Individuum nicht ein Instrument des Staates, sondern hat das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens und seiner Regierung zu partizipieren. Das hat viertens freie Kommunikation zwischen den Individuen zur Voraussetzung, um Unterdrückung und Korruption zu vermeiden. Fünftens folgt daraus Pluralismus sowie kulturelle und politische Vielfalt sind möglich und sollen die Gestaltung des eigenen Gemeinwesens beleben und inspirieren.“¹⁹⁰

¹⁸⁷ Bierling, S. (2003): 93.

¹⁸⁸ Vergleiche Bierling, S. (2003): 94.

¹⁸⁹ Hentschke, F. (2001): 199.

¹⁹⁰ Hentschke, F. (2001): 220.

Die weitestgehende Berücksichtigung dieser Grundprinzipien führte auch dazu, dass das Ansehen der Amerikaner in der deutschen Bevölkerung sehr groß war. Dass sich die Amerikaner an ihren eigenen Idealen messen lassen konnten, beeindruckte viele Deutsche. Im Irak führte hingegen die Diskrepanz zwischen den Werten und den Taten zu einem massiven Vertrauensverlust in die amerikanischen Soldaten.

Kapitel 6: Irak nach 2003

6.1. Hintergrundinformationen

Das irakische Regime unter Saddam Hussein war seit seinem Machtantritt im Jahr 1979 geprägt von einer expansionistischen und aggressiven Außenpolitik sowie von einer repressiven Innenpolitik. Der zermürbende Krieg gegen den Iran (der Erste Golfkrieg) dauerte bis 1988 fast acht Jahre und gleich 1990 wurde der ölfreiche Nachbarstaat Kuwait besetzt (der Zweite Golfkrieg). Bereits im Zweiten Golfkrieg begannen die USA eine zentrale Rolle zu spielen: Die amerikanische militärische Unterstützung sorgte für die Befreiung Kuwaits und für die vorläufige Wiederherstellung der Machtbalance im Nahen Osten. Nach Beendigung des Zweiten Golfkrieges wurde Irak mit UN-Sanktionen belegt, die zu einer wirtschaftlichen Isolierung des Landes führten. Die irakische Bevölkerung verarmte und die humanitäre Situation verschlechterte sich drastisch, nicht nur aufgrund der Sanktionen, sondern auch wegen eklatanter Misswirtschaft des irakischen Regimes.¹⁹¹ Das Saddamregime herrschte auch nach innen mit harter Hand. Menschenrechtsverletzungen waren an der Tagesordnung, hunderttausende Iraker verschwanden spurlos, sogar vor der Verwendung chemischer Kampfstoffe gegen die eigene Bevölkerung schreckte Saddam Hussein nicht zurück (beispielsweise gegen die Kurden oder gegen „Aufständische“). Sogar das UN-Programm der Resolution 986, das die Verteilung humanitärer Hilfsgüter im Land unterstützte, wurde in den Händen Saddam Husseins zu einem System der Kontrolle der Bevölkerung: Durch die Verteilung von Nahrungsmitteln, auf die circa 60 % der Bevölkerung angewiesen waren, wurden detaillierte Daten über die Bezugsfamilien erhoben und nebenbei noch eine Beschränkung der Freizügigkeit erreicht, indem die Bezieher von Hilfsleistungen gezwungen waren, ihre Lebensmittel immer an den gleichen Verteilungsstellen entgegen zu nehmen.¹⁹²

Der Umgang des Regimes mit der irakischen Bevölkerung sollte ihm letztendlich zum Verhängnis werden. Zwar wurde der Krieg der USA gegen den Irak 2003 zunächst aus anderen Gründen für unausweichlich gehalten, dennoch blieb am Ende nur noch der Kriegsgrund der Demokratisierung übrig. Das Vorhandensein eines Arsenal an Massenvernichtungswaffen wurde weder von UN-Waffeninspekteur Hans Blix noch von US-Experten verifiziert.¹⁹³ Auch die nachgesagten Verbindungen von Saddam

¹⁹¹ Vergleiche Hentschke, F. (2001).

¹⁹² Vergleiche Dodge, T. (2003): 160.

¹⁹³ Vergleiche Fürtig, H. (2003): 4f.

Hussein zur islamistischen Terrororganisation Al Qaida (die für den Anschlag auf das World Trade Center im Jahre 2001 verantwortlich war und somit zur Zielscheibe im internationalen Kampf gegen den Terrorismus wurde) blieben Spekulation und konnten nicht bestätigt werden. Als einzig verbliebenes tragfähiges Argument für einen Krieg gegen Irak wurde immer mehr die Befreiung des irakischen Volkes von Diktator Saddam Hussein und die Menschenrechtsverletzungen desselben ins Spiel gebracht.¹⁹⁴

Am 20. März 2003 begann schließlich die Invasion der USA und deren Verbündeter in den Irak – der Dritte Golfkrieg. Die multinationalen Kräfte bestanden vornehmlich aus US-amerikanischen und britischen Verbänden, aber auch Australien, Italien, Spanien, Polen und ferner Dänemark, Ukraine, Bulgarien, Honduras, El Salvador, Südkorea, Japan und Ungarn beteiligten sich am Krieg gegen Irak. Ein Mandat des UN-Sicherheitsrates wurde nicht erteilt, da keine Abstimmung zustande kam, eine Ablehnung war jedoch absehbar.

Seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen im Mai 2003 sind erheblich mehr amerikanische Soldaten bei Terroranschlägen umgekommen als durch die Kampfhandlungen selbst. Die Situation im Irak wird seitdem als an der Schwelle zum Bürgerkrieg stehend beschrieben. Die unter Saddam Hussein privilegierte religiöse Minderheit der arabischen Sunniten (mit einem Anteil in der Bevölkerung von etwa 20 %) sieht ihre Vormachtstellung in Gefahr gegenüber der Mehrheit der Schiiten (etwa 60 % der Bevölkerung). Des Weiteren konkurrieren auch die Kurden, die ebenfalls größtenteils Sunniten sind, mit einem größeren Unabhängigkeitsbestreben um ihren Einfluss im neuen irakischen Staat. Die täglichen Anschläge im Irak gehen sowohl auf das Konto aufständischer Sunniten, als auch auf das der sich rächenden Schiiten. Des Weiteren sorgt Al Qaida im Irak auch für eigene terroristische Akte gegen die amerikanische Präsenz und gegen Zivilisten. Besonders aktiv und rücksichtslos hatte sich bislang die Gruppierung um den kürzlich getöteten Jordanier Abu Musab al-Sarkawi gezeigt. Eine Folge der Anschläge und der prekären Sicherheitslage allgemein ist das schwindende Vertrauen der irakischen Bevölkerung in die amerikanischen Besatzer. Arbeitslosigkeit, eine schwierige politische Lage, mangelnde Versorgung mit Strom und Wasser und vor allem die anhaltende Unsicherheit tragen dazu bei, dass die Stimmung in der irakischen Bevölkerung nachhaltig schlechter wird.

¹⁹⁴ Vergleiche Fürtig, H. (2003): 4f und Fukuyama, F. (2006): 78f.

6.2. Die amerikanische Besatzung

Noch im Jahr 2003 wurde eine irakische Übergangsregierung errichtet, die in Bezug auf die Verhältnisse in der irakischen Bevölkerung zwischen Kurden, Schiiten und Sunniten repräsentativ war. Die amerikanische Militärverwaltung sollte den Wiederaufbau koordinieren. Die amerikanischen Soldaten blieben im Irak stationiert. Zunächst wurde General Jay Garner, wenige Monate später aber bereits Paul Bremer III der Vorsitzende der amerikanischen Militärverwaltung im Irak. Auch die UN wurde im Zuge der sich häufenden Probleme des Wiederaufbaus involviert und schickten unter anderem den ehemaligen Special Representative of the Secretary General in Osttimor, Sergio de Mello (er verstarb wenig später bei einem Terroranschlag auf das UN-Gebäude in Bagdad), und den UN-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi in den Irak. Unter Mithilfe der UN fanden schließlich am 30. Januar 2005 die ersten freien Wahlen im Irak statt.

6.2.1. Organisation der Besatzung

Die Organisation der amerikanischen Besatzung im Irak richtete sich letztlich nach seiner Funktion: dem Nationbuilding. Das Nationbuilding-Projekt Irak war für die USA das sechste in den letzten 12 Jahren und das fünfte in einem islamischen Land.¹⁹⁵ Wie in den Kapiteln 2 und 4 beschrieben, war Nationbuilding in der amerikanischen Administration von jeher umstritten. Diese politischen Unstimmigkeiten spiegelten sich auch in den amerikanischen Ministerien wider, die eigentlich mit eben diesen Aufgaben betraut waren. Folglich betrachteten sich weder das Außen- noch das Verteidigungsministerium als die verantwortliche Institution für das Nationbuilding im Irak und gingen entsprechend ineffektiv vor.¹⁹⁶

Die Organisation der Besatzung sah drei Schritte zur politischen Transformation vor. Im ersten Schritt sollte die amerikanische Militärverwaltung die Regierungsgeschäfte übernehmen. Im zweiten Schritt sollte eine irakische Interimsregierung eingesetzt, der immer mehr Aufgaben übergeben werden sollten. Anschließend würde im dritten Schritt eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werden.¹⁹⁷

CPA. Bereits im Januar 2003 richtete der amerikanische Präsident Bush eine Einheit innerhalb des Verteidigungsministeriums ein, die sich um den Wiederaufbau Iraks nach dem Krieg kümmern sollte.¹⁹⁸ Diese Einheit wurde ORHA genannt – das *Office for*

¹⁹⁵ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 220.

¹⁹⁶ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 221.

¹⁹⁷ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 204.

¹⁹⁸ Vergleiche Packer, G. (2005): 120.

Reconstruction and Humanitarian Assistance. ORHA übernahm auch die ersten Monate nach dem Krieg die vorgesehene Funktion, bereits im Mai 2003 (parallel zur Ablösung Jay Garners durch Paul Bremer) wurde ORHA durch die CPA, die *Coalition Provisional Authority*, ersetzt. Die CPA war letztendlich die wahre Interimsregierung des Irak, ihre Funktionen waren weit gefächert und umfassend. Sie erstreckten sich in alle wichtigen Politikfelder, in den sozialen, politischen, wirtschaftlichen und in den sicherheitspolitischen Bereich.¹⁹⁹ Die CPA besaß faktisch die legislativen, exekutiven und judikativen Befugnisse des Irak. Die wichtigsten Funktionen der CPA waren der technische Wiederaufbau des Landes, der Wiederaufbau der Verwaltung und die Einsetzung einer irakischen Übergangsregierung.²⁰⁰

Die CPA erfüllte im Irak eine außerordentlich wichtige Funktion, indem sie die praktische Abwesenheit eines detaillierten Wiederaufbaukonzeptes ausglich. Am Ort des Geschehens gingen die Konzepte des irakischen Wiederaufbaus aus dem Alltag der Arbeit der CPA hervor und nahmen dann erst ihren Weg nach Washington.²⁰¹ Wo die Planer in Washington der Vorstellung erlegen waren, Demokratie werde sich von selbst im Irak einstellen, füllte die CPA die Lücken, indem sie begann, konkrete Konzepte und Zeitpläne auszuarbeiten: „The new plans included goals and timetables for the training of Iraqi security forces, the writing of a constitution, the creation of new government structures, economic reform, legal reform, education reform; nothing short of an overhaul of Iraqi society from top to bottom, culminating in the return of sovereignty at an indeterminate date.”²⁰² Doch eine derart umfassende Organisation ließ sich kaum mit der amerikanischen Zielsetzung eines zeitlich sehr begrenzten Engagements verbinden. Der Charakter der Institution CPA war ein sehr langfristiger und allesumfassender, ein „MacArthur“-Typ²⁰³

Als die Übergabe der Autorität an die irakische Übergangsregierung anstand (die offizielle Übergabe fand im Juni 2004 statt), fielen die Strukturen der CPA praktisch zusammen und die ursprünglich geplante Konzentration auf die Themen Wirtschaft und Sicherheit traten mehr in den Vordergrund.²⁰⁴ Möglicherweise war die Abwesenheit

¹⁹⁹ Vergleiche Mendelson Forman, J. (2006): S. 202.

²⁰⁰ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 168.

²⁰¹ Vergleiche Packer, G. (2005): 186.

²⁰² Packer, G. (2005): 186.

²⁰³ Packer, G. (2005): 320, MacArthur war der Chef der Militärregierung im amerikanisch besetzten Japan nach dem Zweiten Weltkrieg. Wie auch in Deutschland dauerte die Besatzung und der angeleitete Wiederaufbau dort mehrere Jahre.

²⁰⁴ Vergleiche Packer, G. (2005): 320.

einer detaillierten Planung des Nationbuildings und Wiederaufbaus im Irak der Grund dafür, dass die zuständigen Institutionen in die Musterorganisationen zurückfielen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Japan für den Wiederaufbau und die Demokratisierung gesorgt hatten. Dafür spricht auch die Ansiedlung der ORHA beziehungsweise der CPA im Verteidigungsministerium und nicht im Außenministerium der amerikanischen Regierung. Letztlich balancierten die Angestellten der CPA die fehlende Nachkriegsplanung durch ihre ausgezeichnete ad-hoc Arbeit vor Ort aus und sorgten noch im Rahmen ihrer Möglichkeiten für einen funktionierenden Wiederaufbau.

Die Rolle der Exiliraker. Die Exiliraker spielten eine vergleichsweise geringe Rolle im irakischen Wiederaufbau. Zwar waren sie die ständigen Ansprechpartner der amerikanischen Nachkriegsplaner und veröffentlichten auch entsprechend aussagekräftige Thesenpapiere,²⁰⁵ dennoch hielt sich ihre Bedeutung im tatsächlichen Wiederaufbauprozess in Grenzen. Die ursprüngliche Planung Washingtons sah eine recht zügige Abgabe von Regierungsaufgaben an eine irakische Interimsregierung vor, die aus Exilirakern bestehen sollte. Als problematisch stellte sich aber die fehlende Repräsentativität der Gruppe dar. Bremers Lösungsvorschlag bestand darin, die Gruppe der sieben Exiliraker zu vergrößern und eine bessere Repräsentativität der irakischen Gesellschaft (durch die Beteiligung von Frauen, allen religiösen und ethnischen Gruppen, Regionen und Stämmen) zu erreichen und diese Gruppe dann zur Interimsregierung zu ernennen und ihnen Aufgabenkompetenz wie beispielsweise einzelne Ministerien zuzuweisen. Da die sieben Exiliraker um Ahmed Chalabi jedoch dazu nicht bereit waren, erarbeitete eine britisch-amerikanische Arbeitsgruppe eine Liste möglicher Kandidaten, die dann um ihre Zustimmung zur Teilnahme an der Interimsregierung gebeten wurden. Die Gruppe der Exiliraker um Chalabi wurde weitgehend unbedeutend für den politischen Prozess.²⁰⁶

6.2.2. Ziele der Besatzung

Die Auffindung der von den USA vermuteten Massenvernichtungswaffen blieb aus und der IAEA-Generaldirektor ElBaradei berichtete am 7. März 2003 im Sicherheitsrat: „Keinerlei Anzeichen für verbotene Aktivitäten nuklearer Art“.²⁰⁷ Da dieses

²⁰⁵ Zum Beispiel der „Final Report on the Transition to Democracy in Iraq“, o.V. (2002a): 43.

²⁰⁶ Vergleiche Bremer, P. (2006): 78f, 86.

²⁰⁷ O.V. (2003b): 628.

Hauptargument der USA für einen Krieg mit Irak - spätestens nach der ausgiebigen Suche danach - in sich zusammenfiel, sollen hier entsprechend die Argumente zur Sprache kommen, die ich persönlich für die wichtigsten bei den Erwägungen zu einem Krieg halte.

Geostrategische Komponente. Als ein weiteres Ziel der amerikanischen Besatzung Iraks stellte sich mit der Zeit auch die politische Lage des gesamten Nahen Ostens und Nordafrikas heraus. Ein demokratischer Irak sollte als ein Beispiel einer demokratischen muslimischen Nation dienen und eine Vorbildfunktion gegenüber den arabischen Ländern darstellen. An dieser Stelle wird besonders die ideologische Haltung der US-amerikanischen Administration deutlich, wonach sich durch diese Methode sowohl die Anzahl der Amerika feindlich gesinnten Nationen reduzieren, als auch der Nährboden für islamistischen Terrorismus wegfallen würde. Präsident Bush formulierte in einer Rede kurz vor Beginn des Irakkrieges, dass „ein neues Regime in Irak (...) als ein dramatisches und inspirierendes Beispiel der Freiheit für die anderen Nationen der Region wirken“ würde.²⁰⁸ Etwas deutlicher wurde wenig später Paul Wolfowitz, amerikanischer Neokonservativer und ehemaliger Vize-Verteidigungsminister, in einer Rede: „Irak wird die erste arabische Demokratie sein, und selbst kleine Fortschritte dort werden einen sehr langen Schatten werfen; zuerst auf Syrien und Iran und dann auf die gesamte arabische Welt.“²⁰⁹ Entsprechend wurde die Bedeutung dieser geostrategischen Komponente beständig betont und in den Mittelpunkt der Argumentation für einen Irakkrieg gerückt.²¹⁰ Nicht zuletzt auch deshalb, da der schwelende und kürzlich eskalierte Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern in der amerikanischen Außenpolitik immer wieder eine wichtige Rolle spielte. Der Umstand, dass es eine bedeutende Lobby für Israel in den USA gibt, führt dazu, dass es im Interesse der USA liegt, diese Probleme zu lösen. Genauso wie Deutschland und Japan nach der Demokratisierung durch die USA einen demokratischen Anker in ihren Regionen darstellten, sollte eine solche Funktion auch ein demokratischer Irak übernehmen.²¹¹

Demokratischer Anspruch und Wirklichkeit. Da die Schaffung eines demokratischen, liberalen Systems für die Amerikaner im Irakkrieg wichtig war, soll hier noch kurz die Diskrepanz zwischen dem demokratischen Anspruch und der Wirklichkeit

²⁰⁸ Zitiert in Fürtig, H. (2003): 5, Rede Bushs vor dem American Enterprise Institute am 26.02.03.

²⁰⁹ Zitiert in Fürtig, H. (2003): 5.

²¹⁰ Vergleiche Fürtig, H. (2003): 5.

²¹¹ Vergleiche Fürtig, H. (2003): 18.

angesprochen werden. Diese Komponente der amerikanischen Motive ist moralisch gesehen sicherlich positiv zu bewerten. Dennoch haben vergleichbare Operationen in der Vergangenheit das Problem aufgedeckt, mit relativ undemokratischen Mitteln eine Demokratie erschaffen zu wollen (das bekannte Problem vom Zweck, der die Mittel heiligen soll). Wie viel Partizipation und wie viel Mitsprache der betroffenen Menschen am Transformationsprozess richtig und wichtig ist, ist Inhalt einer weit reichenden normativen Diskussion zwischen Experten. Im Zusammenhang mit den jüngeren UN Nationbuilding-Missionen (beispielsweise Osttimor) wird diese Frage immer wieder diskutiert. Zu Bedenken ist an dieser Stelle aber, dass die USA in ihrer Praxis im Irak von diesen vielen moderneren Vorbildern der Partizipationsmöglichkeiten weit abrücken und sich wieder dem alten Modell der Besatzung zuwenden. In diesem Kontext muss der Zusammenhang Besatzung – Freiheit – Demokratie eher kritisch gesehen werden.

6.2.3. Iraker und Amerikaner

Das Verhältnis von Irakern zu Amerikanern und umgekehrt stellt sich im Allgemeinen als problematisch dar. Iraker waren - nicht zuletzt durch die eigenen Erfahrungen während des Zweiten Golfkrieges - den Amerikanern gegenüber vor allem kritisch eingestellt. Einerseits existiert eine große kulturelle Kluft zwischen den islamischen Arabern und den christlichen Amerikanern,²¹² andererseits hatten beide Seiten genügend Gelegenheit, ihre Feindbilder den jeweils anderen gegenüber zu verschärfen. Eine gewisse ablehnende Haltung gegenüber den vergleichsweise lockeren moralischen Sitten der Amerikaner gehört in arabischen Ländern fast schon zum guten Ton.²¹³ Darüber hinaus wurde die arabische Welt zunehmend sensibilisiert, wenn es um die amerikanische Außenpolitik, vor allem im Palästinenserkonflikt und im Kampf gegen den Terror, ging. Andererseits hatten auch Amerikaner gewisse Feindbilder, spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und der Bedrohung durch ein weltweites Netz islamistischen Terrors. Neben den Feindbildern, die sich aus den kulturellen Unterschieden und den Erfahrungen der Iraker und der Amerikaner ergeben, gibt es auch eine sprachliche Barriere, die nicht zu unterschätzen ist. Aufgrund des gegenseitigen Nichtverstehens während des Besatzungsalltags sind viele Missverständnisse, teilweise sogar mit tödlichem Ausgang, aufgetreten. Eine oft beklagte arrogante Haltung der amerikanischen Soldaten den irakischen Zivilisten

²¹² Vergleiche auch Huntington, S. (1993).

²¹³ Vergleiche Huntington, S. (1993).

gegenüber tut sein Übriges für eine derart explosive Mischung, die wir in diesen Tagen im Irak erleben. Erschwerend kommt hinzu, dass in den letzten Monaten immer mehr Skandale im amerikanischen Militär die Welt erschüttern. Die Vorwürfe reichen von der Folter im Gefängnis von Abu Ghreib über das Massaker an irakischen Zivilisten in Haditha bis zur Vergewaltigung und Mord an einem irakischen Mädchen durch amerikanische Soldaten.

6.2.4. L. Paul Bremer III

Bremer löste bereits am 11. Mai 2003 Jay Garner als Chef der amerikanischen Militärverwaltung im Irak ab. Bis zur Übergabe der (teilweise immer noch eingeschränkten) Souveränität am 28. Juni 2004 an die irakische Übergangsregierung war Bremer Director of Reconstruction and Humanitarian Assistance und der Chef der CPA, der amerikanischen Zivilverwaltung im Irak nach dem Krieg. Damit war er direkt dem amerikanischen Verteidigungsministerium unterstellt. Als Zivilist besaß er kein Oberkommando über die amerikanischen Streitkräfte im Irak, aber das amerikanische Zentralkommando (CENTCOM) hatte Anweisungen, Operationen mit Bremer und der CPA abzustimmen.²¹⁴ Für den demokratischen Wiederaufbau des Irakes war die Person Paul Bremers von großer Bedeutung. Er und die ihm unterstellte CPA konzentrierten viele Funktionen der Interimsregierung und verwalteten den irakischen Wiederaufbau zentralistisch. Unter Bremer vollzogen sich im Irak viele Änderungen: die besiegte irakische Armee wurde zunächst entlassen, die Verwaltung entbaathifiziert und die irakische Übergangsregierung in die gewünschten Bahnen gelenkt.²¹⁵ Erst unter Bremer vollzog sich der Umschwung von der raschen Befreiung zur dauerhaften Besetzung Iraks.²¹⁶ Die Aufgabenliste Bremers wurde immer länger und die Planungen immer konkreter: Eine Verfassung sollte geschrieben, Wahlen abgehalten und die Souveränität an eine irakische Übergangsregierung übergeben werden.²¹⁷

6.3. Demokratisierung im Irak

Die Demokratisierung des Irak nach Beendigung des Krieges war also, wie mehrfach erwähnt, ein Ziel der amerikanischen Administration, das lange vor Beginn der Kriegshandlungen fest stand und sogar ein wichtiges Argument für einen Krieg gegen den Irak darstellte. In mehreren Reden erinnerte Präsident Bush daran, dass die

²¹⁴ Vergleiche Bremer, P. (2006): 4.

²¹⁵ Vergleiche Packer, G. (2005): 146.

²¹⁶ Vergleiche Packer, G. (2005): 146.

²¹⁷ Vergleiche Packer, G. (2005): 212.

Vergangenheit gezeigt habe, dass Amerika bisher die im Krieg besiegten Länder grundsätzlich mit Verfassungen und Parlamenten hinterlassen habe.²¹⁸ Entsprechend oft wurde in diesem Argumentationszusammenhang auf Deutschland verwiesen. Des Weiteren soll auf die ebenfalls bereits erwähnten Ziele der Amerikaner verwiesen werden, die eine Demokratisierung als eine Art Präzedenzfall und als ein Vorbild einer demokratischen Transformation des Nahen Ostens und Nordafrikas ausweisen.²¹⁹ Auch Kritikern, die die Demokratisierung einer islamisch geprägten Gesellschaft für nicht möglich und die kulturellen Unterschiede der Besatzer und der Besetzten für zu groß erklärten, sollte das Gegenteil bewiesen werden. In diesem Zusammenhang betonte Präsident Bush immer wieder, dass die kulturellen Unterschiede insofern keine Rolle spielen, als dass die Iraker in ihrem eigenen kulturellen Rahmen eine demokratische Gesellschaft bilden und Amerika nicht bevormundend, sondern helfend zur Seite stehen wird: „That nation is moving every week toward free elections and a permanent place among free nations. Like every nation that has made the journey to democracy, Iraqis will raise up a government that reflects their own culture and values. I sent American troops to Iraq to defend our security, not to stay as an occupying power. I sent American troops to Iraq to make its people free, not to make them American. Iraqis will write their own history, and find their own way. As they do, Iraqis can be certain, a free Iraq will always have a friend in the United States of America.”²²⁰

Die Voraussetzungen einer Demokratisierung im Irak standen indes nicht schlecht. Zwar stellten die Integration der ethnisch-religiösen Gruppen (der Schiiten, Sunniten und der Kurden) in den politischen Prozess die größte Herausforderung dar, dennoch wies der Irak nach Beendigung der Kampfhandlungen viele Vorteile anderen Nationbuilding-Projekten gegenüber auf. Beispielsweise besaß der Irak eine relativ gut funktionierende und landesweite Verwaltung, die lediglich restrukturiert werden musste und durch die Ölvorkommen konnte eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit des Landes von ausländischer Aufbauhilfe angenommen werden.²²¹ Der Alphabetisierungsgrad ist im Irak auch recht hoch (im Vergleich zu den Nachbarländern) und die Bevölkerung relativ gut ausgebildet, was letztlich bedeutet, dass die irakische Bevölkerung ein gutes Potential für einen wirtschaftlichen Aufschwung mitbringt. Auch die prophezeite humanitäre Katastrophe hielt sich

²¹⁸ Vergleiche Fürtig, H. (2003): 18.

²¹⁹ Vergleiche auch Bierling, S. (2003): 247.

²²⁰ Bush, G. (2004b).

²²¹ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 170.

aufgrund der ausbleibenden Flüchtlingsströme in Grenzen. Trotz dieser recht positiven Voraussetzungen für eine Demokratisierung gab und gibt es erhebliche Probleme bei deren Umsetzung. Dahrendorf formulierte es in einem Interview wie folgt: „Natürlich bin ich genauso entsetzt wie alle anderen über das, was seitdem geschehen ist, über die merkwürdige Kombination von militärischer Fähigkeit und ziviler Unfähigkeit.“²²²

Im Folgenden sollen nun, analog wie zum Kapitel über Deutschland, die verschiedenen Kategorien der Demokratisierung im Irak angeführt werden, um einen detaillierteren Eindruck zu bekommen.

6.3.1. „Reeducation“

Der Begriff der Reeducation ist zwar im Zusammenhang mit dem Irak meines Wissens nie gebraucht worden, dennoch möchte ich ihn hier als Kapitelüberschrift wählen. Letztlich handelt es sich bei der demokratischen Transformation des Irak auch um eine Art der „Umerziehung“, wie im Folgenden gezeigt wird. Ebenso wie ich die „Umerziehung“ in Anführungszeichen setzte, verfare ich so auch mit der „Reeducation“. Die Praxis der Amerikaner im Irak unterscheidet sich letztlich nicht zu sehr von der in Deutschland, weshalb ich den Begriff von dort entleihe.

Politische Kultur. Wie bereits oben erwähnt, gab es zum Zeitpunkt des Endes der Kriegshandlungen zwar einige objektiv positive Voraussetzungen im Irak für das Nationbuilding. Auf dem Gebiet der liberalen, demokratischen politischen Kultur hatte Irak jedoch erhebliche Defizite, was eine gleitende Transformation zur Demokratie von vornherein unwahrscheinlich machte. Zum ersten hatte die irakische Bevölkerung keinerlei Erfahrungen mit Demokratie, lebten sie doch Jahrzehnte unter der Herrschaft des unangefochtenen Diktators Saddam Hussein praktisch in einer Gewaltherrschaft. Zweitens wurde die religiöse Minderheit der Sunniten (mit einem Anteil von ca. 20 % an der Gesamtbevölkerung) während der Regentschaft Husseins aufgewertet und die staatstragende Elite des Landes. Die systematische Unterdrückung und Übergehung der Mehrheit der Schiiten und der marginalisierten Kurden unter Saddam Hussein machte eine rationale Diskussion über Repräsentation und Machtteilung von vornherein unwahrscheinlich. Drittens floh ein großer Teil der irakischen Mittelschicht, der gut ausgebildeten, nicht pro-Saddam eingestellten Iraker ins Exil, auch aufgrund der

²²² Dahrendorf, R. (2006): 110.

umfassenden Wirtschaftssanktionen gegen den Irak.²²³ Diese Faktoren beeinflussten den Übergang der irakischen Gesellschaft zu einem demokratischen System negativ.

Als einen weiteren Punkt der politischen Traditionen des Irak möchte ich hier ansprechen, dass die Macht der zahllosen Stämme, nicht zuletzt durch die Retribalisierungspolitik Saddam Husseins, und der informellen Strukturen nach wie vor sehr groß, recht schwer zu durchschauen und daher auch sehr kompliziert in den neuen politischen Prozess einzubinden ist. Vor allem im kurdischen Norden des Irak hatte sich eine Art Schattenstaat etabliert, der praktisch autark von Bagdad existieren konnte und sich um alle Belange des kurdischen Nordens kümmerte.²²⁴ Die Frage blieb also bestehen, ob selbst nach einer Transformation zu einem pluralistischen, demokratischen Staat die legalen Strukturen überhaupt die entsprechende Durchsetzungskraft hätten.²²⁵

Aufgrund der ständigen Kontrolle während der Gewaltherrschaft Saddam Husseins, den tausenden verschleppten, gefolterten und ermordeten Irakern ist es außerdem schwer abzusehen, inwieweit sich die Beziehung der Iraker zu ihrer Regierung normalisieren kann und die Entwicklung einer freiheitlich denkenden, demokratischen und pluralistischen Zivilgesellschaft beginnt.

Amerikas „Soft Power“. Nicht nur im Deutschland der 50er Jahre, sondern auch im Irak übte der amerikanische Traum mit all seinen Facetten als Synonym für einen freien, modernen und liberalen Lebensstil einige Anziehungskraft aus. Zwar ist der Ruf der Amerikaner in arabischen Ländern traditionell eher schlecht (auch aufgrund des proisraelischen Verhaltens der USA im Palästinenserkonflikt) und der westliche Lebensstil gilt als lose und unmoralisch, dennoch schätzte die liberalere irakische Mittel- und Oberschicht die USA als einen Ort für die Ausbildung und für das Exil. Viele Einwanderer in die USA stammen aus arabischen Ländern, die Chancen sich Wohlstand zu erarbeiten sind in den USA immer noch größer als in ihren Heimatländern, ganz zu schweigen von der Meinungs- und Religionsfreiheit. Trotzdem ist die Anziehungskraft des amerikanischen Lebensstils für das Deutschland der 50er Jahre nicht zu vergleichen mit der für den Irak.

„Umerziehung“. Der Begriff Umerziehung ist in diesem Zusammenhang eindeutig nicht mehr zeitgemäß und klingt fast menschenverachtend in dem Sinne, dass manche

²²³ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 204.

²²⁴ Vergleiche auch mit dem Punkt „Shadow State“.

²²⁵ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 191.

Menschen pädagogisch wie Kinder angeleitet werden müssten. Ich habe diesen Begriff hier nur aufgrund der Vergleichbarkeit mit der Reeducation in Deutschland gewählt. Seitens der amerikanischen Regierung und vor allem in Reden des Präsidenten Bush wurde oft betont, dass das irakische Volk seinen eigenen Weg, seine eigene Form der Demokratie finden solle. Die gerade im arabischen Raum zunehmende Unpopularität neokolonialen Gebarens seitens der USA und anderer westlicher Nationen sollte wohl so schon der Wind aus den Segeln genommen werden. Die Angst islamischer Kritiker, von einer christlichen Weltmacht besetzt und „demokratisiert zu werden“ mag aus unserer Sicht vielleicht unbegründet sein, dennoch muss den Irakern der eigene Weg sowie entsprechende Bedenken zugestanden werden. Aus diesem Grund ging es in den amerikanischen Transformationsbestrebungen auch vorrangig darum, die Rahmenbedingungen für eine liberale Gesellschaft zu schaffen, beispielsweise durch die Schaffung einer freien Presse, der Sicherheit des Rule of Law und durch die Einsetzung einer frei gewählten repräsentativen Regierung mit lokalen Vertretern.²²⁶ Dem Wiederaufbau einer pluralistischen Zivilgesellschaft wird eine besondere Bedeutung beigemessen.

6.3.2. Entbaathifizierung

Analog zur Entnazifizierung wurde die Entbaathifizierung zu einem wichtigen Thema im irakischen Wiederaufbau und in der psychologischen Verarbeitung des Regimes Saddam Husseins. Die Entbaathifizierung bezeichnet die Entfernung der Mitglieder der Baath-Partei des ehemaligen irakischen Diktators Saddam Husseins aus wichtigen Ämtern in Politik, Verwaltung, Justiz, Militär und Wirtschaft. Besonders in Bezug auf die schwierige Sicherheitslage im Irak direkt nach dem Krieg war die Entfernung der Funktionäre aus wichtigen Positionen genauso notwendig im Sinne der Restrukturierung der Verwaltung wie auch riskant.²²⁷ Im Folgenden soll nun das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit der Entbaathifizierung analysiert wie auch die Praxis der Entbaathifizierung kritisch beleuchtet werden.

Anspruch und Wirklichkeit der Entbaathifizierung. Die zunächst recht strikte Entbaathifizierungspolitik der Amerikaner wurde sehr schnell gedämpft. Zu viele ehemalige Parteimitglieder, Militärs und Nichtmilitärs, standen plötzlich ohne Lohn auf der Strasse und stellten ein erhebliches Risiko dar. Entsprechend schwierig erschien ein Wiederaufbau des Landes ohne die bewährten und gut qualifizierten Kräfte in den

²²⁶ Vergleiche auch Dobbins, J. et al. (2003): 191.

²²⁷ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 172.

Ämtern. Schließlich änderte sich die amerikanische Politik im Umgang mit den ehemaligen Baath-Anhängern. So sollten nur noch diejenigen aus ihren Ämtern entfernt werden, die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt waren, oder Ungerechtigkeiten des vorigen Regimes unterstützt hatten. Auch in die neue Armee Iraks wurden über 70 % der ehemaligen Soldaten übernommen.²²⁸ Eine Rede Paul Bremers aus dem Jahr 2004 drückt genau diese Einstellung aus und es ist interessant, wie sie der irakischen Bevölkerung sowie der Weltgemeinschaft „schmackhaft“ gemacht wird:

„Die Baath-Partei hat das politische Leben im Irak vergiftet. Baathismus war eines der brutalsten Instrumente der Tyrannei Saddam Husseins. Im neuen Irak gibt es keinen Platz für baathistische Ideologie und baathistische Verbrecher. Das Verbot der Partei und das Entfernen jener aus dem öffentlichen Leben, die diese Verbrechen im Namen der baathistischen Ideologie begangen haben, war und ist notwendig, wenn wir Ihre Vision eines demokratischen Irak verwirklichen wollen. Aber viele Iraker haben sich bei mir beschwert, dass die Entbaathifizierungspolitik ungleichmäßig und ungerecht angewandt wird. Ich habe diese Beschwerden geprüft und sie sind gerechtfertigt. Die Entbaathifizierungspolitik war und ist vernünftig. Sie muss nicht geändert werden. Es ist die richtige Politik für den Irak. Sie wurde allerdings schlecht umgesetzt. Die Forderung, der Partei beizutreten, wurde unter Lehrern und Universitätsprofessoren stark forciert. Eine Gruppe von Lehrern erzählte mir gestern, dass die mangelhafte Umsetzung der Entbaathifizierungsverfahren erhebliche Auswirkungen auf Lehrer und Universitätsprofessoren hat.“²²⁹

Die vorigen ehrgeizigen Ziele der Umstrukturierung der Gesellschaft wichen immer mehr den realen Problemen des Mangels an qualifiziertem Personal.

Auch der jüngste Vorstoß des irakischen Ministerpräsidenten al-Maliki in Richtung einer Amnestie für Gefangene setzt diesen Weg fort. Entlassen werden alle Gefangenen (vor allem die der Entbaathifizierung zum Opfer gefallenen), die kein „Blut an den Händen haben“.²³⁰

Kritik. Gegenstand der Kritik an der Praxis der amerikanischen Entbaathifizierungspolitik ist vor allem, dass es ein ständiges Schwingen in Extreme war. Direkt nach dem Ende der Kampfhandlungen, als die Verantwortung der Entbaathifizierung noch bei Jay Garner lag, wurden so wenig ehemalige Regierungsanhänger wie möglich aus ihren Ämtern entfernt, sofern sie keine Verbrechen begangen hatten oder korrupt waren.²³¹ Diese Praxis sollte sich schnell mit

²²⁸ Vergleiche Rede Bremer 2004 (Ereignis vom 18.04.), (Bremer, P. (2004).

²²⁹ Bremer, P. (2004).

²³⁰ Vergleiche o.V. (2006d).

²³¹ Vergleiche Packer, G. (2005): 191.

der Ablösung Garners durch Bremer ändern: Bremers Entbaathifizierung sah sehr viel strikter und umfassender aus, denn unabhängig davon ob die Betroffenen Verbrechen begangen hatten oder nicht, wurden Staatsangestellte bis weit in die unteren Ebenen hinein entlassen. Da diese Entlassungen fristlos waren und die Entscheidungen dazu quasi über Nacht fielen, standen viele Menschen von heute auf morgen ohne Lohn auf der Strasse.²³² Hinzu kam, dass diese Massenentlassung auch zu Problemen im Wiederaufbau führte, denn Mitarbeiter der CPA verloren ihre Ansprechpartner in den irakischen Ministerien und Ämtern.

Nach einem anfänglich moderaten und realistischen Umgang mit den ehemaligen Anhängern der Baath-Partei handhabte die amerikanische Militärverwaltung unter Bremer das Problem plötzlich sehr harsch.²³³ „The aftermath of these decisions left Iraq without teachers, professors, doctors, or town administrators to support the reconstruction process. Not only did it create hostility toward the occupying forces, it also paved the way for increased support and sympathy for insurgents.”²³⁴ Nachdem auch seitens der Amerikaner erkannt wurde, dass der Umgang mit den Betroffenen eher kontraproduktiv war, änderte sich wieder die Richtung der Besatzungspolitik und Bremer setzte wieder mehr auf die Arbeitskraft der erfahrenen Beamten und Staatsbediensteten. Durch die jüngste Amnestieentscheidung des irakischen Ministerpräsidenten al-Maliki wurde klar, wie wichtig die Integration der ehemaligen Baath-Anhänger in den politischen Prozess ist. Diese zusätzliche Quelle der Unzufriedenheit und des Unruhepotentials sollte durch diese Entscheidung beseitigt werden. Entlassen wurden alle im Zuge der Entbaathifizierung Inhaftierten, „an deren Händen kein Blut klebt“.²³⁵

6.3.3. Rechtsstaat

Die Herstellung einer unabhängigen Justiz war die Aufgabe, die von der CPA als eine der wichtigsten gesehen wurde.²³⁶ In anderen Postconflict-Situationen und nicht zuletzt in Deutschland hatte sich herausgestellt, dass die Verfolgung und Bestrafung der Verbrechen des ehemaligen Regimes wesentlich ist für die Versöhnung der Gesellschaft. Auch für die Beziehungen der Volksgruppen untereinander konnte die Bestrafung von Kriegsverbrechern nur positiv sein.

²³² Vergleiche Packer, G. (2005): 191.

²³³ Vergleiche Diamond, L. (2006): S. 182f.

²³⁴ Mendelson Forman, J. (2006): 205.

²³⁵ Vergleiche o.V. (2006d).

²³⁶ Vergleiche Mendelson Forman, J. (2006): S. 206.

Verfolgung der Kriegsverbrecher. Die Verfolgung der Kriegsverbrecher der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die unter dem Regime Saddam Husseins begangen wurde, stellte ein wichtiges Instrument der Transformation zu einem demokratischen Irak dar, da die Gesellschaft so mit dem ehemaligen Regime abrechnen und abschließen konnte. Im Dezember 2003 rief die irakische Übergangsregierung ein Tribunal ins Leben, das entsprechende Vergehen während der Diktatur Husseins ahnden sollte.²³⁷ Dieses (irakische) Tribunal, vor dem auch Saddam Hussein persönlich angeklagt wurde, sicherten sowohl Bremer als auch Rumsfeld umfassende Unterstützung jedweder Art zu,²³⁸ denn die USA hielt sich hier bewusst im Hintergrund, um Vorwürfe der Einmischung und der „Siegerjustiz“ verhindern zu können.

Rule of Law. Eine der wichtigsten Aufgaben innerhalb der Demokratisierung des Irak stellte die Herstellung eines Rechtssystems dar, das die Grundsätze des Rule of Law verinnerlicht hat. Problematisch an den Strukturen der Justiz während des Regimes Saddam Husseins war, dass er, um die politische Opposition durch Dezentralisierung zu schwächen, eine Retribalisierung des Justizwesens vornahm. Die Verfolgung von Verbrechen sollte lokal in den Dörfern von verantwortlichen Stammesautoritäten oder Ältestenräten stattfinden, um die Mehrheit der Bevölkerung vom staatlichen Rechtssystem fernzuhalten.²³⁹ Eine Herausforderung des neuen irakischen Systems musste also sein, die Justiz wieder zu zentralisieren und dabei Schattenstrukturen zu verhindern. Des Weiteren war und ist es besonders wichtig, bewaffnete Milizen zu demobilisieren und/oder sie in die regulären Polizei- und Sicherheitseinheiten einzubinden.²⁴⁰

Sicherheitsproblematik. Das Problem der fehlenden Sicherheit wurde und wird zum Zeitpunkt dieser Niederschrift Dreh- und Angelpunkt eines erfolgreichen Wiederaufbaus und einer erfolgreichen Demokratisierung (sein). Die teilweise desolate Sicherheitslage wirkt sich in vielfältiger Weise auf das Land aus: Erstens verliert die Bevölkerung das Vertrauen zu einer amerikanischen Besatzungsmacht und zu einer neuen irakischen Regierung, noch bevor sie es erlangt hat. Zweitens verschärft das persönliche Bedürfnis des Durchschnittsbürgers nach Waffenbesitz die Spannungen enorm. Drittens wird der wirtschaftliche Wiederaufbau stark behindert, der ja in der

²³⁷ Vergleiche Mendelson Forman, J. (2006): 207.

²³⁸ Vergleiche Bremer, P. (2004) und Rumsfeld, D. (2003).

²³⁹ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 178.

²⁴⁰ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 180.

entsprechenden Situation im Nachkriegsdeutschland zum einen zur Konsolidierung der Demokratie, zum anderen zu einem Wirtschaftswunder geführt hatte. Ausländische Investoren trauen sich schon aus Sorge um ihre Mitarbeiter, denen die Auswüchse eines florierenden Entführungsgeschäftes blühen würden, kaum ins Land. Viertens ist es unmöglich, eine selbstbewusste, pluralistische und demokratische Zivilgesellschaft zu schaffen wenn sich die Bevölkerung nicht sicher fühlt. Medienberichten zufolge ist die Tatsache, für die US-Einrichtungen zu arbeiten, für einige Iraker bereits ein Todesurteil, sollte dies bekannt werden.²⁴¹ In einer Atmosphäre der Angst und der anhaltenden Unsicherheit ist die Bildung einer freien Nation mit irakischen Demokraten in näherer Zukunft fast undenkbar. Meinungsfreiheit ist unmöglich in einem Umfeld, in dem ein Iraker nicht einmal bei der Preisgabe seines Arbeitgebers sicher sein kann.

Die Strategie der Amerikaner ist unglücklicherweise direkt für die problematische Lage mitverantwortlich. Aufgrund der Sicherheitsanforderungen, die Tim Dobbins bereits vor Beginn des Krieges identifiziert und mit einer entsprechenden unbedingt notwendigen Anzahl an amerikanischen Soldaten und Sicherheitskräften beziffert hatte,²⁴² wurde die große Diskrepanz zwischen der bereitgestellten und der notwendigen Truppenstärke deutlich. Um für ein ausreichendes Maß an Sicherheit zu sorgen wären etwa fünfmal so viele Soldaten nötig gewesen.²⁴³ Auch im Hinblick auf das Einsickern islamistischer Terroristen aus Iraks Nachbarländern und die mangelnde Sicherung der Grenzen waren zu wenig Kräfte verfügbar. Es kam erschwerend hinzu, dass eine der ersten offiziellen Handlungen Paul Bremers daraus bestand, die irakische Armee vollständig aufzulösen. Er nahm den Betroffenen nicht nur die Möglichkeit, an der Transformation in ein neues System zu partizipieren, sondern er setzte auch über Nacht zehntausende bewaffnete Soldaten unbezahlt auf die Strasse und sorgte damit für ein erhebliches Sicherheitsrisiko.²⁴⁴ Tatsächlich war diese Massenentlassung der Auslöser dafür, dass einige der Betroffenen später zu ernsthaften Spoilern („Störer“) im Wiederaufbauprozess wurden.²⁴⁵

Seit Beginn 2004 kümmerte sich die CPA und nach ihr die irakische Regierung um die Integration unterschiedlicher Gruppierungen und Spoiler in den Demokratisierungs- und Aufbauprozess. Verhandlungen bezüglich der Entwaffnung, der Demobilisierung und

²⁴¹ Vergleiche o.V. (2006a).

²⁴² Vergleiche Packer, G. (2005).

²⁴³ Vergleiche Packer, G. (2005).

²⁴⁴ Vergleiche Diamond, L. (2006): 183.

²⁴⁵ Vergleiche Mendelson Forman, J. (2006): 204.

der Reintegration in die legalen irakischen bewaffneten Kräfte wurden geführt.²⁴⁶ Gelingen ist das bis zum Abgabetermin dieser Arbeit noch nicht zufrieden stellend, denn verschiedene Milizen erklären ihr fehlendes Interesse, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten. Die Abgabe der Waffen bedeutet für die Betroffenen, in einer Sackgasse zu stehen und sollten sie ihre Möglichkeit der Integration in das System nicht nutzen wollen, gibt es für sie keinen Grund der Kooperation, was auch Dirk Salomons beschreibt: „From this perspective, the successful disarmament, demobilization, and reintegration (DDR) of former combatants after violent conflict represents the touchstone, the moment of truth, for any peacebuilding process. When combatants are asked to give up their arms, they face a point of no return. They, and their leaders, must have faith in a future where the advantages of peace outweigh those of war. Without a vision of that future, they will not make the choice for peace – and if they remain a threat, no one else will be able to make that choice either.“²⁴⁷ Offenbar sehen die Bewaffneten diese Perspektive nicht. Ganz im Gegenteil hat die anhaltende problematische Sicherheitslage den Spoilern auch zunehmend die Alternative eröffnet, dass die amerikanischen Truppen praktisch unverrichteter Dinge wieder abziehen und den Irak sich selbst überlassen könnten, ihre Integration in den Transformationsprozess also gar nicht nötig wäre. Auch in diesem Zusammenhang wird öfters das Wort „Bürgerkrieg“ gebraucht. Schließlich bestand die erste Begegnung der Iraker mit der Freiheit aus Anarchie: „Iraqis’ first experience of freedom was chaos and violence“.²⁴⁸ Die ethnisch-religiösen Spannungen, der fehlende Integrationswille der meisten Spoiler und die anhaltenden Anschläge mit vielen zivilen Opfern erwecken den Eindruck, dass man es tatsächlich mit einem Bürgerkrieg zu tun hat. Inwieweit diese grausamen und verlustreichen Anschläge von ethnisch-religiösen Gruppierungen und/oder organisierten Terrororganisationen durchgeführt werden, ist schwer zu beurteilen. Obwohl der irakische Arm der Terrororganisation Al Qaida durch die jüngste Liquidierung des Terroristenführers Sarkawi geschwächt wurde, ist es nun wohl nur eine Frage der Zeit, bis innerhalb der Organisation der nächste Kandidat nachrückt.

²⁴⁶ Vergleiche Diamond, L. (2006): 180.

²⁴⁷ Salomons, D. (2005): 19.

²⁴⁸ Packer, G. (2005): 139.

6.3.4. Verwaltung und Institutionen

Letztlich entscheidet die Möglichkeit, wirksame demokratische Institutionen und ein entsprechendes Verwaltungssystem zu schaffen darüber, ob die Transformation des Irak hin zu einem demokratischen und pluralistischen Land gelingen wird.

Wiederaufbau der Verwaltung. Aufgrund der erwähnten Bedeutung der Institutionen und der Verwaltung für ein funktionierendes demokratisches System und der Schwierigkeit, sie nachhaltig zu stärken, ist der Wiederaufbau derselben von immenser Wichtigkeit. Neokonservativen amerikanischen Politikern wird nachgesagt, sie würden die Bedeutung des Institutionbuildings unterschätzen und implizit annehmen, man müsse nur das repressive System beseitigen, um die demokratische Entwicklung sich selbst überlassen zu können.²⁴⁹ Insgesamt sind die Voraussetzungen des Irak für ein erfolgreiches Institutionbuilding nicht schlecht. Wie bereits in vorangegangenen Kapiteln erwähnt, verfügt der Irak über eine relativ gut ausgebildete Bevölkerung und recht gut entwickelte Verwaltungen.²⁵⁰ Allerdings waren viele der Angestellten in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst Mitglieder der Baath-Partei, dadurch teilweise involviert in das repressive System Saddam Husseins und damit nur bedingt geeignet, die Vertreter des neuen, demokratischen Irak zu sein. Des Weiteren wurden viele Iraker während des alten Regimes verfolgt und oft entweder umgebracht oder zur Flucht ins Ausland und zu einem Leben im Exil gezwungen. Entsprechend groß waren die Probleme der amerikanischen Planer, Iraker zu finden, die einerseits über eine weiße Weste und andererseits über genügend Sachverstand und Charisma verfügten, um die Anforderungen der gesellschaftlichen und politischen Transformation erfüllen zu können.²⁵¹

Föderalismus. Der Aufbau eines föderalen Staatssystems innerhalb des neuen politischen Systems des Irak stand von vornherein fest und galt als eine wichtige Voraussetzung der Aussöhnung der ethnisch-religiösen Gruppen und deren repräsentative Integration in das politische System. Auf diese Weise konnten Schiiten, Sunniten und Kurden, die in vielen geographischen Teilen des Irak jeweils die Mehrheit stellen, recht autonom über „ihre“ Gebiete bestimmen, aber auch eine Art Vetomacht in Entscheidungsprozessen den gesamten Irak betreffend darstellen. Zwar sah es zu Beginn der Besatzungszeit so aus, als würden die kurdischen Autonomiebestrebungen zu einer Teilung des Landes führen, doch die Entwicklung zeigte, dass im Grunde alle

²⁴⁹ Vergleiche Fukuyama, F. (2006): 116ff.

²⁵⁰ Vergleiche Schwartz, E. (2003): 19f.

²⁵¹ Vergleiche Schwartz, E. (2003): 18.

Gruppierungen an einem einheitlichen Staat interessiert sind - nicht zuletzt aufgrund der recht einseitigen Verteilung der ertragreichen irakischen Ölquellen auf dem Territorium der Schiiten und der Kurden. Einige Probleme bereitete den Irakern diese Aufteilung zu Beginn, da scheinbar noch ein gewisses Unverständnis für den Schutz der Minderheiten innerhalb einer Demokratie bestand und es als ungerecht empfunden wurde, bestimmten Minderheiten scheinbar unverhältnismäßige Vetorechte zuzugestehen.²⁵² Aufgrund der fehlenden Erfahrung mit den politischen Prozessen in einer pluralistischen Demokratie müssen sich die Iraker wohl noch intensiver mit einem konkordanten demokratischen System auseinandersetzen. Hinzu kommt die verständliche Angst der Sunniten, in der zukünftigen Regierung eine geringere Rolle zu spielen und enorm an Macht und Einfluss einzubüßen. Schließlich stellten sie im Regime Saddam Husseins die politische Elite dar mit umfangreichen Privilegien, auf die sie selbstverständlich in Zukunft verzichten müssen und nun mit circa 20 % Bevölkerungsanteil eine politische Minderheit darstellen. Eine sorgsame Integration gerade dieser Gruppe ist also auch von besonderer Wichtigkeit, da sie sich sonst vielleicht marginalisiert fühlen und nur noch als Spoiler an der politischen Transformation partizipieren könnten.²⁵³

Shadow State. Die repressive Art und Weise des Regimes Saddam Husseins ließ in seiner gewalttätigen Herrschaft keinerlei kollektive gesellschaftliche Strukturen außerhalb seines Einflussbereiches zu.²⁵⁴ Um dieses Defizit zu kompensieren, bildete sich der Shadow State, der Schattenstaat, dessen informelle Netzwerke aus Patronagen, Stammestraktionen und religiösen Autoritäten die legalen politischen und bürokratischen Strukturen unterwanderten. Diesen Schattenstaat in neue Gesellschaftsstrukturen zu integrieren und dessen Akteure zu einem Teil einer pluralistischen Politik zu machen, ist eine wichtige Aufgabe des Wiederaufbaus der Verwaltung.²⁵⁵ Auch im Zusammenhang mit dem kurdischen Norden des Irak taucht immer wieder das Wort Schattenstaat auf. Seit den 90er Jahren wurden in den kurdischen Gebieten eigene administrative Strukturen geschaffen und ein gewisses Maß an Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Bagdad erreicht. Die zukünftige Beziehung dieser bestehenden Strukturen zu der neuen irakischen Regierung war zunächst ungewiss. Es hat sich aber inzwischen herausgestellt, dass sich die kurdische

²⁵² Vergleiche Diamond, L. (2006): 191.

²⁵³ Vergleiche Diamond, L. (2006): 182.

²⁵⁴ Vergleiche Dodge, T. (2003): 159.

²⁵⁵ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 189.

Administration hervorragend mit einer föderalen Aufteilung des Irak im Rahmen eines einheitlichen Staates verbinden lässt.²⁵⁶

6.3.5. Wahlen und Partizipation

Wahlen und die Partizipation der Gesellschaft am Staatsgebilde sind letztlich das einfachste und ersichtlichste Kennzeichen einer Demokratie. Am 28. Juni 2004 wurde die Souveränität offiziell von der amerikanischen Militärverwaltung an die irakische Führung übergeben. Allgemeine, landesweite Wahlen zur irakischen Übergangsregierung fanden am 30. Januar 2005 statt. Am 15. Oktober 2005 nahmen die Iraker die neue irakische Verfassung mittels eines Referendums an. Schließlich fanden am 15. Dezember 2005 allgemeine Wahlen zum irakischen Parlament statt.²⁵⁷

Partizipativer Wiederaufbau? Zur Partizipation allgemein gehören in diesem Fall auch ganz speziell die Möglichkeiten der Partizipation am Wiederaufbauprozess selbst. Der Grad der Beteiligung indigener Akteure am Transformationsprozess wirkt sich auch nachhaltig auf das *Ownership* der Bevölkerung an den neuen Strukturen aus. Ownership bedeutet, inwieweit sich Menschen mit Strukturen oder Gegenständen als zu ihnen gehörend identifizieren können. In einer Postconflict-Situation ist Ownership der betroffenen Bevölkerung enorm wichtig für die Nachhaltigkeit und Effektivität der neu geschaffenen Strukturen. Erreicht wird Ownership entsprechend durch die konsequente Miteinbeziehung der Menschen in die Gestaltung des Wiederaufbaus „bottom-up“, also von unten nach oben. Es wird damit die Möglichkeit gegeben, gewohnte, traditionelle Instrumente oder Strukturen einzubinden. Das Gegenteil wäre fatal: ein von außen aufgesetztes System, zu dem die Menschen keinen Bezug haben und an dessen Gestaltung sie keinen Anteil hatten. Das Verschwinden derartiger Strukturen ist vorprogrammiert und kann in einem jungen Staat zu erheblichen Stabilitätsproblemen führen.

Im Falle des Irak wurde auch zunächst die Miteinbeziehung der lokalen Ebene vernachlässigt und die Folgen unterschätzt. Während implizit angenommen wurde, die Schaffung nationaler demokratischer Strukturen reiche aus, wurden die *grassroots*, die Graswurzeln der Gesellschaft, außen vor gelassen.²⁵⁸ Im Nachhinein wird auch oft kritisiert, dass die ersten Wahlen im Irak erst nach zwei Jahren der Besetzung

²⁵⁶ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 188f.

²⁵⁷ Vergleiche o.V. (2005).

²⁵⁸ Vergleiche Hohe, T. (2005): 70.

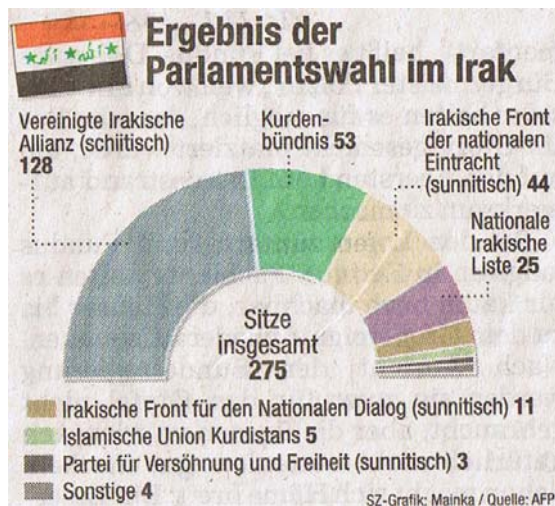
durchgeführt wurden. Nicht weiter genannte CPA-Mitarbeiter hätten es vorgezogen, lokale Wahlen bereits zu Beginn der Okkupation durchzuführen: „If Iraqis had been able to vote for their local councils soon after the fall of the regime, and then provincial councils, and finally a national government, they would have become participants in Iraq’s politics in a way that never happened, and the occupation might have gone very differently.”²⁵⁹ Schwierig ist und bleibt in diesem Zusammenhang auch die Frage, wie demokratisch der Demokratisierungsprozess selber sein sollte. Im Irak wurde die eingeschränkte Autorität recht schnell von der amerikanischen Militärverwaltung auf irakische Politiker übertragen.²⁶⁰ Letztlich war die Partizipation der Bevölkerung am Wiederaufbau Iraks sehr beschränkt. Erschwerend hinzu kommt noch die Unpopularität der amerikanischen Besatzer, was sich auch auf die Einstellung der Menschen zu den neu geschaffenen Institutionen und politischen Strukturen auswirkt: „Many Iraqis, aware of the unpopularity of the U.S. presence in their country and believing it to be temporary, are still simply sitting on their hands. Iraqis are shunning involvement in government institutions, political and administrative, until the situation becomes clearer and the risks of political involvement fewer.”²⁶¹ Hier wird der große Unterschied zu der entsprechenden Situation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich: Die Deutschen packten den Wiederaufbau an und rangen mit den amerikanischen Besatzern um Kompetenzen und Lizenzen. Die Iraker scheinen wirklich, wie im Zitat oben erwähnt, auf „ihren Händen zu sitzen“ und abzuwarten, anstatt sich aktiv in den Wiederaufbau zu stürzen.

Wahlen. Die ersten Wahlen im Irak fanden am 30. Januar 2005 statt. Das hierbei gewählte Parlament sollte die Ausarbeitung der irakischen Verfassung voranbringen. Die Sunniten boykottierten die Wahlen größtenteils. Doch bereits bei den folgenden Wahlen am 15. Dezember 2005 beteiligten sich die Sunniten wieder. Das Ergebnis dieser Wahlen sah wie folgt aus:

²⁵⁹ Packer, G. (2005): 414.

²⁶⁰ Vergleiche Junne, G. / Verkoren, W. (2005): 309.

²⁶¹ Dodge, T. (2003): 166.



(Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 21./22.01.2006)²⁶²

Parteien. Die irakischen Parteien entsprechen weitestgehend den ethnisch-religiösen Gruppierungen des Irak. Zum Bedauern der Amerikaner fand keine säkulare, gruppenübergreifende Parteienbildung statt.

Die irakische Verfassung. Die Forcierung einer Verfassung für die neue Demokratie des Irak gehörte zu den vorrangigsten formellen Aufgaben der amerikanischen Militärverwaltung. Im März 2004 wurde zunächst die Übergangsverfassung vom irakischen Regierungsrat verabschiedet. Nach den allgemeinen Wahlen vom Januar 2005 wurde eine Kommission benannt, die bis zum 15. August 2005 eine endgültige Verfassung erarbeiten sollte, über die dann am 15. Oktober 2005 in einem Referendum abgestimmt wurde. Die Verfassung wurde mit 78,59 % der Stimmen angenommen, ein komplizierter Schlüssel sollte dafür Sorge tragen, dass auch die ethnisch-religiösen Minderheiten praktisch ein Vetorecht gegen die Verabschiedung haben.²⁶³

Inhaltlich werden den Bürgern des demokratischen Irak alle modernen Bürger- und Menschenrechte zugesprochen. Obwohl der Islam Staatsreligion ist, besteht Religionsfreiheit. Umfangreiche Minderheitenrechte wurden in der Verfassung verankert, beispielsweise durch die föderale Staatsstruktur und durch die Amtssprachen. Gewählt wird alle vier Jahre in freien, gleichen und unmittelbaren Wahlen. Alle Iraker, unabhängig von Geschlecht und Religionszugehörigkeit, sind vor dem Gesetz gleich. Das Öl besitzen alle Iraker gemeinsam und dessen Nutzung wird von der zentralen Regierung in Bagdad gemeinsam mit den Provinzen entschieden.²⁶⁴ Alles in allem entspricht die irakische Verfassung der einer modernen Demokratie mit allen

²⁶² O.V. (2006b).

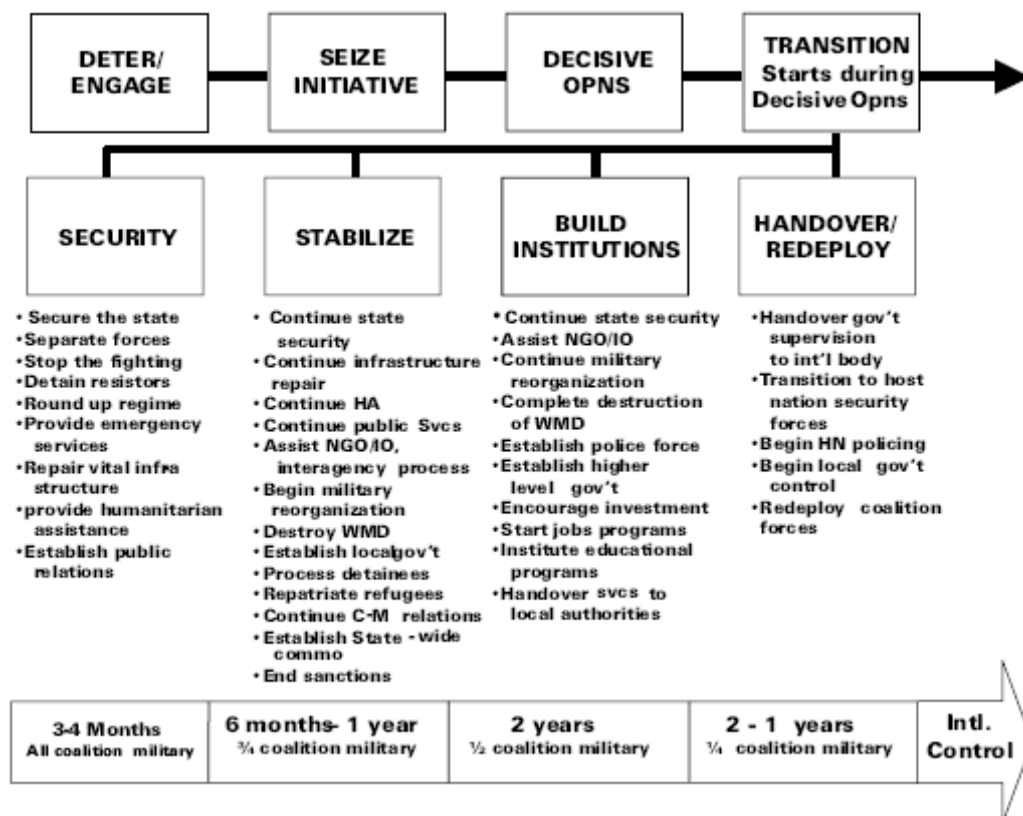
²⁶³ Vergleiche Wikipedia, Zugriff am 20.03.2006.

²⁶⁴ Vergleiche o.V. (2005a).

zugehörigen Rechten für die Bürger. Dennoch wurde durch die Ergänzung traditioneller Elemente (wie zum Beispiel der Islam als Staatsreligion, der Scharia als Prinzip der Rechtsprechung) der Charakter eines islamischen Staates erhalten. Ob der Irak ein Beispiel sein kann für eine islamisch geprägte Demokratie, muss sich erst noch herausstellen. Doch mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die irakische Verfassung ein solches Beispiel, zumindest formell, sein kann.

6.3.6. Übergabe der Regierung

Ein möglicher Ablauf der amerikanischen Militärverwaltung und die sukzessive Übergabe der Kompetenzen an irakische Autoritäten wurde im Februar 2003 vom Strategic Studies Institute des U.S. Army War College veröffentlicht und bietet einen guten Einblick in die Organisationsstrukturen:²⁶⁵

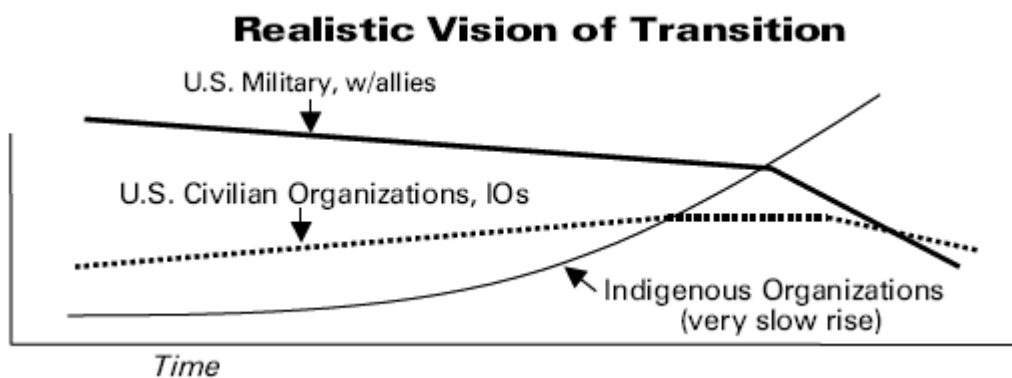
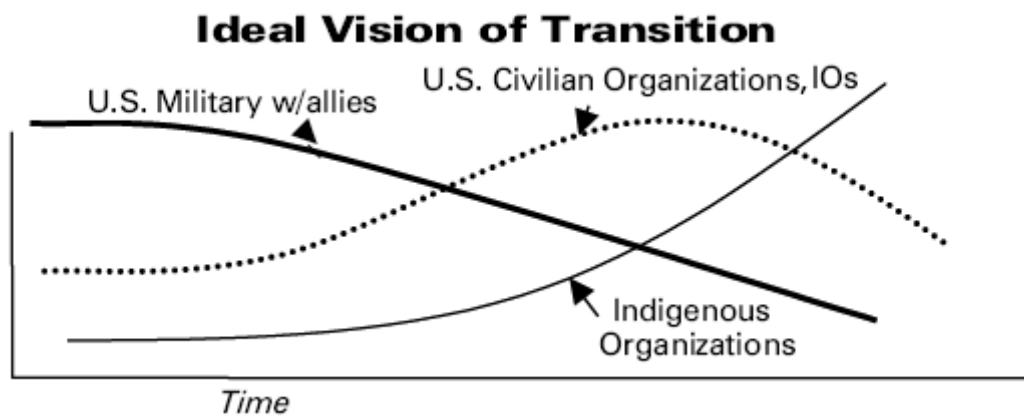


(Quelle: Crane, C. / Terril, A.)²⁶⁶

Im selben Bericht erscheinen sehr anschauliche Graphiken dazu, wie der Übergang von der amerikanischen zu den indigenen Akteuren im Idealfall aussehen sollte und wie der Übergang realistischerweise abläuft:

²⁶⁵ Vergleiche Crane, C. / Terril, A. (2003).

²⁶⁶ Crane, C. / Terril, A. (2003): 44.



(Quelle: Crane, C. / Terril, A.)²⁶⁷

Abweichend von den Darstellungen aus dem frühen Jahr 2003 kam erschwerend hinzu, dass durch die prekäre Sicherheitslage die Arbeit der zivilen NGOs und Hilfsorganisationen stark behindert wurde. Durch die Anschläge und die zahlreichen Entführungen von Ausländern im Irak sehen viele Organisationen davon ab, ihre Mitarbeiter den anhaltenden Gefahren dort auszusetzen. Das bedeutet, dass die in der Graphik dargestellte Kurve „U.S. Civilian Organizations, IOs“ viel niedriger verlaufen musste als zunächst angenommen.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen im Irak wurden die Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten an die zivile Verwaltung CPA übergeben. Bereits im Sommer 2003 ernannte Paul Bremer den irakischen Regierungsrat als die irakische Übergangsregierung mit eingeschränkter Souveränität unter der Kontrolle der CPA.²⁶⁸ Nach den Wahlen im Irak wurde eine demokratisch legitimierte Regierung gebildet. Nach und nach wurden immer mehr Kompetenzen übergeben. Bis zur Beendigung dieser Arbeit hat der Irak und damit die irakische demokratisch gewählte Regierung noch keine volle Souveränität erhalten.

²⁶⁷ Crane, C. / Terril, A. (2003) beide Abbildungen auf Seite 45.

²⁶⁸ Vergleiche Mendelson Forman, J. (2006): 209.

Der Hoffnungsträger im Irak scheint der derzeitige Premierminister Nuri al-Maliki zu sein. Zwar bleibt er noch ein Regierungschef „von Amerikas Gnaden“,²⁶⁹ hat aber inzwischen bemerkenswerte Fortschritte in der Politikgestaltung des Landes gemacht. Unter anderem versucht er durch eine Mischung aus Anreizen (wie zum Beispiel die Amnestie irakischer Gefangener) und Drohungen die Aufständischen im Irak in den Griff zu bekommen.

Exit der Amerikaner. Die Schritte zur irakischen Selbstverwaltung und zum Exit der amerikanischen Kräfte beschreibt Paul Bremer im September 2003 wie folgt:

1. Schritt – Einsetzung eines irakischen Regierungsrates durch die Amerikaner
2. Schritt – Der Regierungsrat erarbeitet eine Übergangsverfassung
3. Schritt – Übertragung von Regierungsverantwortung auf den irakischen Regierungsrat
4. Schritt – Die endgültige Form der Verfassung wird veröffentlicht
5. Schritt – Ratifizierung der irakischen Verfassung durch ein Referendum
6. Schritt – Allgemeine Wahlen
7. Schritt – Übertragung der Souveränität von der irakischen Übergangsregierung auf die gewählte irakische Regierung.²⁷⁰

Tatsächlich liefen die Ereignisse im Irak auch annähernd so ab wie Bremer es bereits 2003 angekündigt hatte - außer der Reihenfolge. Es wurde eine repräsentative irakische Regierung gewählt bevor der endgültige Verfassungsentwurf verabschiedet wurde.

Die Beteiligung irakischer Akteure im Wiederaufbauprozess ist enorm wichtig für den Grad an Ownership, den die neu geschaffenen Strukturen erreichen. Dennoch war die Partizipation insgesamt im ersten Jahr der Besatzung mehr als dürftig.²⁷¹ Auch die fehlende demokratische Legitimation durch Wahlen für die irakische Übergangsregierung wurde oft kritisiert. Von den Amerikanern unter Mithilfe des UN-Sondergesandten Lakhdar Brahimi handverlesene Repräsentanten, von denen ein großer Teil aus dem ausländischen Exil zurückgekehrt war, gab vielen Irakern nicht das Gefühl von Identifikation, Partizipation und letztlich Ownership an der Arbeit der Übergangsregierung. Der schnelle und effektive Exit der Amerikaner war von Beginn der Operation an ein Hauptthema. Aufgrund des schwindenden Rückhaltes des amerikanischen Engagements sowohl in der US-amerikanischen als auch in der irakischen Bevölkerung war der Verweis auf einen baldigen Rückzug wichtig. Die

²⁶⁹ Zand, B. (2006).

²⁷⁰ Vergleiche Bremer, P. (2003a).

²⁷¹ Vergleiche Fukuyama, F. (2006a): 12.

arabischen Nachbarstaaten hatten auch von Beginn an Vorbehalte gegenüber einer längerfristigen, „neokolonialen“ amerikanischen Präsenz in der Region.²⁷² Doch es ist auch jedem klar, dass ein vorzeitiger Abzug der amerikanischen Soldaten ohne die Gewährleistung der politischen Stabilität und einer verlässlichen Sicherheitslage in Irak fatal wäre, alle Bemühungen zunichte machen und das Land in einen Bürgerkrieg stürzen würde.²⁷³ Letztlich wird der schrittweise Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak vor allem davon abhängig sein, ob es der irakischen Regierung unter Regierungschef Maliki gelingt, die Sicherheitslage in den Griff zu bekommen und zu kontrollieren. Ein erster Schritt in diese Richtung stellt das Versöhnungsprogramm Malikis dar, das Ende Juni 2006 verabschiedet wurde und die Gewalt eindämmen soll. Es sieht eine Amnestie für alle Häftlinge vor, die keine Terrorakte oder Kriegsverbrechen begangen haben, um einerseits die aufständischen Milizen zu schwächen und andererseits den im Zuge der Entbaathifizierung entlassenen Beamten eine neue Perspektive geben.²⁷⁴

Unterscheidung der Politikbereiche. Ein besonderer Punkt, der an dieser Stelle noch Erwähnung finden sollte ist die künstliche Trennung der amerikanischen Militärverwaltung in den Bereich der Sicherheit auf der einen und in den Bereich der Politik auf der anderen Seite. Die institutionellen Kooperationsprobleme der US-Zuständigkeiten führten zu vielen folgenschweren Entscheidungen und Umständen.²⁷⁵

6.3.7. Ausblick und Empfehlungen

Inzwischen zweifelt auch kaum einer der amerikanischen Politiker daran, dass die Entwicklung im Irak eine andere sein wird als vorgesehen war. Bremer kommentierte dies lakonisch: „Reality on the ground made a fantasy of the rosy prewar scenario under which Iraq would be paying for its own reconstruction through oil exports within weeks or month of liberation. We were clearly involved in a long-term project of nation-building here, like it or not.“²⁷⁶ Angesichts dieser Diskrepanz werden im Folgenden kritische Punkte zum Wiederaufbau im Irak vorgestellt und einige Empfehlungen zur weiteren Entwicklung gegeben.

²⁷² Dobbins, J. et al. (2003): 194f.

²⁷³ Vergleiche Crane, C. / Terril, A. (2003): 1.

²⁷⁴ Vergleiche o.V. (2006d).

²⁷⁵ Vergleiche Fukuyama, F. (2006a): 9.

²⁷⁶ Bremer, P. (2006): 112.

Kritik am irakischen Wiederaufbau. Ein zentraler Kritikpunkt am Vorgehen der Amerikaner ist zunächst die mangelnde Truppenstärke. Bereits lange vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in den Irak wurden Stimmen laut, die die fast leichtsinnige Anzahl an geplanten Soldaten als viel zu gering bezeichneten: „the Bush administration was never willing to commit anything near the force necessary to secure a viable postwar order in Iraq. Military experts had warned that the task would require, as Army Chief of Staff Eric Shinseki told Congress in February 2003, “hundreds of thousands” of troops.”²⁷⁷ Derselbe Autor kritisiert auch die gesamte Strategie der amerikanischen Planer in Irak: “But Washington failed to take such steps, for the same reason it decided to occupy Iraq with a relatively light force – the hubris, ideology, and highly centralized decisionmaking process that drove the ill-considered decision to go to war in the first place.”²⁷⁸ Welche Auswirkungen diese fehlende Präsenz hatte, wurde genauer in Kapitel 6.3.3. beschrieben. Sogar innerhalb des amerikanischen Militärs gab es Widerstand und Kritik gegen die geringe Truppenstärke. Amerikanische Generäle im Ruhestand hatten sich im April diesen Jahres (2006) mit ihrer Kritik an die Presse gewandt und den verantwortlichen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld öffentlich angeklagt, er habe „wider besseren Rat zu wenig Soldaten in die Wüste geschickt, um nach der Eroberung Bagdads den aufkeimenden Aufstand zu ersticken.“²⁷⁹

Ein besonders für diese Arbeit wichtiges Thema zur Kritik am amerikanischen Einsatz im Irak betrifft die Planung und die Strategie. Eindrucksvoll zeigt sich die Gesamtkritik Larry Diamonds:²⁸⁰

“Instead of preparing for the worst, Pentagon officials assumed that Iraqis would broadly and joyously welcome American and international troops as liberators. With Saddam’s military and security apparatus destroyed, the thinking went, Washington could capitalize on widespread feelings of gratitude and good will to hand the country over to Iraq expatriates like Ahmed Chalabi, who would quickly rally the country to its democratic rebirth. Not only would this require “hundreds of thousands” of U.S. troops, but within a year, only a few tens of thousands would be needed. These naïve assumptions quickly collapsed in the immediate aftermath of the war, as American troops stood by helplessly, outnumbered, and wholly unprepared, while much of the remaining physical, economic, and institutional infrastructure of the country was systematically looted and sabotaged. The initial strategic miscalculation was compounded by the stubborn refusal of the Bush administration to send in more troops once it became apparent that the looting was not a one-time breakdown of social order – that, in fact, an elaborately organized, armed, and financed resistance to the American occupation had emerged. [...]As in

²⁷⁷ Diamond, L. (2006): 174.

²⁷⁸ Diamond, L. (2006): 175.

²⁷⁹ Wernicke, C. (2006).

²⁸⁰ In Junne, G. / Verkoren, W. (2005).

Vietnam, there was always an illusion of an imminent turning point, an unwillingness to grasp the depth of popular disaffection, and an inability to construct a political process that put forward effective and legitimate political leaders from within the country.”²⁸¹

Dieses Zitat zeigt, wie wichtig ein Vorhandensein einer konsistenten und gut geplanten Strategie in einer solchen Postconflict-Situation ist. Je intensiver und detaillierter durchdacht und je mehr alternative Szenarien durchgespielt wurden, desto effizienter fällt auch das Ergebnis aus.

Entsprechend fehlerhaft zeigte sich die amerikanische Strategie im Irak. Die britische Zeitung „The Guardian“ berichtete im März 2006 über einen Katalog von Fehlern der US-Administration im Irak, der in britischen Regierungskreisen kursiert.²⁸² Die aufgeführten Fehler führten, so der Fehlerkatalog, zu der gegenwärtigen Situation von „insurgency and anarchy“.²⁸³ Zu den Fehlern gehören unter anderem das fehlende Interesse der Militärs an der Post-Invasionsphase (namentlich genannt wird General Tommy Franks), das Verspielen der anfänglichen Sympathie der Iraker, die mangelhafte Wiederherstellung notwendiger Infrastruktur (namentlich die Firma Bechtel, zuständig für die Strom- und Wasserversorgung) und die vorschnelle Entlassung minder belasteter Beamter im Zuge der Entbaathifizierung.²⁸⁴

Die Plünderungen in Bagdad, die in den Medien kurz nach dem amerikanischen Sieg über die Armee Saddam Husseins gezeigt wurde, werden von vielen Kritikern als symptomatisch für den Umgang der Amerikaner mit der öffentlichen Sicherheit auf der einen und den irakischen Institutionen und Kulturgütern auf der anderen Seite gesehen. Es wäre wohl gut gewesen, von Beginn an Kontrolle und Sicherheit zu demonstrieren und die Plünderungen zu verhindern.²⁸⁵ Erstens verschwanden hierbei zahlreiche Museumsexponate von unschätzbarem Wert für die gesamte Menschheit und zweitens musste klar sein, dass im Fall der geplünderten öffentlichen Gebäude, die Einrichtung und die Ausrüstung gleichermaßen wieder beschafft werden musste, um dann – zwar umstrukturiert aber mit demselben Equipment – weiter arbeiten zu können. Beklagt wird auch der Verlust wichtiger Dokumente in den irakischen Behörden, deren Fehlen möglicherweise auch Verbrechen des Hussein-Regimes ungesühnt lassen könnten.

²⁸¹ Diamond, L. (2006): 175.

²⁸² MacAskill, E. (2006).

²⁸³ MacAskill, E. (2006).

²⁸⁴ MacAskill, E. (2006).

²⁸⁵ Vergleiche Packer, G. (2005): 195f.

Besonders im Kreuzfeuer der Kritik steht der amerikanische Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld, der - wie eben schon erwähnt - auch aus den Reihen des Militärs angegriffen wird. Rumsfeld war auch für die Auflösung der irakischen Armee im Frühjahr 2003 verantwortlich, was zeitweise ein erhebliches Sicherheitsrisiko gerade für die amerikanischen Soldaten darstellte und als erheblicher „strategischer Fehler“ gilt.²⁸⁶ Der amerikanische Diplomat Richard Holbrooke verlangte in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung im April 2006 eine Änderung der Strategie, aber „an den fehlgeschlagenen Strategien im Irak und in Afghanistan wird sich so lange nichts Wesentliches ändern, wie Rumsfeld im Epizentrum der Befehlshierarchie bleibt. Rumsfelds berühmter „langer Schraubenzieher“, mit dem er gelegentlich an den Schraubchen der Politik dreht, verhindert eine grundlegende Überprüfung der Strategie, wie sie in beiden Kriegszonen notwendig wäre.“²⁸⁷ Schließlich stellt sich der Irak im Hinblick auf die amerikanischen Ziele des Irakkrieges eher als eine selbsterfüllende Prophezeiung dar, denn spätestens jetzt besteht wirklich eine Verbindung zwischen der islamistischen Terrororganisation Al Qaida und dem irakischen Widerstand gegen die Amerikaner. Islamistische Kämpfer treten über die nach wie vor schlecht gesicherten Grenzen Iraks und sorgen im bewaffneten Kampf gegen die amerikanischen Soldaten für entsprechende Verluste, die wiederum den innenpolitischen Druck auf die Bush-Regierung erhöhen, die amerikanischen Truppen abzuziehen oder zu reduzieren. Das Ziel, einen stabilen und demokratischen Irak zu hinterlassen wird zunehmend unrealistischer und die Geduld der irakischen Bevölkerung schwindet.²⁸⁸

Ein Kritikpunkt, der am Schluss noch anzubringen ist, ist die geringe Beteiligung der UN und der zahlreichen NGOs am irakischen Wiederaufbau. Das liegt einerseits an der schwierigen Sicherheitslage und an dem Ausschluss des UN-Sicherheitsrates an der Entscheidung zum Irakkrieg, andererseits aber auch an der fehlenden systematischen Einbeziehung und Koordinierung solcher Strukturen durch die Amerikaner.²⁸⁹ Angesichts der augenscheinlichen Entwicklung, dass Nationbuilding-Operationen in Zukunft zur außenpolitischen Verantwortung der „world’s only superpower“ gehört, scheinen noch viele Schritte der Erkenntnis und des Lernens notwendig, um diese neue Aufgabe bewerkstelligen zu können.²⁹⁰

²⁸⁶ Vergleiche Wernicke, C. (2006).

²⁸⁷ Holbrooke, R. (2006).

²⁸⁸ Vergleiche Fukuyama, F. (2006): 181ff.

²⁸⁹ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 169.

²⁹⁰ Dobbins, J. et al. (2003): 221.

Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Die Zentralisierung der militärischen und der zivilen Seite unter ein einheitliches amerikanisches Kommando im Irak hat zu der eben erwähnten fehlenden Einbeziehung von NGOs und einer fehlenden Lastenverteilung des Nationbuilding geführt.²⁹¹ Auch war zum Zeitpunkt des Endes der Kampfhandlungen noch nicht klar, welche Rolle die UN konkret spielen sollte (dass die UN eine „vital role“ im NachkriegsIrak spielen sollte war bereits geklärt worden).²⁹² Als im Irak schließlich das kleine Team der UN unter der Führung des ehemaligen SRSG in Osttimor, Sergio de Mello, ankam, wurde deutlich, dass die Mitarbeiter der UN viele neue Impulse in das Nationbuilding einbrachten. Unter anderem waren unter den Mitarbeitern auch einige Araber, die sich mit der Region und den lokalen Gegebenheiten gut auskannten.²⁹³ Nach dem Anschlag auf das UN-Gebäude in Bagdad, bei dem unter andern Sergio de Mello ums Leben kam, zog sich die UN etwas zurück. Inzwischen besteht wieder eine systematische Einbindung in den irakischen Wiederaufbauprozess. Seit Sommer 2004 ist der Pakistani Ashraf Jehangir Qazi zum Special Representative für den Irak ernannt.²⁹⁴ Die Einbeziehung arabischer Angestellter würde nicht nur neues Know-how und mehr sprachliches Verständnis in die Strukturen des Wiederaufbaus bringen, sondern auch den Ressentiments und dem gewalttätigen Widerstand gegen die „amerikanischen Imperialisten“ etwas entgegensetzen.²⁹⁵ Sicherlich fühlen sich viele Iraker wohler bei dem Gedanken, dass sich arabische Angestellte um ihre Belange kümmern. Besonders hilfreich wäre auch die Einbeziehung entsprechender NGOs wie beispielsweise dem Red Crescent, dem Roten Halbmond, und die Hilfe anderer arabischer Länder.²⁹⁶

Deutliche Worte findet die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright im Hinblick auf die Verbesserung der Situation im Irak: „Wir sind politisch und militärisch im Irak überdehnt. Helfen würde das Eingeständnis schwerer Fehler und ein Ende des Krieges.“²⁹⁷ Ein weiterer Punkt, der zwar kurzfristig wenig, langfristig aber umso mehr an der Situation ändern könnte ist das Stehen der amerikanischen Soldaten zu ihren eigenen Idealen und moralischen Grundsätzen. In Deutschland hat es den Amerikanern viel Bewunderung der Deutschen eingebracht, sich und seinen Werten auch in einer

²⁹¹ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 195 und Schwartz, E. (2003): 3.

²⁹² Vergleiche auch Dobbins, J. et al. (2003): 167f.

²⁹³ Vergleiche Packer, G. (2005): 213.

²⁹⁴ Vergleiche UN-Homepage vom 19.07.2006.

²⁹⁵ Vergleiche Crane, C. / Terril, A. (2003): vi.

²⁹⁶ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 201.

²⁹⁷ O.V. (2006c): 1.

Kriegssituation treu zu bleiben. Im Irak jedoch häufen sich die Vorwürfe, die Amerikaner würden sich nicht korrekt verhalten und bringt ihnen so die Missgunst der Iraker ein.

6.4. Das amerikanische Demokratisierungskonzept für den Irak

Die amerikanischen Planungen für den Irak nach dem Krieg begannen erst im Frühjahr 2002, verglichen mit den Planungen für den Krieg selbst sehr spät. Exiliraker mit entsprechenden Fähigkeiten und Erfahrungen wurden vom Bureau of Near Eastern Affairs eingeladen, um über die Nachkriegssituation zu beratschlagen.²⁹⁸ Das Komitee der Exiliraker veröffentlichte nach seiner Konferenz in London 2002 das Dokument „Report on the Transition to Democracy in Iraq“. In diesem Dokument wird die Schaffung einer Demokratie recht unkonkret unterstützt und Analysen zu den unterschiedlichen Politikbereichen abgegeben. Das Dokument wurde aber niemals offiziell diskutiert. Die ursprüngliche Planung der Amerikaner sah so aus, dass die Gruppe der Exiliraker zunächst eine irakische Übergangsregierung im Exil bildet, die dann gleich nach dem Ende der Kampfhandlungen die Interimsregierung stellen sollte.²⁹⁹ Die Regierung Bush erwartete zudem einen sehr kurzen Krieg und einen schnellen Übergang zu einem Irak ohne Saddam Hussein.³⁰⁰ Dass dies nicht der Fall war und sich die amerikanischen Militärs besonders schwer taten im Übergang zu einer zivilen Verwaltung, stellte sich erst an Ort und Stelle heraus (Anzeichen dafür sind beispielsweise die Plünderungen der Museen und Ministerien und eine Phase der Rechtlosigkeit und Anarchie direkt nach dem Einmarsch - oder auch Durchmarsch - der amerikanischen Truppen hinter der Frontlinie). Im Gespräch mit den Exilirakern über deren Befürchtungen für die unmittelbare Phase nach dem Krieg fragte Präsident Bush seine spätere Außenministerin Rice „A humanitarian army is going to follow our army into Iraq, right?“ was Rice unverständlichlicherweise bestätigte.³⁰¹

Neben den Planungen der Exiliraker gab es auch sicherlich Planungen in den Ministerien, vor allem im Kompetenzwirrwarr zwischen dem Verteidigungs- und dem Außenministerium. ORHA, angesiedelt im Verteidigungsministerium und der institutionelle Vorläufer der CPA, hatte ein einziges Strategiepapier herausgegeben („A

²⁹⁸ Vergleiche Packer, G. (2005): 66.

²⁹⁹ Vergleiche Packer, G. (2005): 80, 96.

³⁰⁰ Vergleiche Fukuyama, F. (2006): 3.

³⁰¹ Packer, G. (2005): 111.

Unified Mission Plan for Post-Hostilities Iraq”,³⁰² was jedoch nie formal in Washington angenommen worden war. Nicht einmal die Mitarbeiter von ORHA erhielten Strategieweisungen.³⁰³ Es existierte kein formeller, offizieller amerikanischer „Masterplan“ über den Nachkriegsirak. Mitarbeiter von USAID, die kurz nach dem Ende der Kampfhandlungen in den Irak einreisen wollten, stellten entsetzt die Abwesenheit eines Planes fest: „What happened to the plan? [...] There was planning – I know there was. I saw it, I took part at it.”³⁰⁴ Es hatte wohl in der amerikanischen Regierung (und namentlich unter den Verantwortlichen Rumsfeld, Wolfowitz und Feith) die Annahme geherrscht, nach einem schnellen militärischen Sieg der Amerikaner können diese die Interimsregierung aus besagten Exilirakern einsetzen und die Truppen größtenteils wieder abziehen. Es hatte also scheinbar keiner angenommen, man müsse sich tatsächlich mit den Problemen des Wiederaufbaus im Irak auseinandersetzen.³⁰⁵ George Packer beschreibt die Überraschung sehr anschaulich: “when Army commanders realized in late May that they would have to stay on in Iraq and looked around for a postwar plan, the response “was silence. There was no Phase IV plan.”^{306 307}

Schlussendlich möchte ich an dieser Stelle den amerikanischen Botschafter in Bagdad, Zalmay Khalilzad, zu Wort kommen lassen. In einem Spiegel-Interview gestand er ein: „Wir haben schon bei der Planung schreckliche Fehler gemacht“.³⁰⁸

Im Frühsommer 2003 wurde deutlich, dass die amerikanischen Planer die Konzepte für den Nachkriegsirak sehr vernachlässigt hatten und für die Aufgaben unzureichend vorbereitet waren.³⁰⁹ Die Vorstellung eines schnellen militärischen Sieges, der Einsetzung einer Interimsregierung aus Exilirakern und der zügige Truppenabzug hatte in den Köpfen der amerikanischen Strategen vorgeherrscht: „Plan A was that the Iraqi government would be quickly decapitated, security would be turned over to remnants of

³⁰² Dokumentiert in Packer, G. (2005).

³⁰³ Vergleiche Packer, G. (2005): 132.

³⁰⁴ Packer, G. (2005): 135.

³⁰⁵ Zitat eines Mitarbeiters des amerikanischen Verteidigungsministeriums: „Their plan was to turn it over to these exiles very quickly and let them deal with the messes that came up. Garner was a fall guy for a bad strategy. He was doing exactly what Rummy wanted him to do. It was the strategy that failed.” (Packer, G. (2005): 147).

³⁰⁶ Packer, G. (2005): 147.

³⁰⁷ Phase IV bedeutet die Phase der Nachkriegsoperation: „Phase I (the buildup of troops in the region), Phase II (initial, mostly covert operations), [...] Phase III (main air and ground assaults) [...] Phase IV (postwar operations)“ (Packer, G. (2005): 119).

³⁰⁸ Khalilzad, Z. (2006): 113.

³⁰⁹ Vergleiche Packer, G. (2005): 126 und 119.

the Iraqi police and army, international troops would soon arrive, and most American forces would leave within a few month. There was no Plan B.”³¹⁰

Letztlich muss festgestellt werden, dass zwar zahlreiche Strategiepapiere und Empfehlungen im Umlauf waren, dennoch keines als das Nachkriegskonzept für Irak übernommen wurde. Dennoch herrschte weitgehend unausgesprochene Einigkeit über die Richtlinien der amerikanischen Nachkriegspolitik im Irak. Die Nachkriegsstrategie der Amerikaner bestand also größtenteils nicht aus detaillierten Vorgaben, sondern aus politischen Richtlinien: „The idea that we had a rigid plan for the political transition is a mistake [...] We developed concepts, policy guidelines – for example, organize as much authority as possible in Iraqi hands. That is a policy guideline. But as for specific names and timetables and rules, nobody presumed to dictate that, because you can’t possibly know that. That’s like trying to tell a local commander in advance of the battle exactly how many people to put where as fighting proceeds. Nobody can work with a plan that rigid. Nobody here in Washington is micromanaging.” Diese Worte stammen von Douglas Feith, dem derzeitigen Undersecretary of Defense for Policy.³¹¹

Nur wenige Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in den Irak wurden die betroffenen Verantwortungsträger einschließlich des Präsidenten über einige wichtige Aktionspunkte im Nachkriegsirak informiert (beispielsweise eine Entbaathifizierung des öffentlichen Dienstes um die obersten 1 % der Baath-Parteimitglieder, der Einsatz der irakischen Armee in Arbeitsprojekten), warum diese Richtlinien nicht umgesetzt wurden ist unbekannt.³¹² Es wurde immer deutlicher, dass die amerikanische Planung versagt hatte, die Militärs und die zivilen Mitarbeiter am irakischen Wiederaufbau und Nationbuilding sehr schlecht auf die vielfältigen Probleme und Aufgabenstellungen vorbereitet waren. Zurückgeführt werden kann diese folgenschwere Fehlplanung auf eine zu optimistische Annahme der Gegebenheiten in Irak und auf eine Unterschätzung des Nationbuilding-Projektes in einem Land mit jahrzehntelanger Erfahrung mit einem restriktiven politischen System. Ein großer Anteil der Kritik an der fehlenden Vorbereitung fällt auf die Aufgabenverteilung der Nachkriegsplanung an das Verteidigungsministerium unter Donald Rumsfeld zurück.³¹³ Letztlich hatte das Verteidigungsministerium seit Ende der Besatzungszeit in Deutschland und Japan keine vergleichbare Aufgabe mehr. Dieser Umstand deutet aber

³¹⁰ Packer, G. (2005): 118.

³¹¹ Packer, G. (2005): 127.

³¹² Vergleiche Packer, G. (2005): 128f.

³¹³ Vergleiche Mendelson Forman, J. (2006): 199f.

auch darauf hin, dass sich die in dieser Arbeit aufgestellte Hypothese insofern unterstützen lässt, als dass es möglich wäre, dass die Institution in die alten Verhaltensmuster zurückfällt und den Wiederaufbau des Irak ähnlich handhaben könnte wie die entsprechenden Fälle in Deutschland und Japan.

Die „National Strategy for Victory in Iraq“, herausgegeben vom National Security Council stellt wohl das einzige offizielle amerikanische Strategiepapier dar, allerdings etwa drei Jahre zu spät. Veröffentlicht wurde das Dokument im November 2005 wobei es die Bemerkung enthält: „The following document articulates the broad strategy the President set forth in 2003 and provides an update on our progress as well as the challenges remaining.“³¹⁴ Dieser Vermerk deutet darauf hin, dass die Strategy in der Linie einer breiteren Strategie liegt. Das sehr umfangreiche und ausführliche Dokument ist letztlich nichts anderes als der vermisste verspätete Masterplan für den Irak: “Our strategy involves three integrated tracks – political, security, and economic – each with separate objectives, but together helping Iraqis to defeat the terrorists, Saddamists, and rejectionists, and secure a new democratic state in Iraq.”³¹⁵ Diese multidimensionale Ausrichtung spiegelt sich auch in den acht Säulen der Strategie wider: „To organize these efforts, we have broken down our political/security/economic strategy into eight pillars or strategic objectives:

1. Defeat the Terrorists and Neutralize the Insurgency
2. Transition Iraq to Security Self-Reliance
3. Help Iraqis Form a National Compact for Democratic Government
4. Help Iraq Build Government Capacity and Provide Essential Services
5. Help Iraq Strengthen its Economy
6. Help Iraq Strengthen the Rule of Law and Promote Civil Rights
7. Increase International Support for Iraq
8. Strengthen Public Understanding of Coalition Efforts and Public Isolation of the Insurgents“.³¹⁶

An diesen Punkten orientieren sich auch die wöchentlichen Berichte aus dem Irak, die auf der Seite <http://www.state.gov> einsehbar sind.

Doch ob zu dem Zeitpunkt an dem eine detaillierte Strategie wirklich gebraucht wurde eine solche vorhanden war, ist fraglich. Die Verantwortlichen widersprechen sich in

³¹⁴ O.V. (2005c): 1.

³¹⁵ O.V. (2005c): 8.

³¹⁶ O.V. (2005c): 25, die acht Säulen finden sich auch ausführlicher im Anhang.

dieser Hinsicht. Das mag daran liegen, dass viele die Policy-Richtlinien der Bush-Administration für einen Plan oder zumindest eine Strategie halten, wohingegen vielen anderen die Guidelines nicht ausreichend erscheinen, um einen Wiederaufbau zu realisieren. Die Policy-Richtlinien entsprechen wohl ungefähr dem Fünf-Punkte-Plan des Präsidenten (der ein inhaltlicher Vorläufer der konkreteren, im November 2005 erschienenen „National Strategy for Victory in Iraq“ war³¹⁷). Im Frühjahr 2004 sahen die Richtlinien sinngemäß so aus:

1. Transfer der Souveränität auf eine irakische Regierung
2. Stabilität und Sicherheit schaffen
3. Wiederaufbau der Infrastruktur
4. Internationale Unterstützung erreichen
5. Wahlen und eine irakische Verfassung voranbringen.³¹⁸

Den Beteiligten im Irak schienen die Richtlinien ihrer Vorgesetzten nicht auszureichen oder zu spät zu kommen, denn ein Bericht der Dritten Infanteriedivision enthielt unter anderem die folgenden Sätze: „Higher headquarters did not provide the Third Infantry Division (Mechanized) with a plan for Phase IV. As a result, Third Infantry Division transitioned into Phase IV in the absence of guidance.” Und “late formation of Department of Defense [Phase IV] organizations limited time available for the development of detailed plans and pre-deployment coordination.”³¹⁹ Sogar der Gesandte Tony Blairs, John Sawers, notierte sich am 11. Mai 2003 in Bagdad folgende Bemerkung zur amerikanischen Verwaltung im Irak: “No leadership, no strategy, no coordination, no structure and inaccessible to ordinary Iraqis.”³²⁰ Bereits vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen 2003 veröffentlichte eine Task Force aus renommierten Wissenschaftlern einen Report mit dem Wortlaut: „However, U.S. officials have yet fully to describe to Congress and the American people the magnitude of the resources that will be required to meet post-conflict needs. Nor have they outlined in detail their perspectives on the structure of post-conflict governance – and in particular, the roles of other governments, international organizations, and Iraqis themselves in civil administration, economic reconstruction, and the political transition to a new Iraqi government.”³²¹ Auch innerhalb des amerikanischen Militärs gab es offenbar verschiedene Ansichten bezüglich der Existenz eines Planes für die Phase IV.

³¹⁷ O.V. (2005c).

³¹⁸ Vergleiche Bush, G. (2004b).

³¹⁹ O’Hanlon, M. (2004).

³²⁰ MacAskill, E. (2006).

³²¹ Schwartz, E. (2003): 9.

General Franks, der Oberste Befehlshaber der amerikanischen Truppen im Irak, spricht in seinen Memoiren „American Soldier“ ganz selbstverständlich von dem Plan und seiner mühsamen Ausarbeitung. Am Ende bemerkt er: „I was confident in the Phase IV plan.“³²² Im Gegensatz hierzu äußerte sich Maj. Isaiah Wilson III, offizieller Historiker und Strategie im Irakkrieg, in einem unveröffentlichten Artikel: „There was no Phase IV plan“ und bemerkt ausdrücklich, dass kein Strategiepapier oder ein verbindliches Dokument über das Vorgehen nach dem Ende der Kriegshandlungen existiert hatte.³²³

Wie bereits früher in dieser Arbeit erwähnt, legt die Unsicherheit und Planlosigkeit der amerikanischen Verantwortlichen in der Nachkriegssituation im Irak den Schluss nahe, dass sich das Modell des deutschen Wiederaufbaus den Beteiligten förmlich aufgedrängt hatte. Und so zog die amerikanische Administration das Modell Deutschlands und Japans der 40er Jahre den multilateralen Erfahrungen auf dem Gebiet in den 90ern vor.³²⁴ Die Entscheidung fiel damit zugunsten eines eher unilateralen und einfacher gestrickten Modells. Dem entspricht auch die institutionelle Ansiedlung der Nachkriegsorganisation innerhalb des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Die letzten ähnlichen Missionen hatte das Verteidigungsministerium mit Deutschland und Japan, seitdem wurden diese Aufgaben immer dem Außenministerium und USAID unterstellt (beispielsweise die amerikanische Beteiligung an der Postconflict Reconstruction in Somalia, Haiti, Bosnien, Kosovo und Afghanistan). Entsprechend unvorbereitet und unerfahren zeigten sich auch die Mitarbeiter, die mit der Postconflict-Reconstruction im Irak betraut waren. Die Kompetenzen der erfahreneren Instanzen wurden so gut wie gar nicht genutzt und alle Aufgaben im Verteidigungsministerium zentralisiert.³²⁵ Für diesen Schritt der amerikanischen Administration findet James Dobbins gute Gründe: „This calculation was exhibited in the administration’s choice of the German and Japanese occupations as reference points in designing its Nationbuilding mission in Iraq. From the administration’s standpoint, Germany and Japan held several attractions. These Nationbuilding operations were on a larger scale than any of those in the 1990s. They were more unambiguously successful than even the best-managed of the post-Cold War missions. Finally, these more distant models were free of the controversies that had surrounded the 1990s interventions, which leading figures in the Bush administration had criticized so severely while in opposition. Rather

³²² Ricks, T. (2004).

³²³ Ricks, T. (2004).

³²⁴ Vergleiche Dobbins, J. (2006): 226.

³²⁵ Vergleiche Dobbins, J. (2006): 226.

in conveniently, however, Iraq, as a candidate for nation-building, more resembled Yugoslavia in 1996 than Germany or Japan in 1945. Both Germany and Japan possessed highly homogenous societies and first-world economies, and both had been thoroughly defeated and had formally surrendered.”³²⁶ Doch auch gerade in dieser Konsequenz, die Irakmission wie die deutsche oder die japanische zu handhaben, wird das Vorgehen der amerikanischen Beteiligten kritisiert und die Strategie für das Scheitern der Mission verantwortlich gemacht: „If the failure to prepare adequately for the public security mission in the conventional battle’s aftermath was the initial misstep, the decision to structure the postconflict phase as a military occupation was the second. American strategy for Nationbuilding in Iraq was fundamentally shaped by the decision to conduct this mission under the laws of armed conflict, rather than as a “peace enforcement” action under the U.N. Charter. This decision reflected the American administration’s emphasis on unity of command over broad participation, on undivided authority over extensive burden sharing, and on American control over international legitimacy.”³²⁷

³²⁶ Dobbins, J. (2006): 225.

³²⁷ Dobbins, J. (2006): 223f.

Kapitel 7: Zusammenführung und Vergleich der Fälle

In diesem Kapitel sollen die Erkenntnisse der Fallanalysen vergleichend bewertet werden. Die direkten Fallvergleiche finden in der Kapiteln „Gemeinsamkeiten der Fälle“ und „Unterschiede der Fälle“ statt. Entsprechend vergleiche ich die jeweils angewandten Konzepte auf dieselbe Weise mit den Kapiteln „Gemeinsamkeiten der Konzepte“ und „Unterschiede der Konzepte“.

7.1. One Size fits all?

Die Frage nach dem einen erfolgreichen Masterplan für Postconflict-Situationen stellt sich nicht zum ersten Mal. Im Falle der UN-Missionen gibt es nach oder auch schon während des Einsatzes eine „Lessons Learned“-Analyse. Und dem aufmerksamen Beobachter scheint es so, dass die Praxis der UN-Missionen in jeder neuen Mission die Erfahrungen der vergangenen Missionen auszuwerten und zu verbessern sucht. Man scheint offenbar von allgemeingültigen Regeln noch weit entfernt zu sein und die Missionen zeigen zudem sehr unterschiedliche Erfolgsgeschichten (selbst der so oft als vorbildlich gelobte Fall Osttimors ist erst in jüngster Zeit wieder durch große Rückschläge aufgefallen). Eines der Erfolgsrezepte der UN scheint zu sein, sich möglichst individuell und umfassend auf jede Mission, auf jedes Land vorzubereiten und einerseits möglichst viele Einheimische zu konsultieren und in den Planungsprozess zu involvieren, andererseits aber auch so viele beteiligte Menschen wie möglich an einer Verbesserung der Situation im Land partizipieren zu lassen und ihnen durch die Mitgestaltung Ownership für die neuen Verhältnisse zu vermitteln. Der aktuelle Fall des Irak scheint eine ganz andere Wendung zu nehmen oder bereits genommen zu haben. Schließlich setzen die USA hier scheinbar relativ unverändert auf ein Konzept, dass vor 60 Jahren einmal erfolgreich war. Unbeeindruckt von den Erfahrungen ihrer eigenen Institutionen und denen der UN, starteten die USA im Irak mit einem zweifelhaften unilateralen und zentralistischen Modell. Aber die Erfahrungen aus Deutschland waren noch immer in den Köpfen der US-Administration präsent als ein unglaublich erfolgreiches, vielleicht das erfolgreichste Konzept jemals, in einer Postconflict-Situation. Möglicherweise findet eine politische Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik hin zu einer eher unilateral und von der UN unabhängigen Politik statt. Einige Entscheidungen deuteten in den letzten Jahren diese Entwicklung an. Vielleicht hielten einige der Neokonservativen das deutsche Konzept für wiederholungsfähig. Eigentlich musste allen Beteiligten klar sein, dass der Fall

Deutschland einfach zu lange her ist, um noch ein vernünftiges Vorbild darzustellen. Einige Voraussetzungen waren in Deutschland ganz andere als die im Irak, wie noch in den nächsten Kapiteln ausführlicher gezeigt werden wird.³²⁸

Die Verantwortlichen der amerikanischen Administration bestreiten die Existenz eines einzigen Masterplanes als universelle Lösung aller Postconflict-Situationen, wie Rumsfeld in einer Rede im Mai 2003 feststellt: „Wir haben uns verpflichtet, dem irakischen Volk auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft behilflich zu sein. Wir haben kein amerikanisches "Patentrezept", das wir aufzwingen wollen. Die Iraker werden herausfinden, wie man eine freie Nation in einer solchen Weise aufbaut, dass sie ihre einzigartige Kultur und ihre einzigartigen Traditionen widerspiegelt.“³²⁹

7.2. Gemeinsamkeiten der Fälle

Gemeinsam haben die Fälle Deutschland und Irak einiges. Zum ersten waren sich die Regimes von Adolf Hitler und Saddam Hussein in mancher Hinsicht recht ähnlich. In beiden Fällen handelte es sich (in unterschiedlichen Dimensionen) um totalitäre Diktaturen mit einem autoritären Charakter, geprägt von einer aggressiven und expansionistischen Kriegspolitik. Beide Regime wurden von einer Einheitspartei kontrolliert, die alle Bereiche der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik durchdrungen hatte. Oft wurden die Massenmorde an Kurden und Schiiten mit der systematischen Ermordung der Juden in Deutschland verglichen. Den Deutschen wurde damals, ebenso wie den Irakern später, die Fähigkeit zur Demokratie aufgrund ihrer Kultur abgesprochen. Deutschland war zu autoritär geprägt, Irak vom Islam, der angeblich naturgemäß zu Zentralismus und Autoritarismus strebt.³³⁰ Ein gewisser Zusammenhang mit dem amerikanischen Verständnis von Freiheit und Demokratie bietet sich an dieser Stelle an. Nämlich der Glaube in der Tradition des amerikanischen Demokratieverständnisses, dass alle Menschen frei und gleich sind und einen unerschütterlichen Drang dazu haben, in Freiheit zu leben.³³¹

³²⁸ Zu beiden Punkten vergleiche Dobbins, J. (2006): S 220.

³²⁹ Rumsfeld, D. (2003).

³³⁰ Vergleiche auch Fürtig, H. (2003): 20 und Rede Bush 2003 (Bush, G. (2003): “There was a time when many said that the cultures of Japan and Germany were incapable of sustaining democratic values. Well, they were wrong. Some say the same of Iraq today. They are mistaken. The nation of Iraq -- with its proud heritage, abundant resources and skilled and educated people -- is fully capable of moving toward democracy and living in freedom.”

³³¹ Vergleiche damit auch eine Grundannahme der „National Strategy for Victory in Iraq“: „First, like people in all parts of the world, from all cultures and religions, when

Der gesamte Charakter der Besatzung war in Deutschland und im Irak sehr ähnlich. Das bereits angesprochene Problem, ob der Zweck die Mittel heiligen kann, beziehungsweise ob ein demokratisches und pluralistisches System durch eine Besatzung entstehen kann, war auch in beiden Fällen akut. Die Militärverwaltung, organisiert in einem unilateralen, zentralistischen und allumfassenden Modell der Besatzung und Kontrolle, zieht sich parallel durch beide Fälle des Nationbuildings. In Deutschland wie auch im Irak wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, dass die amerikanische Besatzung die Bildung von grassroots, von Graswurzeln, also urdemokratischen Organisationen, verhindert hatte und stattdessen eher auf eine Rehabilitierung des alten Parteiensystems (in Deutschland) beziehungsweise auf eine Konsolidierung der ethnisch-religiösen Gruppierungen (im Irak) gesetzt hatte. Die zentralistische Organisation der Besatzung führte auch dazu, dass der jeweilige Chef der Militärverwaltung entsprechend wichtig für den Verlauf des Nationbuildings war. Lucius Clay (in Deutschland) und Paul Bremer (im Irak) standen also auch jeweils als Person im Mittelpunkt der Besatzungen und prägten die Prozesse entsprechend stark.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass beide Länder föderal strukturiert sein sollten. Im Irak war die Einführung des Föderalismus schon aufgrund der Teilung der Gesellschaft in verschiedene ethnische oder religiöse Gruppen sehr wichtig, um einerseits den jeweiligen Gruppen in nationalen Entscheidungen eine Art Vetorecht zu sichern und andererseits um eine gewisse Eigenständigkeit durch die regionalen Autonomien zu gewähren.

Eine interessante, auch sprachliche Parallele zwischen der Entwicklung in Deutschland und im Irak ist die Entmachtung der Parteistrukturen der vorigen Regimes. Im Falle Deutschlands die Entnazifizierung, im Falle des Iraks die Entbaathifizierung. Die Ziele waren in beiden Fällen dieselben, die Vorgehensweise stimmte teilweise überein und sogar die Fehler wurden wiederholt. Man startete in beiden Fällen mit großem Engagement und entfernte die parteilich involvierten Personen aus ihren Ämtern. Ebenso wie in Deutschland schoss man zu Beginn etwas über das Ziel hinaus und revidierte die Entscheidungen und die Entlassungen teilweise. Vor allem Personen, die keine beruflichen Schlüsselpositionen innehatten oder sich nicht entscheidend an den Verbrechen des vorigen Regimes beteiligt hatten („Mitläufer“) wurden rehabilitiert. Der Wiederaufbau und die Reintegration der Menschen waren durch die vorigen

given the opportunity, the Iraqi people prefer to live in freedom rather than under tyranny.” (o.V. (2005c): 14).

Massenentlassungen so behindert worden, dass es nicht möglich gewesen wäre, sie weiter gesellschaftlich auszuschließen. Und genau wie in Deutschland traf die junge Regierung auch im Irak die Entscheidung, nochmals einem großen Teil der Betroffenen eine Amnestie zu gewähren. Ebenso wie die Regierung Adenauer reagierte die Regierung al-Maliki auf den gesellschaftlichen Druck, die ehemaligen Parteimitglieder wieder zu integrieren. Ob diese Entscheidung auch im Irak in einigen Jahren oder Jahrzehnten Protestpotenzial für eine gesellschaftliche Bewegung wie die der 68er in Deutschland bietet, bleibt abzuwarten.

Hinter dieser und anderen Entscheidungen verbirgt sich eine weitere interessante Parallele zwischen Deutschland und dem Irak, nämlich die weltpolitische Situation. Der Wiederaufbau Deutschlands und vor allem die weitere Entwicklung Westdeutschlands in Bezug auf die Westintegration, die Wiederbewaffnung und die Wirtschaftsförderung (und auch der wachsende Antikommunismus, der etwas von der Entnazifizierung ablenkte), waren Ergebnisse der neuen weltpolitischen Entwicklung des sich anbahnenden Kalten Krieges. Die Nachkriegs- und Wiederaufbaupolitik wurden zunehmend davon geprägt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich der islamistische Terrorismus als die neue außenpolitische Herausforderung für die USA des neuen Jahrhunderts etabliert. Und entsprechend kann auch der Einfluss der Bedrohungslage durch den Terrorismus auf den Irak festgestellt werden. Das größte Problem im Irak, die schwierige Sicherheitslage, ist auch dem islamistischen Terror zuzuschreiben. Insofern ist die Bereitstellung einer schlagkräftigen und effektiven irakischen Armee die oberste Priorität der USA, nicht zuletzt weil dann deren Truppenabzug ermöglicht würde (eine Art „Wiederbewaffnung“?). Auch zugunsten einer solchen Armee wurde bei der Entbaathifizierung das ein oder andere Auge zugeedrückt.

7.3. Gemeinsamkeiten der Konzepte

Gemein hatten die Konzepte Deutschlands und des Irak, wie eben erwähnt, die Grundstruktur der Besatzung zum Zwecke des Wiederaufbaus und des Nationbuildings. Insofern unterscheiden sich auch, wie bereits erwähnt, alle anderen Fälle des Nationbuildings die zeitlich zwischen Deutschland und Irak liegen. Und Bremer selbst bestätigt diese Ansicht, denn George Packer schreibt in seinem Buch „The Assassins’ Gate“³³² über Bremer: „He stood up, went over to his desk, and brought back some of

³³² Packer, G. (2005).

the studies of postwar reconstruction that he was reading when he had time. “What I tried to do was study the relevant sort of reconstruction examples, of which there are four or five. There’s Japan and Germany after the war. There’s Bosnia, Kosovo. To some extent Afghanistan. And of those, the ones that are probably most relevant are Germany and Japan because they involved a war followed by a physical military occupation of those countries.”³³³ Die Ansiedlung der irakischen Übergangsregierung im amerikanischen Verteidigungsministerium deutet ebenfalls darauf hin, dass die konzeptionelle Nähe zu den Besatzungsregimen in Deutschland und Japan gesucht wird. Ganz im Gegensatz zum Beispiel zu den jüngeren Nationbuilding-Projekten, die im amerikanischen Außenministerium angesiedelt waren. Eine weitere Gemeinsamkeit der Konzepte ist auch der Zentralismus auf militärischer Seite. Denn weder in Deutschland noch in Japan erwogen die Koalitionstruppen eine Einbeziehung der Opposition im Land oder gar in der jeweiligen Armee (beispielsweise ganz im Gegensatz zu Afghanistan, wo man militärisch stark mit der Nordallianz kooperierte). Das Regime sollte gestürzt, die bestehende Armee zerstört werden um danach ein zentralisiertes Wiederaufbauprojekt mit einer Übergangsregierung praktisch „von Amerikas Gnaden“ einzusetzen.

Das große, übergeordnete Ziel ist in ebenfalls identisch, denn wie Bremer in einer Rede im Sommer 2003 verkündet: „Ist unsere Arbeit erst einmal beendet, wird die Belohnung groß sein: ein freier, demokratischer und unabhängiger Irak, der keine Bedrohung seiner Nachbarn oder der Welt, sondern ein Symbol für Freiheit und Gerechtigkeit ist.“³³⁴ Die Wortwahl erinnert doch sehr an die Situation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Ebenso das formale Konzept der Amerikaner für den Irak, die „National Strategy for Victory in Iraq“ (von Ende 2005). Absolut austauschbar sind diese strategischen Ziele des Wiederaufbaus und des Nationbuilding mit dem Beispiel der Besatzung Deutschlands.

Da dieses formale Konzept leider etwas spät kam, soll hier noch ein wichtiger Punkt der Gemeinsamkeit angeführt werden: der Planungsverlauf beider Nationbuilding-Missionen. Letztlich hatten die amerikanischen Verantwortlichen in beiden Fällen keine besonders gute strategische Hilfestellung durch die Planung. In Deutschland entwickelte sich die Situation ganz anders als gedacht und man musste mit unsinnig erscheinenden Restriktionen (beispielsweise die Non-Fraternization) umgehen. Im Irak stand von

³³³ Packer, G. (2005): 197.

³³⁴ Bremer, P. (2003).

vornherein kein Konzept fest, weshalb die CPA improvisieren musste. Letztlich mussten die amerikanischen Militärverwaltungen in Deutschland wie im Irak ad hoc Entscheidungen treffen, Konzepte entwickeln und Zeitpläne einrichten. Diese ständige Anpassung des Planungsverlaufes fand in beiden Fällen statt. Eine etwas problematische konzeptionelle Parallele des Wiederaufbaus in Deutschland und im Irak ist die mangelhafte Partizipation der Bevölkerung am Transformations- und Nationbuilding-Prozess. In den jüngeren Nationbuilding-Projekten unter der Leitung der UN hatte sich die größtmögliche Beteiligung der lokalen Bevölkerung bewährt, wieso im Fall des Irak diese Erfahrungen unberücksichtigt blieben, bleibt offen. In Deutschland hatte sich die Intelligenzija in der Nachkriegszeit immer mehr von der Bevormundung der Alliierten emanzipiert und traute sich wieder, eigene Konzepte vorzustellen und auch durchzusetzen. Die fehlende Einbeziehung hatte in Deutschland eher zu einem sanften Widerstand der Intellektuellen und der Politiker geführt. Im Irak jedoch hatte sie zum Ergebnis, dass sich die Menschen schwer mit den neuen politischen Gegebenheiten identifizieren können und immer noch oft das Gefühl haben, es nicht mit ihren eigenen, sondern mit amerikanischen Strukturen zu tun haben.

7.4. Unterschiede der Fälle

Die Handhabung des irakischen Wiederaufbaus, ähnlich wie der deutsche Wiederaufbau, wurde nicht von allen Beteiligten positiv gesehen. Obwohl sich die Fälle Deutschland und Irak ähnlich sind, bestehen dennoch auch Unterschiede, die über den Erfolg oder den Misserfolg der Mission entscheiden können. Ghassan Salamé, der oberste UN-Gesandte für den Irak etwa, sieht den Vergleich zu Deutschland eher skeptisch: „When I listen to Mr. Wolfowitz, I feel that he mistakes Bagdad for Berlin in 1945. He doesn't know the place.“³³⁵ Ein Unterschied zwischen Deutschland und dem Irak ist etwa, dass die Menschen im Irak nicht wie die Deutschen vor einem ausgebombten Land standen und dieses aus den Trümmern wieder aufbauen mussten. Die Iraker hatten dagegen eine größere Zeitspanne unter einer Diktatur leiden müssen.³³⁶ In Deutschland existierte zudem ein riesiges Flüchtlingsproblem, das im Irak glücklicherweise ausgeblieben ist. Da viele Deutsche aus den zurückeroberten Ostgebieten fliehen mussten, vor der vorrückenden Front zurückwichen oder aus den zerbombten Städten geflohen waren, war das ganze Land auf Jahre hinaus in ein Flüchtlingschaos gestürzt. Interessanterweise gaben die deutschen Verwaltungen ein

³³⁵ Packer, G. (2005): 214.

³³⁶ Vergleiche Rumsfeld, D. (2003).

ganz anderes Bild ab, denn im Gegensatz zu der zerstörten staatlichen Infrastruktur im Irak überlebten die Institutionen in Deutschland die Diktatur sowie den Krieg zwar geschwächt aber dennoch existent und strukturell intakt.³³⁷ In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an einen, an der Universität Konstanz oft gehörten Satz: „Politik vergeht, Verwaltung besteht“. Letztlich hatten die Alliierten im besetzten Deutschland lange nicht so viel Statebuilding betreiben müssen wie es heute im Irak nötig ist, denn in Deutschland überlebte die staatliche Bürokratie die politischen Wirren weitgehend und verhielt sich sogar eher reaktionär (beispielsweise in Bezug auf die Entfernung ehemaliger NSDAP-Mitglieder aus dem Amt, die Praxis konterkarierte oft die Bemühungen der Amerikaner). Ein entscheidender Unterschied zwischen Deutschland und dem Irak besteht also vor allem darin, dass Deutschland bereits vor dem Einmarsch der Amerikaner ein politisch vergleichsweise hoch entwickeltes Land war und bereits in der Weimarer Republik erste Erfahrungen mit der Demokratie sammeln konnte.³³⁸ Zu erwähnen ist auch, dass die Deutschen im Gegensatz zu den Irakern notgedrungen auch eine größere Kooperationsbereitschaft zeigen mussten. Schließlich war die einzige Alternative in der wachsenden Konfrontation der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, sich für eine zu entscheiden.³³⁹ Deutschland verfügte im Vergleich zum Irak eindeutig über eine größere Anzahl strategiefähiger Akteure, die früh in Erscheinung traten und entscheidend auf eine Einbeziehung in den Wiederaufbauprozess bestanden. Die Sicht auf die amerikanische Kultur seitens der Deutschen und Iraker war und ist wahrscheinlich auch eine ganz unterschiedliche. Immerhin hatten Deutsche und Amerikaner zumindest (meistens) dieselbe Religion und damit schon einmal einen wichtigen kulturellen Bezugsrahmen, in dem sie sich ähnelten und kommunizieren konnten. Im Gegensatz dazu, vor allem wenn man den Ideen Samuel Huntingtons³⁴⁰ Glauben schenkt, sind die Differenzen zwischen Christen und Moslems, zwischen der westlichen und der arabischen Welt praktisch kaum zu überbrücken und Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten nicht zu vermeiden. Die unterschiedliche Wahrnehmung der amerikanischen Soldaten in einem Fall meistens als Befreier, im anderen Fall überwiegend als Besatzer, stellte die Weichen für das zukünftige Verhältnis zwischen den Amerikanern und den Deutschen

³³⁷ Vergleiche auch Fukuyama, F. (2006a): 4 und 6.

³³⁸ Vergleiche Fukuyama, F. (2006): 132.

³³⁹ Vergleiche Bremer, P. (2006): 37, Bremer: Deutsche hatten ein „strong motive to cooperate with us“ (S. 37).

³⁴⁰ Huntington, S. (1993).

beziehungsweise den Irakern. Die Anziehungskraft der amerikanischen Kultur³⁴¹ war in Deutschland nach dem Weltkrieg viel verbreiteter als im Irak nach dem Krieg, was entscheidend zur Gesamtwahrnehmung der Amerikaner im eigenen Land beitragen konnte und das Verhältnis zwischen Besatzer und Besetzten grundlegend bestimmt und bestimmen konnte.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Deutschland und dem Irak ist, dass die deutsche Gesellschaft überwiegend homogen ist, die irakische Gesellschaft jedoch aus mehreren Ethnien und religiösen Gemeinschaften besteht. Zudem existieren im Irak, nicht zuletzt durch die Retribalisierungspolitik Saddam Husseins, Stammesstrukturen, die für Außenstehende recht undurchsichtig sind. Dadurch dass die sunnitische Minderheit jahrzehntelang über die schiitische Mehrheit geherrscht und die kurdische Minderheit absolut marginalisiert und verfolgt wurde, sind die Spannungen zwischen den ethnisch-religiösen Gruppen sehr groß. Eine Integration aller Minderheiten und eine Vermeidung der „Tyrannei der Mehrheit“ bedürfen großer Sensibilität. Gerade bei dieser Konstellation kommt das Problem der fehlenden demokratischen Tradition im Irak und dem damit verbundenen fehlenden Verständnis für Kompromiss und Konsens als auch für den Föderalismus hinzu.³⁴²

Interessanterweise scheinen die Annahmen der amerikanischen Strategen in den beiden Ländern diametral gegenüber zu liegen. Vor dem Einmarsch in Deutschland gingen die Amerikaner vom schlimmsten Fall aus – und fanden den besten Fall vor. Im Gegensatz dazu gingen sie wohl im Irak vom besten Fall aus – und fanden den schlimmsten Fall vor. In beiden Fällen war diese Diskrepanz zwischen Planung und Realität fatal, im Irak mehr als in Deutschland. Während die Amerikaner wie die Deutschen sich mit im Nachhinein unsinnigen Verboten wie dem Fraternisierungsverbot auseinandersetzen mussten, sehen sich die amerikanischen Truppen im Irak mit einem ungebrochenen Widerstand gegen ihre Besatzung und einem aufkeimenden Bürgerkrieg konfrontiert. Diese Umstände sind sicherlich wesentlich auf die unrealistische Planung zurückzuführen, die bestimmte Entscheidungen, wie zum Beispiel eine Erhöhung der Truppenstärke zur Sicherung der Grenzen oder der Städte, verhindert haben (was letztlich ja auch ein Eingeständnis von Fehlern wäre). Dass die falschen Grundannahmen ein Knackpunkt sind, wird auch an den regionalen Unterschieden im Irak deutlich: Im kurdischen Norden fühlten sich die Menschen befreit von der

³⁴¹ Die „Soft Power“, vergleiche Nye, J. (2004).

³⁴² Vergleiche Diamond, L. (2006): 191.

jahrzehntelangen Unterdrückung und sahen in den Amerikanern tatsächlich die Befreier. Durch den weitgehend ausbleibenden Widerstand gegen die amerikanischen Besatzer in den kurdischen Gebieten bestand eine recht stabile Sicherheitslage (auch auf die Beschäftigung eigener Milizen zurückzuführen) und die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung verbesserte sich stark. Im kurdischen Norden des Irak scheint das amerikanische Konzept weitgehend aufgegangen zu sein. Anders jedoch im restlichen Irak und vor allem in Bagdad. In Erwartung, die Iraker würden sie als Befreier feiern, waren die meist unerfahrenen amerikanischen Soldaten nicht auf einen derart blutigen Widerstand gefasst, wie er sich im Lauf der Besatzung entwickelte. Die Plünderungen kurz nach dem amerikanischen Sieg, die zahlreichen Spoiler im Wiederaufbauprozess und die Strukturen des Schattenstaates im Irak bilden insgesamt eine Konstellation, wie sie in Deutschland nicht aufgetreten ist. Die zunehmende Eskalation der ethnisch-religiösen Differenzen, die Radikalisierung vieler Iraker und die täglichen Selbstmordanschläge im Irak scheinen immer mehr in einen Bürgerkrieg zu münden. Folglich sahen sich die amerikanischen Soldaten bedroht und ein wachsendes Misstrauen zur irakischen Bevölkerung schien nur natürlich zu sein. Die möglicherweise psychologisch damit verbundenen Vorfälle in Abu Ghreib, Schießereien auf Zivilisten und Folterskandale wiederum mobilisierten die Iraker zum Misstrauen und Widerstand gegen die Besatzer. Einem so entstandenen Teufelskreis aus Ressentiments und Misstrauen ist kaum beizukommen. Man denke im Gegensatz hierzu an die Verbreitung amerikanischer Ideale und Popkultur im Deutschland der 50er Jahre. In Deutschland hatte man den Amerikanern immer zugute gehalten, dass sie auch selber Vorbilder für die politischen Ideale waren, die sie verbreiten wollten. Diesen Trumpf haben die amerikanischen Soldaten im Irak wohl verspielt.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Fällen Deutschland und Irak ist das sehr verschiedene Niveau des personellen und finanziellen Engagements. Im Irak ist die amerikanische Administration offenbar nicht bereit, mehr als einen Bruchteil dessen zu investieren, was in Deutschland letztlich zu einer erfolgreichen Transformation geführt hatte. Und obwohl das Beispiel Deutschlands ständig im Zusammenhang mit dem Irak im Gespräch war, herrschte wohl die Annahme, eine sehr geringe Zeitspanne würde ausreichen und die amerikanischen Truppen können schnell wieder abgezogen werden. Entsprechend unterschiedlich fällt auch die zeitliche Planung für das Nationbuilding in den beiden Fällen aus. Im Irak fanden sehr viel schneller als in Deutschland landesweite Wahlen statt, im Deutschland hingegen setzte man von Beginn an auf eine lokale

Selbstverwaltung und auf regionale Wahlen. Im Irak hingegen wurde oft kritisiert, dass es viel früher lokale Wahlen hätte geben sollen.

Gewisse Unterschiede zeigen sich auch im Anspruch, eine Sicherung existenzieller Grundbedürfnisse in der Bevölkerung würde die demokratische Entwicklung unterstützen. Die irakische Infrastruktur ist noch heute sehr weit davon entfernt, diese Grundbedürfnisse zu sichern. Zum Beispiel funktionieren das Strom-, Wasser-, und Abwassernetz nur teilweise oder stundenweise. Während in Deutschland, das immerhin durch den Krieg stark zerstört wurde, die Infrastruktur recht schnell wieder hergestellt war, sorgt das Fehlen derselben im Irak für Ärger. Ebenso wenig funktioniert die Konsolidierung der Demokratie durch Wirtschaftswachstum und Wohlstand im Irak, was wohl auch vor allem an der problematischen Sicherheitslage liegt. Das Problem der fehlenden Sicherheit stellt inzwischen eine enorm große Hürde für das Nationbuilding im Irak dar. In Deutschland fand praktisch nach der bedingungslosen Kapitulation kein bewaffneter Widerstand mehr statt. Eine gewisse finanzielle Sicherheit für den irakischen Wiederaufbau könnte die Ölförderung bieten. In Deutschland wurde das rohstoffreiche Ruhrgebiet internationalisiert und die Bodenschätze zu Reparationszahlungen für die Kriegsgewinner genutzt. Im Gegensatz dazu können die Ölvorkommen im Irak zumindest einen Teil der Kosten des Wiederaufbaus tragen und bieten eine stetige Einnahmequelle für den irakischen Staat. Obwohl die Förderung lange nicht den erhofften Umfang erreicht hat, gewährleistet sie dennoch eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit unabhängig vom Wirtschaftswachstum.

7.5. Unterschiede der Konzepte

Ein bedeutender Unterschied besteht in der Planung für ein Nachkriegskonzept. Im Falle Deutschlands waren zum Zeitpunkt der Kapitulation bereits zwei volle Jahre der Planung ins Land gegangen.³⁴³ Im Falle des Irak jedoch mangelte es deutlich an einer eingehenden Planung vor Ende des Krieges. George Packer beschreibt diesen Unterschied überspitzt: „Condoleeza Rice and other leading officials were fond of comparing Iraq with postwar Germany. But there was a great gulf between the tremendous thought and effort of the best minds that had gone into defeating fascism and rebuilding Germany and Japan, and the peevish, self-serving attention paid to Iraq. One produced the Army’s four-hundred-page manual on the occupation of Germany;

³⁴³ Vergleiche Crane, C. / Terril, A. (2003): 1.

the other produced talking points.”³⁴⁴ Letztlich entwickelte sich das Konzept der Postconflict-Reconstruction ad hoc und erst im Jahr 2005 wurde das entsprechende Dokument hierzu erstellt. Auch mangelte es im Falle des Irak an der hinreichenden Einbeziehung von Experten für Sprache und Region, die wenigen Experten hatten kaum Zugang zu den Entscheidungen, die in der CPA getroffen wurden.³⁴⁵

7.6. Probleme im Irak und deren Ursachen

Die Situation im Irak ist mit der Zeit so dramatisch geworden, dass inzwischen sogar von offizieller Seite von einem „unerklärten Bürgerkrieg“ gesprochen wird.³⁴⁶ Die Möglichkeit für die USA, den Krieg zu gewinnen und den Frieden zu verlieren, wächst mit jedem Tag und parallel dazu wächst die Wahrscheinlichkeit des Widerstandes der Iraker gegen die Besatzer, je länger die US-Soldaten im Land bleiben. Dennoch würde ein vorzeitiger Abzug der amerikanischen Truppen wahrscheinlich zu einem völlig versagenden Staat führen, der einen sicheren Hafen für Terroristen darstellen und ein Faktor der Destabilisation der gesamten Region bilden würde.³⁴⁷ Beide Szenarien, die des vorzeitigen Rückzuges und die der langfristigen Stationierung würde also zu einer Verschlechterung der Lage im Irak führen. Neben den positiven Voraussetzungen des Irak für ein demokratisches Nationbuilding gibt es auch einige negative Voraussetzungen: es gibt keinen Konsens über die Natur des irakischen Staates, die politischen Gruppen sind stark zersplittert (was wiederum der ethnisch-religiösen Manipulation Tür und Tor öffnet), die Region des Mittleren Ostens ist insgesamt eher undemokratisch sowie instabil und Irak ist umgeben von Nachbarn, die undemokratisch regiert werden und ihren eigenen Einfluss im Irak geltend machen wollen.³⁴⁸ Entsetzlicherweise scheinen die Probleme, die jetzt im Irak bestehen, bereits im Vorfeld absolut klar und damit vermeidbar gewesen zu sein. Ein Bericht des U.S. Army College vom Februar 2003 „Reconstructing Iraq: Insights, Challenges, and Missions for Military Forces in a Post-Conflict Scenario“³⁴⁹ sieht die Schwierigkeiten en detail voraus.

Das Thema der Sicherheit ist immer noch das größte Problem im Irak. Die schwierige Sicherheitslage führt einerseits dazu, dass der Teufelskreis von Rache und

³⁴⁴ Packer, G. (2005): 385.

³⁴⁵ Vergleiche Diamond, L. (2006): 181f.

³⁴⁶ Der damalige irakische Vize-Innenminister Hussein Ali Kamal in BBS (o.V. (2006a)).

³⁴⁷ Vergleiche Crane, C. / Terril, A. (2003): 42.

³⁴⁸ Vergleiche Dobbins, J. et al. (2003): 168.

³⁴⁹ Crane, C. / Terril, A. (2003).

Gegenanschlägen in der irakischen Bevölkerung und zwischen den religiösen Gruppen in Gang bleibt, andererseits führen die Opfer auf amerikanischer Seite dazu, dass ein vorzeitiger Rückzug wahrscheinlicher wird und das Land im Chaos zu versinken droht. Ein ungünstiger Nebeneffekt ist, dass durch die angespannte Sicherheitslage die ausländischen NGOs genauso wegbleiben wie die Investoren, die Irak zu einem Wirtschaftsaufschwung verhelfen könnten. Außerdem droht die Situation im Irak das Ansehen der USA weltweit (und vor allem in muslimischen Ländern) nachhaltig zu schädigen. Bereits der internationale Widerstand gegen den Krieg zeigte ein allgemeines Misstrauen gegen die Motive der USA (die Vermutung, es gehe hier nur um wirtschaftliche Interessen und vor allem um das irakische Öl, sind weit verbreitet). Das Verhalten der USA im Palästinenserkonflikt lässt viele Menschen an die konsequente Benachteiligung der Muslime durch die USA glauben. Die Folterskandale im Irak, Guantanamo und Afghanistan, sowie die Übergriffe auf Zivilisten im Irak durch amerikanische Soldaten, schüren die Ressentiments. Erinnerungen (auch im Irak) an westlichen Kolonialismus, die Instrumentalisierung internationaler Organisationen und ein imperiales Staatsgebaren tragen ihren Teil dazu bei, die USA vor allem bei den Moslems in ein eher zweifelhaftes Licht zu rücken.³⁵⁰

Der Vergleich zwischen den Fällen Deutschland und Irak hinkt. Doch eben dieser Vergleich scheint dafür verantwortlich zu sein, dass es im Irak nun Probleme gibt. Die Annahme, das Modell Deutschlands könne auch nur annähernd übertragen werden, war meiner Ansicht nach von vornherein zum Scheitern verurteilt. Schon die Praxis des Nationbuildings und des Democracybuildings mittels einer militärischen Okkupation ist problematisch. Sogar Paul Wolfowitz, amerikanischer Neokonservativer und ehemaliger Vize-Verteidigungsminister, sieht den Vergleich in diesem Punkt eher kritisch: „Oddly, we seem to have forgotten what Vietnam should have taught us about the limitations of the military as an instrument of ‘Nationbuilding’. Promoting democracy requires attention to specific circumstances and to the limitations of U.S. leverage. Both because of what the United States is, and because of what is possible, we cannot engage either in promoting democracy or in Nationbuilding as an exercise of will. We must proceed by interaction and indirection, not imposition. In this respect, post-World War II experience with Germany and Japan offer misleading guides to what is possible now, even in a period of American primacy.”³⁵¹ In diesem Zusammenhang möchte ich auch die offenbar falschen (sprich: sich an Deutschland nach 1945

³⁵⁰ Vergleiche hierzu auch Diamond, L. (2006): 183.

³⁵¹ Packer, G. (2005): 37.

orientierenden) Annahmen und Erwartungen noch einmal ansprechen. Die Erwartung, die Iraker würden die amerikanischen Truppen als Befreier empfangen, freudig am Nationbuilding mitarbeiten und alle ethnisch-religiösen Spannungen vergessen, war folgeschwer.³⁵² Der Autor George Packer sieht ebenfalls in der Handhabung der strategischen Planung des Nachkriegsszenarios eine Hürde der Unvergleichbarkeit: „Condoleeza Rice and other leading officials were fond of comparing Iraq with postwar Germany. But there was a great gulf between the tremendous thought and effort of the best minds that had gone into defeating fascism and rebuilding Germany and Japan, and the peevish, self-serving attention paid to Iraq. One produced the Army’s four-hundred-page manual on the occupation of Germany; the other produced talking points.”³⁵³

³⁵² Vergleiche Dodge, T. (2003): 164.

³⁵³ Packer, G. (2005): 385.

Schlussfolgerungen und Ergebnisse

Der Vergleich der beiden Fälle hat eine etwas differenziertere Sicht auf die Demokratisierung eröffnet. In vielen wesentlichen Punkten gibt es erstaunliche Parallelen, dennoch existieren auch entscheidende Unterschiede. Insgesamt gleicht die Strategie des Irak einer stark vereinfachten, sehr viel kürzeren, mit wenigen Widerständen kalkulierenden und fast leichtfertigen Version der Strategie in Deutschland. Insofern kann die erste Hypothese dieser Arbeit, *„Das erfolgreiche Demokratisierungskonzept der Amerikaner im besetzten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wird exakt übertragen und angewandt im aktuellen irakischen Wiederaufbauprozess“*, im Grunde verworfen werden. Von einer exakten Übertragung kann keine Rede sein, von einer starken Orientierung am deutschen Konzept hingegen schon. Mehrere Faktoren scheinen den Rückgriff begünstigt zu haben, so beispielsweise die Ansiedlung der Operation im amerikanischen Verteidigungsministerium, das seit den 50er Jahren keine derartigen Aufgaben mehr hatte. Das Fehlen eines Planes für die Phase IV und die Abwendung von der Möglichkeit, sofort die Exiliraker als Interimsregierung einzusetzen, hat möglicherweise dazu geführt, dass das deutsche Konzept das naheliegendste war. Das Wesen der besetzenden Militärregierung war vielleicht für die Verantwortlichen der amerikanischen Truppen im Irak in ihrer Eigenschaft als Militärs angesichts der Planlosigkeit die „natürlichste“ Form der Nachkriegsgestaltung.

Schwieriger gestaltet sich die Beurteilung meiner zweiten Hypothese: *„Die Misserfolge und Rückschläge im irakischen Wiederaufbau- und Demokratisierungsprozess sind das Ergebnis von fehlender Anpassung des „deutschen“ Erfolgskonzeptes an die irakischen Gegebenheiten“*. Da die erste Hypothese verworfen wurde, kann diese zweite Hypothese eigentlich auch nur verworfen werden. Da ich die Gründe für das (zumindest bisher absehbare) Scheitern des amerikanischen Nationbuilding im Irak vor allem in der fehlenden Anpassung an die lokalen Gegebenheiten sehe, möchte ich die zweite Hypothese leicht ändern: *„Die Misserfolge und Rückschläge im irakischen Wiederaufbau- und Demokratisierungsprozess sind das Ergebnis von fehlender Anpassung an die irakischen Gegebenheiten“*. Diese dritte Hypothese kann ich durch die Ergebnisse dieser Arbeit unterstützen. Diese Hypothese beinhaltet auch die Kritik an einer unzureichenden Planung des Einsatzes seitens der Verantwortlichen der amerikanischen Administration. In diesem Zusammenhang wundere ich mich über ein ausbleibendes Gegensteuern im Verteidigungsministerium. Doch offenbar ist das

Eingeständnis anfänglicher Fehler, die sich inzwischen zu kapitalen Problemen ausgewachsen haben, gefürchteter als ein Scheitern der USA im Irak. Die Vergleiche mit Vietnam haben im Laufe meiner Bearbeitungszeit die Vergleiche mit Deutschland weitgehend abgelöst. Eine entsprechende Fortsetzung der vorliegenden Arbeit in diese Richtung im Zusammenhang mit den Entscheidungsprozessen der amerikanischen Administration wäre wohl von großem Interesse und eine Aufgabe künftiger Forschung. Des Weiteren bleibt zu hoffen, dass die Suche nach einem erfolgreichen, effektiven und demokratischen Konzept des Nationbuildings nicht erfolglos bleibt. Aber vielleicht ist das optimale Konzept, eben kein optimales Konzept zu besitzen. Vielleicht ist der Schlüssel zu einem erfolgreichen Democracybuilding ja gerade die Anpassung, die Individualität und die Flexibilität des Einsatzes und der Planung.

Anhang

Anhang I – Bericht für das U.S. Army College vom Februar 2003

Anhang II – Appendix der National Strategy for Victory in Iraq

Anhang III – Executive Summary

**RECONSTRUCTING IRAQ: CHALLENGES AND
MISSIONS FOR MILITARY FORCES IN A
POST-CONFLICT SCENARIO**

CONCLUSIONS:

To be successful, an occupation such as that contemplated after any hostilities in Iraq requires much detailed interagency planning, many forces, multi-year military commitment, and a national commitment to nation-building.

Recent American experiences with post-conflict operations have generally featured poor planning, problems with relevant military force structure, and difficulties with a handover from military to civilian responsibility.

To conduct their share of the essential tasks that must be accomplished to reconstruct an Iraqi state, military forces will be severely taxed in military police, civil affairs, engineer, and transportation units, in addition to possible severe security difficulties.

The administration of an Iraqi occupation will be complicated by deep religious, ethnic, and tribal differences which dominate Iraqi society.

U.S. forces may have to manage and adjudicate conflicts among Iraqis that they can barely comprehend.

An exit strategy will require the establishment of political stability, which will be difficult to achieve given Iraq's fragmented population, weak political institutions, and propensity for rule by violence.

(Quelle: Crane, C. / Terril, A.³⁵⁴)

³⁵⁴ Crane, C. / Terril, A. (2003): 1.

Anhang II – Appendix der National Strategy for Victory in Iraq



Appendix
Strategic Pillar One

Defeat the Terrorists and Neutralize the Insurgency

STRATEGIC OBJECTIVE: Iraq is not a source of terrorists or terrorist resources, and neither terrorists, Saddamists, nor rejectionists are able to prevent Iraq's political and economic progress. They cannot stop the Iraqi government's development of a constitutional representative democracy, the provision of essential services, a market economy that provides goods, services, and employment for Iraqis, or the free flow of information and ideas.

Status: Increasingly capable Iraqi security forces are working with Coalition forces to disrupt enemy operations by preventing the establishment of enemy safe havens in Iraq and by providing enhanced protection of key infrastructure. They are disrupting enemy movements across borders and are applying pressure to stop the use of Syrian territory to facilitate terrorist activities in Iraq. As the Iraqi government establishes its authority, it generates – with international assistance – programs and projects to benefit the Iraqi people and isolate violent extremists from the population. As security improves, the United States will work with Iraqi authorities to strengthen provincial governments, especially through the use of project funding.

The United States is helping Iraq achieve this objective by pursuing the following lines of action:

- Staying on the offensive by aiding the Iraqi government to eliminate enemy safe havens and hunt down members of terrorist cells and key enemy leaders
- Facilitating the establishment of effective local governance and security elements to ensure post-conflict stability and security
- Assisting Iraqi authorities to suppress foreign fighter infiltration and denying terrorists freedom of movement
- Working with the Iraqi government to disrupt enemy financial networks
- Helping the Iraqis to harden, build redundancy, and protect critical infrastructure

“To be sure, the terrorists and insurgents are out to shake our will. But they will not succeed. The Iraqi people, enabled by the military and civilian members of the coalition, will succeed.”

-General George Casey, Commander, US Forces in Iraq, June 2005



Transition Iraq to Security Self-Reliance

STRATEGIC OBJECTIVE: The Government of Iraq provides for the internal security of Iraq, monitors and controls its borders, successfully defends against terrorists and other security threats.

Status: Iraqi security forces, both military and police, are growing in capability through regular and challenging training. They are gaining operational experience to bring the fight directly to the enemies of democracy in Iraq. As Iraqi units become more capable, they are moving from fighting alongside Coalition forces, to taking the lead in operations against the enemy. As more units gain experience and grow more capable, Iraqis will take the lead in the bulk of operations, and Coalition forces will increasingly focus on specialized missions, such as killing or capturing Zarqawi and his henchmen.

The United States is helping Iraq achieve this objective by pursuing the following lines of action:

- Helping to train and equip the Iraqi Security Forces, military, and police, so they can combat terrorist and other enemy activity and maintain a secure environment in Iraq
- Assisting in the development of Iraq's security ministries to control, manage, and sustain the Iraqi security forces and assume greater responsibility for the security of the state
- Increasing the Iraqi government's capability to protect its key economic infrastructure, control its borders, and deny entry to foreign fighters and violent extremists
- Improving the Iraqi government's intelligence capability to augment security force efforts and to protect national interests

“The principal task of our military is to find and defeat the terrorists, and that is why we are on the offense. And as we pursue the terrorists, our military is helping to train Iraqi security forces so that they can defend their people and fight the enemy on their own.”

-President George W. Bush, June 28, 2005



Help Iraqis Forge a National Compact for Democratic Government

STRATEGIC OBJECTIVE: Iraq evolves into a free, federal, democratic, pluralist, and unified state representative of all Iraqi citizens.

Status: A generation of arbitrary and vicious rule by Saddam Hussein corrupted Iraq's public life and left most Iraqis with little trust in government institutions. Iraqis are now working to overcome this legacy, but their scarred history and rich diversity of religion, ethnicity, language, and experience requires sophisticated political arrangements to ensure that all Iraqis have a place in the new Iraq. The continuation of the political process, coupled with the emergence of compromises across ethnic and religious divides, is drawing in more and more Iraqis, including those who have only known violence as the final arbiter of any dispute.

The United States is helping Iraq achieve this objective through the following lines of action:

- Supporting Iraqi leaders in their quest to bring all Iraqis into the political process, through dialogue and the creation of inclusive institutions
- Offering advice and technical support on elections and effective governance
- Helping to build national institutions that transcend regional and sectarian interests
- Helping the Iraqis replace the corrupt and centralized system of Saddam's regime with effective government bodies at the local, provincial, and national levels
- Assisting with the design and implementation of civic outreach and education programs to help Iraqi citizens understand their rights and responsibilities in a democratic system
- Promoting transparency in the executive, legislative, and judicial branches of government
- Supporting efforts by the Iraqi Transitional Government and successor governments to develop effective and legitimate institutions for legislation, law enforcement, the administration of justice, and the equitable administration of all public services

"This constitution is a national compact between the communities of Iraq, to have a roadmap for the future so they can live together in mutual respect and mutual tolerance. And that's why it's so important and . . . at the same time why it's so difficult."

-Ambassador to Iraq Zalmay Khalilzad, August 2005



Help Iraq Build Government Capacity and Provide Essential Services

STRATEGIC OBJECTIVE: The Iraqi government is able to provide essential services to the population of Iraq.

Status: Saddam Hussein pillaged Iraq's infrastructure and directed essential services to favored areas populated with Ba'ath party loyalists. This legacy is now further complicated by forces in Iraq that deliberately target civilian infrastructure to dishearten the public and weaken the central government. These strains on Iraq's infrastructure are exacerbated by an ever-growing demand for electricity and fuel (resulting from an upward spiral of demand for new cars, generators, and air conditioners) and subsidies that make prices for power among the lowest in the world. These difficulties, among others, help explain why progress in these areas has not been as robust as some expected. Nevertheless, impressive gains are being made, with new schools and clinics opening and water projects and electricity generation coming on line.

The United States is helping Iraq achieve this objective through the following lines of action:

- Rehabilitating critical infrastructure in the production and distribution of fuels and electric power as well as training engineers to maintain and operate this infrastructure
- Supporting and strengthening the nascent institutions of public utilities and regulatory agencies
- Rehabilitating water and sanitation infrastructure to provide safe drinking water and reducing the transmission of water-borne disease
- Building and rehabilitating health care facilities, with a focus on impoverished neighborhoods and communities
- Rehabilitating schools, providing new textbooks, computers and materials, and training teachers and school administrative staff
- Encouraging international donors to expand infrastructure and capacity-building efforts through prompt disbursement of pledges

"As to the situation with infrastructure and services for Iraq, the United States, of course, has devoted \$18.6 billion to reconstruction in Iraq, a good bit of that to water projects, to electricity. I think it's awfully important to step back and recognize that under Saddam Hussein this Iraqi infrastructure was seriously deteriorated. ... There is already a lot of work that has gone on on electricity, a lot of work that has gone on on water, from us, from the European Union, from other states."

-Secretary of State Condoleezza Rice, June 2005



Help Iraq Strengthen Its Economy

STRATEGIC OBJECTIVE: Iraqi government policies and legal framework support a market economy and robust private sector-led growth.

Status: Iraq has enormous economic potential, with an educated, young, and skilled work force and vast natural resources. But Iraq is struggling to reach its economic potential due largely to decades of dictatorship and neglect. Unemployment is high, which fuels popular dissatisfaction and may generate sympathy for the insurgency among some Iraqis. Changing these economic realities will require tough reforms, political will by the Iraqi government, a shift in expectations by the Iraqi people, and the help of the international community. Despite these challenges, Iraq's economy is growing, supporting new businesses every month. Through persistent diplomatic and financial efforts, Iraq is getting control of its once-enormous debt burden. Inflation remains in check, and the international financial institutions have expressed their confidence that Iraq is on the right track.

The United States is helping Iraq achieve this objective through the following lines of action:

- Helping Iraq to improve its fiscal management and transparency
- Encouraging pro-market oriented reform and the achievement of a stable macroeconomic environment
- Supporting the development and implementation of laws and institutions that encourage sustained economic growth
- Encouraging the removal of regulations and termination of practices that obstruct private sector growth in Iraq
- Providing technical assistance to aid the rapid improvement of Iraq's business climate and Iraq's accession to the World Trade Organization
- Assisting the Iraqi government in strengthening its banking and financial system
- Supporting the revitalization of agriculture and other productive sectors to diversify a single-resource-based economy

"... The success of building the new Iraq includes ... the process of political change, which in Iraq is well on the way with the elections and inclusive government, and now a constitutional commission leading to the new constitution and referendum later in the year. But also an economic dimension, for reconstruction and creating opportunity and hope for the Iraqi people..."

- Deputy Secretary of State Robert Zoellick, July 2005



Help Iraq Strengthen the Rule of Law and Promote Civil Rights

STRATEGIC OBJECTIVE: Iraq reforms its legal system and develops institutions capable of addressing threats to public order. Iraq's government operates consistent with internationally recognized standards for civil rights and the rule of law.

Status: The “rule of law” as a concept denotes a government of laws, and not men. It is a concept that was born in Iraq, thousands of years ago, and also eviscerated there, over the past three decades, by Saddam Hussein. Iraq is now trying to reclaim its proud history. It is working to overcome the effects of tyranny by building a legal system that instills confidence in a new government, ensures that every person accused of a crime receives due process – including fair, public, and transparent trials – and a prison system that complies fully with international standards. The steps taken thus far include establishment of an independent judiciary, creation of the Central Criminal Court of Iraq and the Iraq Higher Tribunal, renovation and reconstruction of courthouses throughout Iraq, establishment of a reformed Iraq Correctional Service, and construction of modern civilian prison facilities.

The United States is helping Iraq achieve this objective by pursuing the following lines of action:

- Promoting an independent, unbiased, and ethical court system through technical assistance and training of prosecutors, attorneys, and judges
- Assisting in the enhancement of security for judges trying insurgent and terrorist cases
- Providing support to the Iraqi Special Tribunal as it investigates and prosecutes crimes committed by the former regime
- Advising the Ministry of Justice in the development of a centralized organization for the management and oversight of a fair and efficient national correctional system
- Assisting in the establishment of safe and secure correctional facilities for the care, custody, and treatment of persons incarcerated in the Iraqi correctional system
- Establishing an anti-major crimes task force, with FBI agents and other U.S. officials aiding their Iraqi counterparts during investigations of terrorist attacks and assassinations
- Promoting a climate for national reconciliation through fair, effective, and independent judicial institutions

“One of the most important ways to fight terrorism is to promote democracy, and one of the most important ways to promote democracy is the rule of law.”

-Attorney General Alberto Gonzales, July 2005



Increase International Support for Iraq

STRATEGIC OBJECTIVE: The international community, countries in the region, and regional organizations support Iraq's attainment of democracy, prosperity, and security.

Status: Saddam Hussein's tyranny, wars of aggression, massive human rights violations, and defiance of Security Council resolutions made Iraq a pariah state. Iraq's nascent democracy is transforming itself into a fully functioning, engaged, and responsible member of the international community. Iraq has begun to rebuild its relationships with its neighbors and engage the international community. A series of international conferences and the steady development of Iraq's diplomatic relationships have greatly assisted this process. The June 2005 Brussels conference on Iraq, for example, was co-sponsored by the United States and the European Union, and attended by more than 80 countries and international organizations, demonstrating Iraq's revitalized international standing. The enactment in November of U.N. Security Council Resolution 1637, which reaffirmed unanimous support for Iraq's political process and the role of Coalition Forces in Iraq, provides strong international backing to Iraq's transition. So too does Resolution 1618, which unanimously condemned the terrorists operating in Iraq and called upon all nations to support the Iraqi government and stop the flow of terrorists into Iraq.

The United States is helping Iraq achieve this objective by pursuing the following lines of action:

- Encouraging NATO's continued participation in Iraq
- Maximizing international donor reconstruction assistance and the numbers of partners committed to the rebuilding of Iraq, particularly by helping Iraq seek prompt disbursement of previous pledges and forgiveness of debt
- Encouraging further UN involvement in Iraq
- Emphasizing the importance of Syrian cooperation with the Iraqi government, including the interdiction of foreign fighters trying to cross the border
- Fostering lasting relationships between Iraq, regional partners, and neighboring countries to promote greater levels of cooperation and security within Iraq and within the Middle East

"The work that America and our allies have undertaken, and the sacrifices we have made, have been difficult, and necessary, and right. Now is the time to build on these achievements, to make the world safer, and to make the world more free. We must use American diplomacy to help create a balance of power in the world that favors freedom. The time for diplomacy is now."

-Secretary of State Condoleezza Rice, January 2005



Strengthen Public Understanding of Coalition Efforts and Public Isolation of the Insurgents

STRATEGIC OBJECTIVE: Widespread understanding in Iraq, the Arab world, and international arena of Iraq's successes in building democracy, prosperity, and security. Violent extremism is discredited within and outside Iraq. A professional and informative Iraqi news media has taken root.

Status: Successes in Iraq's political and economic development are overshadowed in the international media, including popular pan-Arab outlets, by a relentless focus on terrorist and extremist violence and a misleading spotlight on the disagreements among Iraqi politicians. This has contributed to an inaccurate and unbalanced view of developments in Iraq among many international audiences and within Iraq itself. Since the fall of Saddam, hundreds of new independent media outlets have sprung up in Iraq. Their presence is a testament to the vitality of a free press, but their quality is often uneven and their level of professionalism could be improved. Together with our international partners, we are working to promote civic understanding and enable Iraq's public and private media institutions to flower.

The United States is helping Iraq achieve this objective by pursuing the following lines of action:

- Communicating with the Iraqi public through information programs and civic education campaigns
- Providing technical assistance and training to support a free, independent, and responsible Iraqi media (including television, radio, and print) that delivers high-quality content and responsible reporting throughout Iraq
- With our international partners, working to help the Iraqi Government develop the ability and capacity to communicate with its citizens in a professional, effective, and open manner
- Encouraging Iraqis to participate in the political process, including the referendum on the constitution and national elections in December 2005, through a wide variety of civic education and public communications tools
- Informing Iraqis about the progress of reconstruction, security, and infrastructure on the national, regional, and local level

"America will not impose our own style of government on the unwilling. Our goal instead is to help others find their own voice, to attain their own freedom and to make their own way."

-President George W. Bush, January 2005

(Quelle: "National Strategy for Victory in Iraq", Anhang³⁵⁵)

³⁵⁵ O.V. (2005c): 28 – 35.

Anhang III – Executive Summary

This thesis, *“The US-American concept of democratization as a sub process of reconstruction after military victory – The reconstructing policy of democracy in Germany after 1945 and in Iraq after 2003”*, intends to compare these two examples of U.S.-American nationbuilding. As the two cases are often compared by analysts or by members of the US-administration, I try to find out the actual similarities and differences in democratization and nationbuilding. The hypotheses I work with are the following: *“The successful concept of democracybuilding in Germany after World War II through the U.S.-occupation was exactly transferred to Iraq and used in the current process of reconstruction.”* And the second, based on the first hypothesis: *“The disappointments and set-backs during the Iraqi nationbuilding process are caused in the missing adjustment and localization of the “German” concept to Iraqi conditions.”* The results of the comparison were divided. On the one hand the similarities of the concepts are substantial because the main structure of essential factors was analogue. On the other hand many serious differences were found. And as the “German” concept was not exactly overtaken, the first hypothesis must be dropped. But instead of dropping the second hypothesis alike, I prefer to convert it: *“The disappointments and set-bags during the Iraqi nationbuilding process are caused in the missing adjustment and localization to Iraqi conditions.”* The findings of the analysis show the causes of the problems in Iraq appropriate to this new version of the second hypothesis. On the search for the holy grail of nationbuilding as part of reconstruction, researchers tried to find the perfect, most effective and most sustainable model. Maybe this work makes a contribution to the search. And maybe the key is, as is identified in this work as the cause of problems, to react individually and flexible on each challenge of nationbuilding, on the local needs, the structural traditions and the people’s visions.

Literaturverzeichnis

Barnes, Samuel H. (2001): The Contribution of Democracy to Rebuilding Postconflict Societies. In: The American Journal of International Law, Vol. 95 (01/2001.), S. 86-101.

Barnett, Thomas P.M. (2002): Die neue Weltkarte des Pentagon. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 48 (05/2003), S. 554-564.

Barton, Frederick D./ Crocker, Bathsheba N. (2003): A Wiser Peace: An Action Strategy for a Post-Conflict Iraq. Unter <http://www.csis.org/media/csis/pubs/wiserpeace.pdf>, Zugriff am 28.08.2006.

Benz, Wolfgang (2005): Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung. In: Informationen zur politischen Bildung: Deutschland 1945-1949, Neuauflage 2005, Nr. 259, S. 29-39.

Benz, Wolfgang (2005a): Errichtung der Besatzungsherrschaft. In: Informationen zur politischen Bildung: Deutschland 1945-1949, Neuauflage 2005, Nr. 259, S. 8-15.

Benz, Wolfgang (2005b): Zwei Staatsgründungen auf deutschem Boden. In: Informationen zur politischen Bildung: Deutschland 1945-1949, Neuauflage 2005, Nr. 259, S. 55-61.

Bierling, Stephan (2003): Geschichte der amerikanischen Außenpolitik: Von 1917 bis zur Gegenwart. München: Beck.

Boehling, Rebecca L. (1996): A Question of Priorities: Democratic Reforms and Economic Recovery in Postwar Germany. Providence: Berghahn.

Bönisch, Georg (2006): Amnesie und Amnestie. In: Der Spiegel Nr. 2/ 09.01.2006, S. 48-57.

Bremer, Paul L. (13.07.2003): Die Zukunft des Irak - und wie sie gestaltet wird (Originaltext: Byliner: Bremer Foresees "Free, Democratic, Independent" Irak). Erstmals in der New York Times vom 13. Juli 2003 erschienen. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1587>, Zugriff am 24.08.2006.

Bremer, Paul L. (08.09.2003a): Der Weg Iraks in die Souveränität (Originaltext: Byliner: Bremer Describes a 7-Step Process of Political Evolution in Iraq). Erschienen in der Washington Post vom 8. September 2003. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1598>, Zugriff am 24.08.2006.

Bremer, L. Paul (23.04.2004): Bremer bittet die Iraker um Unterstützung während der Übergangsphase (Originaltext: Bremer Asks Iraqi People for Support During Transition). Unter <http://usa.usembassy.de/etexts/docs/bremer230404d.htm>, Zugriff am 24.08.2006.

Bremer, Paul L. (2006): My Year in Iraq. The Struggle to Build a Future of Hope. New York: Simon & Schuster.

Bush, George W. (07.10.2002): Die Bedrohung durch den Irak (Originaltext: Bush Describes "Urgent Duty" to Confront Saddam Hussein). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1504>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (26.02.2003): President Discusses the Future of Iraq. Unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/02/20030226-11.html>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. / Blair, Tony (08.04.2003a): Die Zukunft des Irak gehört dem irakischen Volk. Gemeinsame Stellungnahme vom 8. April 2003. Unter <http://usa.usembassy.de/etexts/docs/bush080403d.htm>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (28.04.2003b): Demokratie kann im Irak gedeihen (Originaltext: Bush Says Democracy Can Flourish in Iraq). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1556>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (19.11.2003c): USA bleiben im Irak bis Demokratie herrscht (Originaltext: Bush Vows to Stay in Iraq Until Democracy Established). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1621>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (25.03.2004): Präsident bekräftigt entschlossenes Handeln im Krieg gegen den Terror, Irak und Afghanistan. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1669>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (24.05.2004a): Kräfte der Freiheit werden im Irak obsiegen (Originaltext: Forces for Freedom Will Prevail in Iraq, Bush Vows). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1690>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (24.05.2004b): President Outlines Steps to Help Iraq Achieve Democracy and Freedom. Unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/05/20040524-10.html>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (29.03.2005): Freiheit und Demokratie im Irak (Originaltext: President Discusses Freedom and Democracy). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1821>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (22.08.2005a): Irakische Verfassung wird irakische Werte und Traditionen widerspiegeln (Originaltext: Bush Confident Iraq Constitution Will Reflect Values, Traditions). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1896>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (28.08.2005b): Glückwünsche zum irakischen Verfassungsentwurf (Originaltext: Bush, Rice Congratulate Iraq on Completion of Draft Constitution). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1899>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (30.11.2005c): President Outlines Strategy for Victory in Iraq. Unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/11/20051130-2.html>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (07.12.2005d): Stille, stetige Fortschritte im Irak. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1947>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (07.12.2005e): President Discusses War on Terror and Rebuilding Iraq. Unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/12/20051207-1.html>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (14.12.2005f): Irakische Wahlen sind ein Wendepunkt für die Demokratie (Originaltext: Iraqi Elections a "Watershed Moment" in Democracy, Bush Says). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1949>, Zugriff am 24.08.2006.

Bush, George W. (18.12.2005g): Iraker sehen Demokratie als ihre Zukunft (Originaltext: Bush Says Iraqis See Democracy as Their Future). Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1950>, Zugriff am 24.08.2006.

Byers, Michael / Chesterman, Simon (2003): Changing the Rules about Rules? Unilateral Humanitarian Intervention and the Future of International Law. In: Holzgrefe, J.L. / Keohane, R.O.: Humanitarian Intervention - Ethical, Legal and Political Dilemmas. Cambridge: Cambridge University Press, S. 177-203.

Byrnes, James F. (1996 [1944]): Rede der Hoffnung. In: Landesregierung Baden-Württemberg (Hrsg.): 50. Jahrestag: Rede der Hoffnung. Sindelfingen: Röhm.

Caplan, Richard (2002): A New Trusteeship? The International Administration of War-torn Territories. Oxford: Oxford University Press.

Caplan, Richard (2005): International Governance of War-Torn Territories. Rule and Reconstruction. Oxford: Oxford University Press.

Chestermann, Simon (2002): The United Nations as Government: Accountability Mechanisms for Territories Under UN Administration. Unter http://www.ipacademy.org/PDF_Reports/un_as_govt_for_web.pdf#search=%22United%20Nations%20as%20Government%3A%20Accountability%20Mechanisms%20for%20Territories%20Under%20UN%20Administration%22, Zugriff am 28.08.2006.

Chesterman, Simon (2004): You, The People. The United Nations, Transitional Administration, and State-Building. Oxford: Oxford University Press.

Chestermann, Simon / Ignatieff, Michael / Thakur, Ramesh (2005): Making States Work: From State Failure to State-Building. Tokio: United Nations University Press. (Auch Online verfügbar unter <http://www.unu.edu/unupress/sample-chapters/making-states-work.pdf#search=%22Making%20States%20Work%3A%20From%20State%20Failure%20to%20State-Building%22> , Zugriff am 28.08.2006).

Chopra, Jarat / Hohe, Tanja (2004): Participatory Intervention, in: Global Governance Vol. 10 (07/2004), S. 289-305.

Coats, Daniel R. (11.10.2003): Das irakische Volk muss bestimmen, wann es die Regierung übernehmen will. Erschienen in der Frankfurter Rundschau vom 11. Oktober 2003. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1615>, Zugriff am 24.08.2006.

Crane, Conrad C. / Terrill, Andrew W. (2003): Reconstructing Iraq: Insights, Challenges, and Missions for Military Forces in a Post-Conflict Scenario. Carlisle, Pa.: U.S. Army War College.

Cunningham, James B. (19.05.2004): Vereinigte Staaten fordern nachhaltige Unterstützung für den Irak (Originaltext: U.S. Urges Strong Support for Iraq as June 30 Approaches). Erklärung des stellvertretenden amerikanischen Vertreters bei den Vereinten Nationen vor dem UN-Sicherheitsrat. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1692>, Zugriff am 24.08.2006.

Dahrendorf, Ralf (2006): SPIEGEL-Gespräch: "Doppelmoral gibt es überall". In: Der Spiegel Nr. 18 vom 29.04.2006, S. 109-111.

de Mello, Sergio Vieira (2001): How Not to Run a Country: Lessons from Kosovo and East Timor. Unveröffentlichtes Dokument.

Diamond, Larry (2006): What went Wrong and Right in Iraq. In: Fukuyama, Francis (Hrsg.): Nationbuilding: Beyond Afghanistan and Iraq. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 173-195.

Diefendorf, Jeffrey M. / Frohn, Axel / Rupieper, Hermann-Josef (1993): American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945 – 1955. Cambridge: Cambridge University Press.

Dietze, Gottfried (1988): Amerikanische Demokratie: Wesen des praktischen Liberalismus. München: Günter Olzog.

Djerejian, Edward P. et al. (2003): Guiding Principles for U.S. Post-Conflict Policy in Iraq. New York: Council on Foreign Relations Press.

Dobbins, James et al. (2003): America's Role in Nationbuilding: From Germany to Iraq. Santa Monica: RAND.

Dobbins, James (2006): Learning the Lessons of Iraq. In: Fukuyama, Francis (Hrsg.): Nationbuilding: Beyond Afghanistan and Iraq. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 218-230.

Durch, William J. (1997): UN Peacekeeping, American Politics and the Uncivil Wars of the 1990s. Basingstoke: Macmillan.

Dodge, Toby (2003): Inventing Iraq: The Failure of Nation Building and a History Denied. London: Hurst.

Eisenstadt, Michael / Mathewson, Eric (Hrsg.) (2003): U.S. Policy in Post-Saddam Iraq: Lessons from the British Experience. Washington D.C.: Washington Institute for Middle East Policy.

Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München: Kindler.

Fukuyama, Francis (2004): Staaten bauen: Die neue Herausforderung internationaler Politik. Berlin: Propyläen.

Fukuyama, Francis (2006): America at the Crossroads: Democracy, Power, and the Neoconservative Legacy. New Haven / London: Yale University Press.

Fukuyama, Francis (2006a): Nation-Building and the Failure of Institutional Memory. In: Fukuyama, Francis (Hrsg.): Nationbuilding: Beyond Afghanistan and Iraq. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 1-18.

Fürtig, Henner (2003): Der Irakkrieg: Katalysator für die Demokratisierung des Nahen Ostens? DOI-Focus Nr. 11 (11/2003), Deutsches Orient-Institut im Verbund Deutsches Übersee-Institut. Unter <http://www.duei.de/content/doi/archiv/doifocus/focus11.pdf#search=%22Der%20Irakkrieg%3A%20Katalysator%20f%C3%BCr%20die%20Demokratisierung%20des%20Nahen%20Ostens%22> , Zugriff am 28.08.2006.

George, Alexander L. (1993): Bridging the Gap: Theory and Practice in Foreign Policy. Washington D.C.: United States Institute of Peace Press.

Henke, Klaus-Dietmar (1995): Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München: Oldenbourg.

Hentschke, Felicitas. (2001): Demokratisierung als Ziel der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland und Japan, 1943 – 1947. Hamburg: LIT.

Herrero, Jose Luis (2005): Building State Institutions. In: Junne, Gerd / Verkoren, Willemijn (Hrsg.): Postconflict Development. Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 43-58.

Hiltermann, Joost (1994): Bureaucracy of Repression: The Iraqi Government in Its Own Words. New York: Human Rights Watch.

Hohe, Tanja (2005): Developing Local Governance. In: Junne, Gerd / Verkoren, Willemijn (Hrsg.): Postconflict Development. Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 59-72.

Holbrooke, Richard C. (2006): Mr. Rumsfeld, treten Sie zurück! In: Süddeutsche Zeitung Nr. 93 vom 22./23.04.2006, S. 2.

Huntington, Samuel P. (1993): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman/London: University of Oklahoma Press.

Ibrahim, Ferhad (2003): Die politischen Kräfte im Irak nach dem Regimewechsel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24 – 25/2003 (06/2003), S. 45-55.

Jacobs, Meg / Novak, William J. / Zelizer, Julian E. (Hrsg.) (2003): The Democratic Experiment: New Directions in American Political History. Princeton: Princeton University Press.

Junne, Gerd / Verkoren, Willemijn (2005): Seeking the Best Way Forward. In: Junne, Gerd. / Verkoren, Willemijn. (Hrsg.): Postconflict Development: Meeting new Challenges. Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 307-326.

Kakutani, Michiko (2006): A General Reports on the Dangers of Global Instability. Books of The Times: 'The Battle for Peace' von General Tony Zinni. Veröffentlicht am 18.04.2006. Unter <http://www.nyt.com>, Zugriff am 24.03.2006.

Khalilzad, Zalmay (2006): SPIEGEL-Gespräch: „Sechs entscheidende Monate“. In: Der Spiegel Nr. 23 vom 03.06.2006, S. 111-113.

Kreft, Heinrich (2002): Vom Kalten zum „Grauen Krieg“ – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25/2002 (06/2002), S. 14-22.

Krieger, Wolfgang (1987): General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949. Stuttgart: Klett-Cotta.

MacAskill, Ewen (2006): US postwar Iraq strategy a mess, Blair was told. In: The Guardian vom 14.03.2006. Unter <http://www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,,1730427,00.html>, Zugriff am 24.08.2006.

Malone, David M. / Khong, Yuen Foong (2003): Unilateralism and U.S. Foreign Policy: International Perspectives. Boulder: Lynne Rienner Publishers.

Mendelson Forman, Johanna (2006): Striking out in Baghdad: How Postconflict Reconstruction Went Awry. In: Fukuyama, Francis (Hrsg.): Nationbuilding: Beyond Afghanistan and Iraq. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 196-217.

Mitchell, Harvey (2002): America after Toqueville: Democracy Against Difference. Cambridge: Cambridge University Press.

Muravchik, Joshua (1991): Exporting Democracy: Fulfilling America's Destiny. Washington D.C.: The AEI Press.

Nye, Joseph S. (2002): The Paradox of American Power: Why the world's only superpower can't go it alone. New York: Oxford University Press.

Nye, Joseph S. (2004): *Soft power: The Means to Success in World Politics*. New York: Public Affairs.

O'Hanlon, Michael E. (2004): *Iraq Without a Plan*. Unter <http://www.policyreview.org/dec04/ohanlon.html#ref4>, Zugriff am 24.08.2006.

o.V. (1944): *Handbook for Military Government in Germany*. Unter <http://www-cgsc.army.mil/carl/resources/books.asp>, Zugriff am 24.08.2006.

o.V. (1945): *Directive to Commander-in-Chief of United States Forces of Occupation Regarding the Military Government of Germany (JCS 1067)*. Unter <http://usa.usembassy.de/etexts/ga3-450426.pdf>, Zugriff am 01.09.2006.

o.V. (1948): *Frankfurter Dokumente. Wortlaut der von den Militärgouverneuren den elf deutschen Ministerpräsidenten in Frankfurt am Main übergebenen drei Dokumente*. Unter <http://www.documentarchiv.de/brd/frftdok.html#>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2002): *America—Still Unprepared, Still in Danger. Report of an Independent Task Force Sponsored by the Council on Foreign Relations*. Unter <http://cis.state.mi.us/mpsc/reports/AmStillUnprep.pdf>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2002a): *Final Report on the Transition to Democracy in Iraq. Final version of the working document of the Conference of the Iraqi Opposition as amended by the members of the Democratic Principles Work Group in November 2002*. Unter <http://www.iraqfoundation.org/studies/2002/dec/study.pdf>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2002b): *The National Security Strategy of the United States of America*. Unter <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf#search=%22The%20National%20Security%20Strategy%20of%20the%20United%20States%20of%20America%22>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2003): *A Wiser Peace: An Action Strategy for a Post-Conflict Iraq*. Unter <http://www.csis.org/media/csis/pubs/wiserpeace.pdf>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2003a): *Governing Iraq. ICG Middle East Report No 17*. Unter <http://www.reliefweb.int/library/documents/2003/icg-ira-25aug.pdf#search=%22governing%20iraq%20Middle%20East%20Report%20No%2017%22>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2003b): *Die Rolle der Vereinten Nationen an der Schwelle des Irakkrieges*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* No. 48, 05/2003, S. 628-640.

o.V. (2003c): *War in Iraq: Political Challenges After the Conflict. ICG Middle East Report No. 11*. Unter <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1684&l=1>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2003d): *Iraq's Constitutional Challenge. ICG Middle East Report No 19*. Unter www.niqash.org/intern/getBin.php?id=187, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2004): Iraq: Can Local Governance save Central Government? ICG Middle East Report No 33. Unter <http://www.reliefweb.int/library/documents/2004/icg-ira-27oct.pdf#search=%22Iraq%3A%20Can%20Local%20Governance%20save%20Central%20Government%3F%20%22>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2004a): Reconstructing Iraq. ICG Middle East Report No 30. Unter <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=2936&l=1>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2004b): What can the U.S. do in Iraq? Crisis Group Middle East Report No 34. Unter <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3196&l=1>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2005): Fact Sheet: Democracy in Iraq. Unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/12/20051212-1.html>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2005a): Irakische Verfassung: Eine Übersicht. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1898>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2005b): Iraq: Don't Rush the Constitution. International Crisis Group, Middle East Report No 42. Unter http://www.iraqfoundation.org/projects/constitution/42_iraq_don_t_rush_the_constitution.pdf#search=%22Iraq%3A%20Don%20E2%80%99t%20Rush%20the%20Constitution%22, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2005c): National Strategy for Victory in Iraq. Unter http://www.whitehouse.gov/infocus/iraq/iraq_national_strategy_20051130.pdf#search=%22National%20Strategy%20for%20Victory%20in%20Iraq%22, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2006): Fact Sheet: Progress and the Work Ahead in Iraq. Unter <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2006/01/20060110.html>, Zugriff am 24.08.2006.

O.V. (2006a): Im Irak herrscht ein unerklärter Bürgerkrieg. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 84 vom 10.04.2006, S. 11.

O.V. (2006b): Irakische Schiiten gewinnen Wahl. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 17 vom 21./22.01.2006.

O.V. (2006c): Iraks Regierung empört über Amerikaner. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 125 vom 01.06.2006, S. 1.

O.V. (2006d): USA planen massiven Truppen-Abbau im Irak. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 144 vom 26.06.2006, S. 1.

Packer, George (2005): The Assassins' Gate: America in Iraq. New York: Farrar, Strauss and Giroux.

Paris, Roland (2004): At War's End. Building Peace after Civil Conflict. New York: Cambridge University Press.

Peterson, Edward N. (1978): *The American Occupation of Germany: Retreat to Victory*. Detroit: Wayne State University Press.

Pommerin, Reiner (1995): *The American Impact on Postwar Germany*. Providence / Oxford: Berghahn Books.

Powell, Colin L. (2003): *Vom Albtraum zur Freiheit: Das Entstehen eines freien Irak* (Originaltext: Powell Urges Attention to the Good News in Irak As Well As the Bad). Erschienen in *Knight-Ridder newspapers* vom 31. Oktober 2003. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1619>, Zugriff am 24.08.2006.

Prowe, Diethelm (1999): *Demokratisierung nach 1945: Neubeginn – Amerikanisierung – konservative Integration*. Unter <http://www.zzf-pdm.de/bull/pdf/b16/prowe.pdf>, Zugriff am 24.08.2006.

Rice, Condoleeza (19. 10. 2005): *Rice skizziert politisch-militärische Erfolgsstrategie für den Irak*. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1922>, Zugriff am 24.08.2006.

Ricks, Thomas E. (2004): *Army Historian Cites Lack of Postwar Plan, Major Calls Effort in Iraq 'Mediocre'*. In: *Washington Post* vom 25.12.2004. Unter <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A24891-2004Dec24.html>, Zugriff am 24.08.2006.

Rubin, Michael (2005): *The Future of Iraq: Democracy, Civil War, or Chaos?* *Middle East Review of International Affairs*. Unter http://www.aei.org/publications/pubID.23284,filter.all/pub_detail.asp, Zugriff am 24.08.2006.

Rumsfeld, Donald H. (27.05.2003): *Kernpunkte für einen freien Irak* (Originaltext: *Rumsfeld Offers Guidelines for Helping Iraq Build a Free Society*). Erschienen in *The Wall Street Journal* vom 27. Mai 2003. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1570>, Zugriff am 24.08.2006.

Salomons, Dirk (2005): *Security: An Absolute Prerequisite*. In: Junne, Gerd / Verkoren, Willemijn (Hrsg): *Postconflict Development: Meeting new Challenges*. Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 19-42.

Scheye, Eric (2002): *Transitions to Local Authority*. In: Dawn, Renata (Hrsg.): *Executive Policing. Enforcing the Law in Peace Operations*. Oxford: Oxford University Press.

Schwartz, Eric P. (2003): *Iraq: The Day After. Report of an Independent Task Force Sponsored by the Council on Foreign Relations*. New York: Council on Foreign Relations.

Smith, T.V. (1975 [1926]): *The Democratic Way of Life*. Chicago: University of Chicago Press.

Tansey, Oisín (2004): International Administration and Democratic Regime-Building. Den Haag: SGIR Fifth Pan-European Conference Document.

Webb, Stephen H. (2004): American Providence: A Nation with a Mission. New York: Continuum.

Wernicke, Christian (2006): Meuterei der Generäle. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 88 vom 15./16./17.04.2006, S. 1.

Whitehead, Laurence (2001): The International Dimensions of Democratization: Europe and the Americas. New York: Oxford University Press.

Wolfowitz, Paul (2004): Der Friedensplan für einen souveränen Irak (Originaltext: Byliner: Paul Wolfowitz on "The Road Map for a Sovereign Iraq"), Erschienen im Wall Street Journal vom 9. Juni 2004. Unter <http://amerikadienst.usembassy.de/us-botschaft-cgi/ad-detailad.cgi?lfdnr=1695>, Zugriff am 24.08.2006.

Zand, Bernhard (2006): Der ideale Mann. In: Der Spiegel Nr. 27 vom 03.07.2006, S. 94-95.